

Bundesgesetzblatt¹

Teil II

G 1998

2014

Ausgegeben zu Bonn am 15. Januar 2014

Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
8. 1.2014	Bekanntmachung des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage	2
8. 1.2014	Bekanntmachung des Protokolls zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage betreffend den Beitritt der Regierung des Königreichs Spanien	38
8. 1.2014	Bekanntmachung des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa	42

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern

Der seit 1952 jährlich vom Bundesministerium der Justiz herausgegebene Fundstellennachweis A – Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen –, jeweils abgeschlossen am 31. Dezember eines jeden Jahres, kann als jährliches Druckstück bis einschließlich der Ausgabe mit Stand 31. Dezember 2011 bei der Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, oder über den Buchhandel bezogen werden. Er ist seit 2012 nicht mehr in gedruckter Fassung erhältlich und steht jetzt auf der Internetseite der Bundesanzeiger Verlag GmbH (<http://www.bundesgesetzblatt.de>) über den kostenlosen Bürgerzugang im PDF-Format zur Verfügung. Der Fundstellennachweis A zum Stichtag 31. Dezember 2013 wird voraussichtlich im Laufe des ersten Quartals 2014 hier ebenfalls eingestellt.

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer

Die vom Deutschen Bundestag seit 1973 – ursprünglich als Loseblattwerk, dann im Internet als GESTA.online – herausgegebene Gesetzesdokumentation steht seit August 2007 als Bestandteil des neuen Dokumentations- und Informationssystems (DIP) über die Homepage des Deutschen Bundestages (<http://www.bundestag.de> oder direkt <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>) online zur Verfügung. Sie finden die GESTA-Suche in der Erweiterten Suche nach Beratungsabläufen unter „Verkündung/Sonstiges“.

**Bekanntmachung
des Übereinkommens über den Bau und Betrieb
einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage**

Vom 8. Januar 2014

Das in Hamburg am 30. November 2009 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage und die Schlussakte der Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage mit der ihr beigefügten EntschlieÙung und den einseitigen Erklärungen werden nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, sowie die Angaben über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens nach der der Schlussakte beigefügten EntschlieÙung werden im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 8. Januar 2014

Bundesministerium
für Bildung und Forschung
Im Auftrag
Dr. Vierkorn-Rudolph

Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage

Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility

Inhaltsverzeichnis

Artikel 1	Errichtung der Europäischen XFEL-Anlage
Artikel 2	Name
Artikel 3	Organe
Artikel 4	Finanzierung
Artikel 5	Beiträge
Artikel 6	Kriterien für die wissenschaftliche Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage
Artikel 7	Freier Verkehr des Personals und der wissenschaftlichen Ausrüstung
Artikel 8	Deckung etwaiger Umsatzsteuernkosten
Artikel 9	Vereinbarungen mit anderen Nutzern
Artikel 10	Geistiges Eigentum
Artikel 11	Schule
Artikel 12	Streitigkeiten
Artikel 13	Verwahrer und Inkrafttreten
Artikel 14	Beitritt
Artikel 15	Geltungsdauer
Artikel 16	Stilllegung
Artikel 17	Änderungen der Anlage und der Technischen Dokumente

Die Regierungen
des Königreichs Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik,
der Hellenischen Republik,
der Italienischen Republik,
der Republik Polen,
der Russischen Föderation,
des Königreichs Schweden,
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
der Slowakischen Republik,
des Königreichs Spanien,
der Republik Ungarn,
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

in dem Wunsch, die Stellung Europas und der Staaten der Vertragsparteien in der Welt im Bereich der Forschung weiter zu festigen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit über disziplinäre und nationale Grenzen hinweg zu vertiefen;

Directory

Article 1	Establishment of the European XFEL Facility
Article 2	Name
Article 3	Organs
Article 4	Finance
Article 5	Contributions
Article 6	Criteria for the scientific use of the European XFEL Facility
Article 7	Movement of personnel and scientific equipment
Article 8	Coverage of potential VAT costs
Article 9	Arrangements with other users
Article 10	Intellectual Property
Article 11	School
Article 12	Disputes
Article 13	Depositary and entry into force
Article 14	Accession
Article 15	Duration
Article 16	Decommissioning
Article 17	Amendments to the Annex and to the Technical Documents

The Governments of
the Kingdom of Denmark,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Hellenic Republic,
the Republic of Hungary,
the Republic of Italy,
the Republic of Poland,
the Russian Federation,
the Slovak Republic,
the Kingdom of Spain,
the Kingdom of Sweden,
the Swiss Confederation,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

Hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

Desiring to further strengthen Europe’s and the Contracting Party countries’ position in research in the world, and to intensify scientific co-operation across disciplinary and national boundaries;

aufgrund des Beschlusses, den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage mit einem supraleitenden Linearbeschleuniger, Strahlführungen und Experimentiereinrichtungen für eine auf Kriterien der wissenschaftlichen Exzellenz beruhende Nutzung durch die Wissenschaftsgemeinde zu fördern;

in der Erkenntnis, dass diese neue Anlagenart, die Röntgenstrahlung in bisher unerreichter Qualität hinsichtlich Kohärenz, spektraler Brillanz und Zeitauflösung liefert, in Zukunft auf vielen verschiedenen Gebieten der Grundlagen- und angewandten Forschung sowie für industrielle Anwendungen große Bedeutung haben wird;

aufbauend auf der erfolgreichen internationalen TESLA-Zusammenarbeit (*TESLA Collaboration*), dem Europäischen Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen (*European Strategy Forum on Research Infrastructures*) und der am 23. September 2004 in Berlin vereinbarten Absprache über die Vorbereitungsphase der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (*Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility*);

in der Erwartung, dass sich andere Staaten an den Tätigkeiten beteiligen, die gemeinsam im Rahmen dieses Übereinkommens wahrgenommen werden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Errichtung der Europäischen XFEL-Anlage

(1) Bau und Betrieb der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage, wie sie ausführlicher im Bericht über die technische Auslegung von XFEL (*XFEL Technical Design Report*) beschrieben sind, von dem eine Kurzfassung als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigelegt ist, werden einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet, übertragen; diese unterliegt deutschem Recht, sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist diesem Übereinkommen als Anlage¹⁾ beigelegt. Die Gesellschaft nimmt ausschließlich Tätigkeiten zu friedlichen Zwecken wahr.

(2) Gesellschafter der Gesellschaft sind geeignete Einrichtungen, die von den Vertragsparteien für diesen Zweck benannt werden. Die Vertragsparteien benennen diese Gesellschafter durch schriftliche Mitteilung, die bei den anderen Vertragsparteien eingegangen sein muss.

(3) Die Gesellschaft und DESY in Hamburg werden beim Bau, bei der Inbetriebnahme und beim Betrieb des XFEL auf der Grundlage einer langfristigen Vereinbarung zusammenarbeiten.

Artikel 2

Name

Die Gesellschaft führt den Namen „European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“ (European XFEL GmbH).

Artikel 3

Organe

(1) Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, im Folgenden als „Rat“ bezeichnet, und die Geschäftsführung.

(2) Die in den Rat Delegierten werden nach einem durch die jeweiligen Vertragsparteien festgelegten Verfahren ernannt und abberufen.

¹⁾ Die Anlage enthält den Gesellschaftsvertrag ohne die Namen der Gesellschafter.

Having decided to promote the construction and operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility housing a superconducting linear accelerator, radiation beam lines and experimental facilities for the use of the scientific community, based on criteria of scientific excellence;

Recognising that this new kind of facility with unprecedented quality of the X-Ray radiation regarding coherence, spectral brilliance and time resolution will in the future be of great significance in many different fields of fundamental and applied science and for industrial applications;

Building on the successful international TESLA Collaboration, the European Strategy Forum on Research Infrastructures, and the Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility agreed in Berlin on 23 September 2004;

Expecting other countries to participate in the activities undertaken together under this Convention;

Have agreed as follows:

Article 1

Establishment of the European XFEL Facility

(1) The construction and operation of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility as described in more detail in the XFEL Technical Design Report, an Executive Summary of which is attached as Part A of Technical Document 1, shall be entrusted to a Limited Liability Company, hereinafter referred to as “the Company”, which shall be subject to German law, unless otherwise provided under this Convention. The Articles of Association of the Company are attached hereto as Annex¹⁾. The Company shall undertake activities for peaceful ends only.

(2) The Shareholders of the Company shall be appropriate bodies designated for this purpose by the Contracting Parties. The Contracting Parties shall designate such Shareholders by written notice received by the other Contracting Parties.

(3) The Company and DESY in Hamburg will collaborate on construction, commissioning and operation of the XFEL on the basis of a long-term agreement.

Article 2

Name

The Company shall be known as the “European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH” (European XFEL GmbH).

Article 3

Organs

(1) The organs of the Company shall be the Shareholders’ Assembly, hereinafter referred to as “the Council”, and the Management Board.

(2) Delegates to the Council shall be appointed and have their appointments terminated in accordance with a procedure determined by the Contracting Parties concerned.

¹⁾ The Annex contains the Articles of Association without the names of the Shareholders.

Artikel 4**Finanzierung**

(1) Jede Vertragspartei stellt den Gesellschaftern, für die sie verantwortlich ist, Zuwendungen zur Verfügung, die deren Beiträge zu den Haushalten der Gesellschaft nach Artikel 5 decken.

(2) Die in den Absätzen 4 und 5 bezeichneten Baukosten beziehen sich auf eine Anlage mit fünf Undulator-Strahlführungen und zehn Experimentierstationen (im Folgenden als „Europäische XFEL-Anlage“ bezeichnet). Mit dem Bau der Europäischen XFEL-Anlage wird jedoch auf der Grundlage der in Artikel 5 genannten Finanzierungsverpflichtungen entsprechend dem Plan für die schnelle Verwirklichung der Europäischen XFEL-Anlage (*Scenario for the Rapid Start-up of the European XFEL Facility*), der als Teil B des Technischen Dokuments 1 beigefügt ist, begonnen. Gleichwohl wird an dem Ziel festgehalten, die Europäische XFEL-Anlage so zu verwirklichen, wie es im Bericht über die technische Auslegung von XFEL beschrieben ist, von dem eine Kurzfassung als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigefügt ist.

(3) Die Bauzeit wird in zwei Phasen unterteilt:

- a) Während der Phase I baut die Gesellschaft den Beschleuniger und eine Undulator-Strahlführung einschließlich der Instrumentierung für erste Experimente und nimmt diese in Betrieb. Daneben führt die Gesellschaft den Bau der anderen Undulator-Strahlführungen durch. Phase I soll nicht länger als acht Jahre ab dem Tag des Baubeginns andauern. Sie endet an dem Tag, den der Rat im Hinblick auf die Zwischenzielanforderungen für den anfänglichen Betrieb, wie sie in der Kurzfassung des Berichts über die technische Auslegung von XFEL (als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigefügt) beschrieben sind, beschlossen hat.
- b) Während der Phase II betreibt die Gesellschaft den Beschleunigerkomplex und die erste Undulator-Strahlführung mit ersten Experimenten. Daneben schließt die Gesellschaft den Bau der restlichen Undulator-Strahlführungen ab und nimmt diese nacheinander zusammen mit den Experimentierstationen in Betrieb. Phase II, an deren Ende die endgültigen Zielanforderungen (wie sie in der Kurzfassung des Berichts über die technische Auslegung von XFEL, der als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigefügt ist, beschrieben sind) zu erreichen sind, soll nicht länger als drei Jahre nach dem Ende der Phase I andauern. Nach Beendigung der Phase II betreibt die Gesellschaft die Europäische XFEL-Anlage und führt ein Programm zu ihrer Weiterentwicklung durch.

(4) Die „Baukosten“ sind die Summe

- a) der Ausgaben während der Vorbereitungsphase, wie im Technischen Dokument 5 ausgeführt,
- b) aller Ausgaben während der Phase I und
- c) des Teils der Ausgaben während der Phase II, der auf den Abschluss von Bau und Inbetriebnahme der restlichen Undulator-Strahlführungen und Experimentierstationen und auf die damit zusammenhängenden Veränderungen am Beschleunigerkomplex entfällt.

(5) Die Baukosten der Europäischen XFEL-Anlage, wie sie in der als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigefügten Kurzfassung des Berichts über die technische Auslegung von XFEL beschrieben ist, dürfen

1 082 Millionen Euro

auf dem Preisstand von 2005 nicht übersteigen.

(6) Eine Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben ist als Technisches Dokument 2 beigefügt.

(7) Der Rat überprüft mindestens einmal jährlich die tatsächlichen und die veranschlagten Baukosten (einschließlich der Kosten für die Inbetriebnahme). Gewinnt der Rat zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck, dass der Beschleunigerkomplex, die Undulator-Strahlführungen und die Experimentierstationen unter

Article 4**Finance**

(1) Each Contracting Party shall make available to the Shareholders for which it is responsible grants covering the Shareholders' contributions to the annual budgets of the Company as defined in Article 5.

(2) The construction costs as defined in paragraphs 4 and 5 below cover a facility with five undulator branches and ten experimental stations (hereinafter referred to as "the European XFEL Facility"). However, the construction of the European XFEL Facility shall start on the basis of the funding commitments set out in Article 5, in accordance with the Scenario for the Rapid Start-up of the European XFEL Facility attached as Part B of Technical Document 1. Nevertheless, the final goal remains the realisation of the European XFEL Facility as described in the XFEL Technical Design Report, an Executive Summary of which is attached as Part A of Technical Document 1.

(3) The construction period shall be divided into two phases:

- a) During phase I the Company shall construct and commission the accelerator and one undulator branch including instrumentation for first experiments. In parallel the Company shall pursue construction of the other undulator branches. Phase I is expected to extend over not more than eight years from the date of start of construction. It shall end at the date decided by the Council, with reference to the intermediate target specifications for initial operation set out in the Executive Summary of the XFEL Technical Design Report attached as Part A of Technical Document 1.
- b) During phase II the Company shall operate the accelerator complex and the first undulator branch with first experiments. In parallel the Company shall finish construction of the remaining undulator branches and shall commission them progressively together with the experimental stations. Phase II, at the end of which the final target specifications (set out in the Executive Summary of the XFEL Technical Design Report attached as Part A of Technical Document 1) shall be attained, is expected to extend over not more than three years from the end of phase I. After completion of phase II the Company operates the European XFEL Facility and pursues a programme for its further development.

(4) The "construction costs" shall be the sum of:

- a) the expenditure during the preparatory phase as specified in Technical Document 5;
- b) all expenditure during phase I; and
- c) that part of expenditure during phase II which is attributed to completion of construction and commissioning of the remaining undulator branches and experimental stations, and to related modifications of the accelerator complex.

(5) The construction costs of the European XFEL Facility, as described in the Executive Summary of the XFEL Technical Design Report attached as Part A of Technical Document 1, shall not exceed

1 082 Million Euro

at 2005 prices.

(6) A table showing the estimated annual incidences of expenditure is attached as Technical Document 2.

(7) The Council shall review at least annually the actual and forecast construction costs (including costs for commissioning). If at any time it appears to the Council that the accelerator complex, the undulator branches and the experimental stations may not be satisfactorily completed, taking account of the cost limit

Berücksichtigung der in Absatz 5 genannten Kostengrenze und der im Technischen Dokument 1 festgelegten Zielerfordernissen nicht zufriedenstellend fertiggestellt werden können, so beschließt der Rat nach Konsultierung der Geschäftsführung Maßnahmen zur Eindämmung der Kosten, um sicherzustellen, dass die Grenze nicht überschritten wird.

(8) Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss eine Änderung der Baukosten (einschließlich der Kosten für die Inbetriebnahme) genehmigen.

(9) Eine Schätzung der jährlichen Betriebskostenbudgets einschließlich eines Ansatzes für Weiterentwicklung ist im Technischen Dokument 2 enthalten.

Artikel 5 Beiträge

(1) Die deutsche Vertragspartei stellt der Gesellschaft kostenlos und in baureifem Zustand die in dem als Technisches Dokument 3 beigefügten Lageplan markierten Grundstücke in Hamburg und Schenefeld zur Nutzung zur Verfügung.

(2) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Gesellschafter zu den Baukosten (einschließlich der Kosten für Vorbereitung und Inbetriebnahme) Geld- oder Sachbeiträge leisten. Sachbeiträge werden in Übereinstimmung mit dem Technischen Dokument 4 festgelegt und beschlossen.

(3) Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens gehen die Vertragsparteien die folgenden Verpflichtungen hinsichtlich der Beiträge zu den Baukosten (einschließlich der Kosten für Vorbereitung und Inbetriebnahme) ein (alle Beträge bezogen auf den Preisstand von 2005):

11,0 Mio. €	vom Königreich Dänemark,
580,0 Mio. €	von der Bundesrepublik Deutschland,
36,0 Mio. €	von der Französischen Republik,
4,0 Mio. €	von der Hellenischen Republik,
33,0 Mio. €	von der Italienischen Republik,
21,6 Mio. €	von der Republik Polen,
250,0 Mio. €	von der Russischen Föderation,
12,0 Mio. €	vom Königreich Schweden,
15,0 Mio. €	von der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
11,0 Mio. €	von der Slowakischen Republik,
21,6 Mio. €	vom Königreich Spanien,
11,0 Mio. €	von der Republik Ungarn,
30,0 Mio. €	vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

(4) Die Vertragsparteien erwarten, dass während der Bauzeit weitere Anstrengungen unternommen werden, die es erlauben, die vollständige Europäische XFEL-Anlage wie im Bericht über die technische Auslegung von XFEL beschrieben zu verwirklichen.

(5) Die Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage durch die Wissenschaftsgemeinde einer Vertragspartei setzt voraus, dass sich der/die Gesellschafter dieser Vertragspartei in angemessener Weise an der Deckung der Betriebskosten der Europäischen XFEL-Anlage beteiligt/en. Der entsprechende Verteilungsschlüssel wird vom Rat spätestens drei Jahre nach Beginn der Bauzeit vereinbart.

(6) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Gesellschafter entsprechend dem vereinbarten Schlüssel zu den Betriebskosten beitragen.

(7) Änderungen der Beiträge zu den Baukosten (einschließlich der Kosten für Vorbereitung und Inbetriebnahme) und den Betriebskosten sowie die Übertragung eines Anteils oder von Teilen eines Anteils an der in Artikel 1 genannten Gesellschaft werden in dem als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag geregelt, der den Rat ermächtigt, darüber zu entscheiden.

defined in paragraph 5 above and the target specifications set out in Technical Document 1, then the Council, on the advice of the Management Board, shall decide cost constraint measures to ensure that the limit is not exceeded.

(8) The Council acting unanimously may approve a modification of the construction costs (including costs for commissioning).

(9) An estimation of the annual operating budgets including provision for development is specified in Technical Document 2.

Article 5 Contributions

(1) The German Contracting Party shall make available for the Company's use, free of charge and ready to build on, the sites in Hamburg and Schenefeld marked on the site plan attached as Technical Document 3.

(2) The Contracting Parties shall ensure that the Shareholders contribute to construction costs (including preparatory and commissioning costs) either in cash or in kind. In-kind contributions will be defined and decided according to Technical Document 4.

(3) At the time of signing this Convention, the Contracting Parties enter into the following commitments to contribute towards construction costs (including preparatory and commissioning costs) (all amounts referring to 2005 prices):

11.0 M€	by the Kingdom of Denmark,
36.0 M€	by the French Republic,
580.0 M€	by the Federal Republic of Germany,
4.0 M€	by the Hellenic Republic,
11.0 M€	by the Republic of Hungary,
33.0 M€	by the Republic of Italy,
21.6 M€	by the Republic of Poland,
250.0 M€	by the Russian Federation,
11.0 M€	by the Slovak Republic,
21.6 M€	by the Kingdom of Spain,
12.0 M€	by the Kingdom of Sweden,
15.0 M€	by the Swiss Confederation,
30.0 M€	by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

(4) The Contracting Parties expect that during the construction period further efforts will be made, permitting the complete European XFEL Facility as described in the XFEL Technical Design Report to be realised.

(5) Use of the European XFEL Facility by the scientific community of a Contracting Party presupposes that the Shareholder(s) of that Contracting Party participate in an appropriate way in covering the operating costs of the European XFEL Facility. The corresponding repartition scheme shall be agreed by the Council not later than three years after the beginning of the construction period.

(6) The Contracting Parties shall ensure that the Shareholders contribute to operating costs in accordance with the agreed scheme.

(7) Changes of contributions to construction costs (including preparatory and commissioning costs) and to operating costs, as well as the transfer of shares or parts thereof of the Company mentioned in Article 1 shall be regulated in the Articles of Association, attached as Annex, empowering the Council to take such decision.

Artikel 6**Kriterien für die wissenschaftliche Nutzung
der Europäischen XFEL-Anlage**

(1) Die Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage erfolgt auf der Grundlage von Kriterien der wissenschaftlichen Exzellenz und des gesellschaftlichen Nutzens.

(2) Die Bewertung und Empfehlung von Vorschlägen betreffend durchzuführende Experimente und betreffend die Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage werden vom Beratungsausschuss für wissenschaftliche Fragen der Gesellschaft (Artikel 16 der Anlage) überwacht.

(3) Der Rat schafft die Voraussetzungen dafür, dass ein dauerhaftes und erhebliches Ungleichgewicht zwischen der Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage durch die Wissenschaftsgemeinde des Staates einer der Vertragsparteien und dem durch den/die Gesellschafter dieser Vertragspartei geleisteten Beitrag zu der Europäischen XFEL-Anlage vermieden wird.

Artikel 7**Freier Verkehr des Personals
und der wissenschaftlichen Ausrüstung**

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse der innerstaatlichen Rechtsvorschriften erleichtert jede Vertragspartei im Bereich ihrer Zuständigkeit den freien Verkehr und den Aufenthalt von Angehörigen der Staaten der Vertragsparteien, die von der Gesellschaft beschäftigt oder zu ihr entsandt worden sind oder unter Nutzung der Anlagen der Gesellschaft Forschung betreiben, sowie von deren Familienangehörigen.

(2) Jede Vertragspartei erleichtert in ihrem Hoheitsgebiet und im Einklang mit geltendem Recht die Ausstellung von Durchfuhrdokumenten für die vorübergehende Ein- und Ausfuhr von wissenschaftlicher Ausrüstung und Proben, die für die Forschung unter Nutzung der Anlagen der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Artikel 8**Deckung etwaiger Umsatzsteuernkosten**

(1) Die Gesellschaft unterliegt den allgemeinen Regelungen für die Umsatzsteuer.

(2) Sind die Beiträge eines Gesellschafters zu den Baukosten (einschließlich der Kosten für Vorbereitung und Inbetriebnahme) und zu den Betriebskosten umsatzsteuerpflichtig, so wird die anfallende Umsatzsteuer von der Vertragspartei entrichtet, welche die Steuer erhebt.

(3) Sind die Beiträge eines Gesellschafters zu den Baukosten (einschließlich der Kosten für Vorbereitung und Inbetriebnahme) und zu den Betriebskosten nicht umsatzsteuerpflichtig und führt dies zum Ausschluss oder zur Beschneidung des Rechts der Gesellschaft auf Abzug oder Erstattung der von der Gesellschaft an Dritte gezahlten Umsatzsteuer, so wird diese nicht abzugsfähige Umsatzsteuer von der Vertragspartei entrichtet, welche die Steuer erhebt.

Artikel 9**Vereinbarungen mit anderen Nutzern**

Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage durch Regierungen oder Gruppen von Regierungen, die diesem Übereinkommen nicht beitreten, oder durch Einrichtungen oder Organisationen solcher Regierungen oder Gruppen von Regierungen können von der Gesellschaft mit einstimmiger Genehmigung ihres Rates getroffen werden.

Artikel 10**Geistiges Eigentum**

(1) Im Einklang mit den Zielen dieses Übereinkommens wird der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinne des Artikels 2 des am

Article 6**Criteria for the scientific use
of the European XFEL Facility**

(1) The use of the European XFEL Facility shall be based on criteria of scientific excellence and benefits to society.

(2) The assessment and recommendation of proposals concerning experiments to be carried out and concerning the use of the European XFEL Facility are overseen by the Company's Scientific Advisory Committee (Article 16 of the Annex).

(3) The Council creates the prerequisites to avoid a lasting and significant imbalance between the use made of the European XFEL Facility by the scientific community of a Contracting Party country and the contribution of that Party's Shareholder(s) to the European XFEL Facility.

Article 7**Movement of personnel
and scientific equipment**

(1) Subject to the requirements of national legislation, each Contracting Party shall within its jurisdiction facilitate the movement and residence of nationals of the Contracting Party countries employed by or seconded to the Company or doing research using the Company's facilities and of the family members of such nationals.

(2) Each Contracting Party shall within its territory and in accordance with the law in force facilitate the issuance of transit documents for temporary imports and exports of scientific equipment and samples to be used for research using the Company's facilities.

Article 8**Coverage of potential VAT costs**

(1) The Company shall be subject to the general regulations for value added tax (VAT).

(2) As far as a Shareholder's contributions to construction costs (including preparatory and commissioning costs) and to operating costs are subject to VAT, this VAT due will be borne by the Contracting Party that levies the tax.

(3) As far as a Shareholder's contributions to construction costs (including preparatory and commissioning costs) and to operating costs are not subject to VAT and this leads to an exclusion from, or a reduction of, the Company's right to deduct or claim a refund of the VAT paid by the Company to third parties, this non-deductible VAT will be borne by the Contracting Party that levies the tax.

Article 9**Arrangements with other users**

Arrangements for long-term use of the European XFEL Facility by Governments or groups of Governments not acceding to this Convention, or by establishments or organisations thereof, may be made by the Company subject to the unanimous approval of its Council.

Article 10**Intellectual Property**

(1) In accordance with the objects of the present Convention the term "Intellectual Property" will be understood according to

14. Juli 1967 unterzeichneten Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum verstanden.

(2) In Bezug auf Fragen des geistigen Eigentums regeln sich die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten der Vertragsparteien sowie auf der Grundlage der entsprechenden Bestimmungen von Übereinkünften über Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie zwischen der Europäischen Gemeinschaft und nicht zur EU gehörenden Vertragsparteien.

Artikel 11

Schule

Die deutsche Vertragspartei unterstützt die Bemühungen, den Kindern des Personals der Gesellschaft oder des sonstigen Personals, das bei der Gesellschaft tätig ist oder zu ihr entsandt worden ist, den Besuch von öffentlichen oder privaten internationalen Schulen in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

Artikel 12

Streitigkeiten

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlungen beizulegen.

(2) Können sich die Vertragsparteien nicht auf die Beilegung einer Streitigkeit einigen, so kann jede der betroffenen Vertragsparteien die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten.

(3) Jede Vertragspartei, die Streitpartei ist, bestellt einen Schiedsrichter; besteht die Streitigkeit jedoch zwischen einer der Vertragsparteien und zwei oder mehreren anderen Vertragsparteien, so wählen letztere gemeinsam einen Schiedsrichter aus. Die auf diese Weise bestellten Schiedsrichter wählen einen Angehörigen eines Staates, der nicht aus den Staaten der Streitparteien stammt, als Obmann, der die Aufgaben des Vorsitzenden des Schiedsgerichts wahrnimmt und dessen Stimme bei Stimmengleichheit der Schiedsrichter den Ausschlag gibt. Die Schiedsrichter werden innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag bestellt, an dem eine Beilegung durch Schiedsverfahren beantragt wurde, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten nach diesem Tag.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten und wird keine andere Regelung getroffen, so kann jede Streitpartei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften oder gegebenenfalls den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs darum ersuchen, die erforderlichen Bestellungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage des Artikels 38 Absatz 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs. Seine Entscheidungen sind bindend.

(7) Das Gericht gibt sich eine Verfahrensordnung im Einklang mit dem Dritten Kapitel des Vierten Titels des am 18. Oktober 1907 in Den Haag unterzeichneten Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

(8) Jede Streitpartei trägt ihre eigenen Kosten und einen gleichen Anteil an den Kosten des Schiedsverfahrens.

(9) Das Gericht stützt sich bei seinen Entscheidungen auf die für die jeweilige Streitigkeit geltenden Rechtsnormen.

Artikel 13

Verwahrer und Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem alle Unterzeichnerregierungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer die-

Article 2 of the Convention Establishing the World Intellectual Property Organisation signed on 14 July 1967.

(2) With respect to questions of Intellectual Property, the relations between the Contracting Parties will be governed by the national legislation of the Contracting Party countries, as well as on the basis of the corresponding provisions of agreements on cooperation in science and technology between the European Community and non-EU Contracting Parties.

Article 11

School

The German Contracting Party shall support efforts for educational access to public or private international schools in the Federal Republic of Germany for children of the Company's staff, or of other staff seconded to or active with the Company.

Article 12

Disputes

(1) The Contracting Parties shall endeavour to settle by negotiations any dispute concerning the interpretation or application of this Convention.

(2) If the Contracting Parties cannot reach agreement on the settlement of a dispute, each of the Contracting Parties concerned may submit the dispute for decision to an arbitral tribunal.

(3) Each Contracting Party being a party to the dispute shall appoint an arbitrator; nevertheless, if the dispute is between one of the Contracting Parties and two or more other Contracting Parties the latter shall choose one arbitrator in common. The arbitrators thus appointed shall choose a national of a country other than the countries of the Contracting Parties in dispute to act as umpire and to assume the functions of Chairman of the arbitral tribunal, with a casting vote in the event of votes of the arbitrators being equally divided. The arbitrators shall be appointed within two months from the date of the request for a settlement by means of arbitration, the Chairman within three months from that date.

(4) If the time limits specified in the foregoing paragraph are not observed and no other arrangement is made, each party to the dispute may request the President of the Court of Justice of the European Communities or, if appropriate, of the International Court of Justice to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by a simple majority.

(6) The arbitral tribunal shall take its decisions on the basis of paragraph 1 of Article 38 of the Statute of the International Court of Justice. Its decisions shall be binding.

(7) The tribunal shall determine its rules of procedure in accordance with Chapter III of Part IV of the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes signed at The Hague on 18 October 1907.

(8) Each party to the dispute shall bear its own costs and an equal share of the costs of the arbitral proceedings.

(9) The tribunal shall base its decisions on the rules of law applicable to the dispute under consideration.

Article 13

Depositary and entry into force

(1) This Convention shall enter into force on the first day of the second month after all signatory Governments have notified the Government of the Federal Republic of Germany as depositary of

ses Übereinkommens notifiziert haben, dass das innerstaatliche Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerregierungen vom Zeitpunkt jeder in Absatz 1 vorgesehenen Notifikation sowie vom Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

(3) Vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens können die Vertragsparteien vereinbaren, dass einige oder alle Artikel dieses Übereinkommens vorläufig angewendet werden.

Artikel 14

Beitritt

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Regierung diesem Übereinkommen mit Zustimmung aller Vertragsparteien zu den ausgehandelten Bedingungen beitreten. Die Beitrittsbedingungen sind Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien und der beitretenden Regierung beziehungsweise Gruppe von Regierungen.

(2) Regierungen, die dem Übereinkommen innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach der ersten Unterzeichnung beitreten, tun dies zu den gleichen Bedingungen wie die Vertragsparteien.

Artikel 15

Geltungsdauer

(1) Dieses Übereinkommen wird zunächst für einen Zeitraum geschlossen, der am 31. Dezember 2026 endet. Es bleibt danach jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft, wobei für jeden neuen Fünfjahreszeitraum die wissenschaftliche und technische Zielsetzung der Europäischen XFEL-Anlage auf der Grundlage eines vom Rat der Gesellschaft genehmigten Prüfungsberichts erneut bestätigt wird.

(2) Jede Vertragspartei kann unter Einhaltung einer Frist von drei Jahren durch eine an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu richtende Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt kann erst zum 31. Dezember 2026 oder am Ende eines der darauf folgenden Fünfjahreszeiträume wirksam werden.

(3) Dieses Übereinkommen bleibt für die verbleibenden Vertragsparteien in Kraft. Die Bedingungen und Auswirkungen eines Rücktritts von diesem Übereinkommen durch eine Vertragspartei, insbesondere ihr Anteil an den Kosten einer Demontage der Anlagen und Gebäude der Gesellschaft sowie Entschädigungszahlungen für Verluste, werden durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien geregelt, bevor der Rücktritt durch eine Vertragspartei wirksam wird.

Artikel 16

Stilllegung

Die deutsche Vertragspartei ist für die Kosten einer Demontage der Europäischen XFEL-Anlage, welche das Zweifache des durchschnittlichen jährlichen Betriebskostenbudgets der letzten fünf Betriebsjahre übersteigen, verantwortlich.

Artikel 17

Änderungen der Anlage und der Technischen Dokumente

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Anlage zu diesem Übereinkommen wie auch die Technischen Dokumente durch Entscheidung des Rates der Gesellschaft geändert werden können, ohne dass das Übereinkommen revidiert werden muss; dies gilt unter der Voraussetzung, dass diese Änderungen nicht im Widerspruch zum Übereinkommen stehen. Änderungen der Anlage bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Rates der Gesellschaft.

(2) Folgende Anlage ist Bestandteil dieses Übereinkommens:

this Convention that the national approval procedure has been completed.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall promptly inform all signatory Governments of the date of each notification provided for in the foregoing paragraph and the date of entry into force of this Convention.

(3) Before the entry into force of this Convention, the Contracting Parties may agree that part or all of the articles set out in this Convention be applied provisionally.

Article 14

Accession

(1) After the entry into force of this Convention, any Government may accede thereto with the consent of all Contracting Parties upon the conditions negotiated. The conditions of accession shall be the subject of an agreement between the Contracting Parties and the acceding Government or group of Governments.

(2) Governments acceding to the Convention within a period of six months after its initial signing, enter under the same conditions as the Contracting Parties.

Article 15

Duration

(1) This Convention is concluded for an initial period ending on 31 December 2026. It shall remain in force after that date for successive periods of five years each, with a reaffirmation of the scientific and technical direction of the European XFEL Facility issued for each new five-year period on the basis of a review paper approved by the Council of the Company.

(2) A Contracting Party may withdraw from this Convention with three years' notice, to be given to the Government of the Federal Republic of Germany. Withdrawal can only take effect on 31 December 2026 or at the end of each successive period of five years.

(3) This Convention shall stay effective with the remaining parties. The conditions and effects of withdrawal from this Convention by a Contracting Party, in particular its share in the costs of dismantling the Company's plant and buildings and compensation for losses, shall be settled by agreement among the Contracting Parties before the withdrawal of a Contracting Party takes effect.

Article 16

Decommissioning

The German Contracting Party shall be responsible for the costs of dismantling the European XFEL Facility beyond the sum of twice the annual operating budget which will be based on the average of the last five years of operation.

Article 17

Amendments to the Annex and to the Technical Documents

(1) The Contracting Parties agree that the Annex to this Convention as well as the Technical Documents can be amended without the Convention to be revised, by decision of the Council of the Company provided that such amendments do not conflict with this Convention. Amendments to the Annex require the unanimous vote of the Council of the Company.

(2) This Convention has as an integral part the following Annex:

Gesellschaftsvertrag der „European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“ (European XFEL GmbH).

Ferner nimmt das Übereinkommen Bezug auf die folgenden Technischen Dokumente:

1. Kurzfassung des Berichts über die technische Auslegung von XFEL (Teil A) und Plan für die schnelle Verwirklichung der Europäischen XFEL-Anlage (Teil B) (*Executive Summary of the XFEL Technical Design Report (Part A) and Scenario for the Rapid Start-up of the European XFEL Facility (Part B)*),
2. Geschätzte jährlich anfallende Ausgaben (*Estimated annual incidence of expenditure*),
3. Lageplan (*Site plan*),
4. Grundregeln und Verfahren für Sachbeiträge (*Basic rules and procedures for in-kind contributions*),
5. Vorbereitungskosten (*Preparatory costs*).

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu befugten unterzeichneten Vertreter dieses Übereinkommen unterschrieben.*

Geschehen zu Hamburg am 30. November 2009 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, ausgenommen die Technischen Dokumente, die lediglich in englischer Sprache abgefasst sind, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt allen Vertragsparteien und allen beitretenden Regierungen eine beglaubigte Abschrift und notifiziert ihnen später etwaige Änderungen.

Articles of Association of the “European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH” (European XFEL GmbH).

Furthermore, it refers to the following Technical Documents:

1. Executive Summary of the XFEL Technical Design Report (Part A) and Scenario for the Rapid Start-up of the European XFEL Facility (Part B),
2. Estimated annual incidence of expenditure,
3. Site plan,
4. Basic rules and procedures for in-kind contributions,
5. Preparatory costs.

In witness whereof, the undersigned representatives, having been authorised thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

Done at Hamburg this 30 November 2009 in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, apart from the Technical Documents, which are only done in the English language, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified true copy to all Contracting Parties and acceding Governments, and subsequently notify them of any amendments.

* Hinweis des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:

Die Regierungen des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Hellenischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Polen, der Russischen Föderation, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Slowakischen Republik und der Republik Ungarn haben das Übereinkommen am 30. November 2009 unterzeichnet. Die Regierung der Französischen Republik hat das Übereinkommen am 4. Februar 2010 unterzeichnet.

Anlage zum XFEL-Übereinkommen
Annex to the XFEL Convention

Gesellschaftsvertrag
der
„European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“
(European XFEL GmbH)

Articles of Association
of the
“European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH”
(European XFEL GmbH)

Die Unterzeichneten

[Trägerorganisationen],

im Folgenden als „Gesellschafter“ (im Sinne des deutschen Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bezeichnet –

im Hinblick auf das am [Angabe des Unterzeichnungsdatums] in [Angabe des Ortes] unterzeichnete Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage, im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet, zwischen den in der Präambel des Übereinkommens genannten Vertragsparteien, im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet;

in Anbetracht dessen, dass die [Angabe des Staates] Organisation und die [Angabe des Staates] Organisation ein Konsortium [Angabe des Namens] für ihre Teilnahme an der Gesellschaft gebildet haben und dass die [Angabe der Zahl und des Namens] Organisationen ein Konsortium [Angabe des Namens] für ihre Teilnahme an der Gesellschaft gebildet haben und dass nur das Konsortium [Angabe des Namens], vertreten durch [Angabe des Namens], und das Konsortium [Angabe des Namens], vertreten durch [Angabe des Namens], Gesellschafter der Gesellschaft sind, obwohl alle Organisationen diesen Gesellschaftsvertrag unterzeichnet haben –

vereinbaren hiermit die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht – insbesondere dem deutschen Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) –, nämlich der „European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“ (European XFEL GmbH), im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet.

The undersigned

[funding agencies]

Hereinafter referred to as “the Shareholders” (“*Gesellschafter*” in the sense of the German Law on Companies with Limited Liability);

Having regard to the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility, hereinafter referred to as “the Convention”, signed in [fill in location] on [fill in signing date], between the Contracting Parties defined in the preamble of the Convention and hereinafter referred to as “the Contracting Parties”;

Noting that the [fill in Country] organisation and the [fill in Country] organisation have formed a consortium [fill in Name] for their participation in the Company and that the [number and name] organisations have formed a consortium [fill in Name] for their participation in the Company and that, although they have all signed the present Articles of Association, only the consortium [fill in Name] represented by the [fill in Name] and the consortium [fill in Name] represented by [fill in Name] are Shareholders of the Company;

Hereby agree to establish a Limited Liability Company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*), namely the “European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH” (European XFEL GmbH), hereinafter referred to as “the Company”, under German law, in particular the German Law on Companies with Limited Liability (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*).

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I –	Allgemeine Bestimmungen
Artikel 1	Name, eingetragener Sitz, Geschäftsjahr, Bestimmung des Begriffs „ANTEIL“
Artikel 2	Verhältnis zu DESY
Artikel 3	Zwecke
Artikel 4	Gemeinnützigkeit
Artikel 5	Stammkapital
Artikel 6	Gesellschafter
Artikel 7	Organe
Kapitel II –	Der Rat
Artikel 8	Mitglieder des Rates
Artikel 9	Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates
Artikel 10	Sitzungen des Rates
Artikel 11	Befugnisse des Rates

Index

Chapter I –	General provisions
Article 1	Name, registered office, financial year, definition SHARE
Article 2	Relation to DESY
Article 3	Objects
Article 4	Non-profit character
Article 5	Share capital
Article 6	Shareholders
Article 7	Organs
Chapter II –	The Council
Article 8	Members of the Council
Article 9	Chairperson and Vice-Chairperson of the Council
Article 10	Meetings of the Council
Article 11	Powers of the Council

Artikel 12	Abstimmungsverfahren, Beschlüsse	Article 12	Voting procedure, resolutions
Kapitel III –	Geschäftsführung der Gesellschaft	Chapter III –	Management of the Company
Artikel 13	Geschäftsführung	Article 13	Management Board
Artikel 14	Vertretung der Gesellschaft	Article 14	Representation of the Company
Artikel 15	Aufgaben der geschäftsführenden Direktoren	Article 15	Remit of the Managing Directors
Kapitel IV –	Ausschüsse	Chapter IV –	Committees
Artikel 16	Beratungsausschuss für wissenschaftliche Fragen	Article 16	Scientific Advisory Committee
Artikel 17	Beratungsausschuss für Maschinenfragen	Article 17	Machine Advisory Committee
Kapitel V –	Finanzielle Angelegenheiten	Chapter V –	Financial matters
Artikel 18	Jahresabschluss	Article 18	Annual financial statement
Artikel 19	Prüfrechte der Gesellschafter	Article 19	Audit rights of the Shareholders
Artikel 20	Änderungen der Beiträge	Article 20	Changes in contributions
Kapitel VI –	Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern	Chapter VI –	Cooperation between the Company and the Shareholders
Artikel 21	Begriffsbestimmungen	Article 21	Definitions
Artikel 22	Geistiges Eigentum	Article 22	Intellectual Property
Artikel 23	Erfindungen	Article 23	Inventions
Artikel 24	Vertraulichkeit	Article 24	Confidentiality
Kapitel VII –	Änderung von Geschäftsanteilen	Chapter VII –	Changes in shareholdings
Artikel 25	Aufnahme neuer Gesellschafter und Übertragung von ANTEILEN	Article 25	Admission of new Shareholders and transfer of SHARES
Artikel 26	Einziehung oder zwangsweise Abtretung von ANTEILEN	Article 26	Redemption or compulsory assignation of SHARES
Artikel 27	Austritt eines Gesellschafters	Article 27	Withdrawal of a Shareholder
Kapitel VIII –	Beendigung der Gesellschaft	Chapter VIII –	Termination of the Company
Artikel 28	Liquidation der Gesellschaft oder Änderung ihrer Zwecke	Article 28	Liquidation of the Company or change of its objects
Kapitel IX –	Verschiedenes	Chapter IX –	Miscellaneous
Artikel 29	Haftung	Article 29	Liability
Artikel 30	Bekanntmachungen	Article 30	Announcements
Artikel 31	Anzuwendendes Recht	Article 31	Applicable law
Artikel 32	Salvatorische Klausel	Article 32	Severability
Artikel 33	Inkrafttreten	Article 33	Entry into force
Artikel 34	Sprachen	Article 34	Languages

Kapitel I – Allgemeine Bestimmungen

Chapter I – General provisions

Artikel 1**Name, eingetragener Sitz, Geschäftsjahr, Bestimmung des Begriffs „ANTEIL“**

(1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH); sie führt den Namen

„European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“
(European XFEL GmbH).

(2) Die Gesellschaft hat ihren eingetragenen Sitz in Hamburg, Bundesrepublik Deutschland.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, das am 31. Dezember desselben Jahres endet.

(4) Der Begriff „ANTEIL“ (in Großbuchstaben) („Geschäftsanteil“ im Sinne des GmbHG) bezeichnet im Folgenden einen Teil

Article 1**Name, registered office, financial year, definition SHARE**

(1) The Company is a Limited Liability Company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) with the name

“European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH”
(European XFEL GmbH).

(2) The Company shall have its registered office in Hamburg, Federal Republic of Germany.

(3) The financial year shall be the calendar year. The first year of business shall be a short financial year ending on 31 December of that year.

(4) In the following text the word “SHARE” (in capital letters) (“*Geschäftsanteil*” in the sense of the *GmbHG*) represents a frac-

der Gesellschaft, den ein Gesellschafter gegen Einlage auf das Stammkapital („Stammeinlage“ im Sinne des GmbHG) übernommen hat. Der Wert des ANTEILS wird durch den entsprechenden Teil des von dem Gesellschafter gezeichneten Stammkapitals (siehe Artikel 5) bestimmt.

Artikel 2

Verhältnis zu DESY

Die Gesellschaft und DESY in Hamburg werden beim Bau, bei der Inbetriebnahme und beim Betrieb des XFEL auf der Grundlage einer langfristigen Vereinbarung zusammenarbeiten.

Artikel 3

Zwecke

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Bereich der Wissenschaft und Forschung im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der deutschen Abgabenordnung (AO). Zwecke der Gesellschaft sind es,

- a) eine Freie-Elektronen-Laserquelle auf der Grundlage eines linearen Beschleunigers mit dazugehöriger Ausrüstung (im Folgenden als „Europäische XFEL-Anlage“ bezeichnet) zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung zu entwerfen, zu bauen, zu betreiben und weiterzuentwickeln,
- b) die Nutzung der Anlagen der Gesellschaft durch die Bereitstellung von Experimentierstationen für die Wissenschaftsgemeinden zu unterstützen,
- c) Programme für die wissenschaftliche Forschung unter Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage aufzustellen und durchzuführen,
- d) alle erforderlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten am Beschleuniger, am Verfahren des Freie-Elektronen-Lasers und an den Experimentiertechniken auszuführen,
- e) sicherzustellen, dass neue Technologien und Verfahren der Gesellschaft interessierten Stellen in den Staaten der Vertragsparteien zur Verfügung gestellt werden,
- f) allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer zu fördern.

Artikel 4

Gemeinnützigkeit

(1) Die Gesellschaft ist gemeinnützig tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen.

(2) Die Mittel und Ressourcen der Gesellschaft dürfen ausschließlich für die in Artikel 3 festgelegten Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln der Gesellschaft erhalten.

(3) Niemand darf durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Artikel 5

Stammkapital

Das Stammkapital (im Sinne des GmbHG) der Gesellschaft beträgt 25 000,- € (in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro).

Artikel 6

Gesellschafter

(1) Im Einklang mit dem Übereinkommen und entsprechend den Beiträgen der jeweiligen Vertragsparteien übernimmt jeder Gesellschafter auf der Grundlage seines Beitrags zu den Baukosten einen oder mehrere ANTEIL/E mit insgesamt folgendem Nennbetrag (im Sinne des GmbHG):

tion of the Company which a Shareholder has subscribed in consideration of its primary deposit („*Stammeinlage*“ in the sense of the *GmbHG*). The value of the SHARE shall be in proportion to the corresponding fraction of the share capital (see Article 5) subscribed by the Shareholder.

Article 2

Relation to DESY

The Company and DESY in Hamburg will collaborate on construction, commissioning and operation of the XFEL on the basis of a long-term agreement.

Article 3

Objects

The Company exclusively and directly pursues not-for-profit objects in the field of science and research in the sense of the section headed “Objects qualifying for tax relief” („*Steuerbegünstigte Zwecke*“) of the German Fiscal Code (*Abgabenordnung* – AO). The objects of the Company are as follows:

- a) to design, construct, operate, and develop, for the use of scientific research, a linear accelerator based Free-Electron Laser source and associated instruments (hereinafter referred to as “the European XFEL Facility”);
- b) to support the use of the Company’s facilities by providing experimental stations to the scientific communities;
- c) to draw up and execute programmes of scientific research using the European XFEL Facility;
- d) to carry out any necessary research and development work on the accelerator, the Free-Electron Laser process and experimental techniques;
- e) to ensure that new technologies and methods of the Company are made available to interested entities in the Contracting Party countries;
- f) to foster general public outreach and knowledge transfer.

Article 4

Non-profit character

(1) The Company acts in a non-profitable way; it does not primarily aim at its own economic interests.

(2) The Company’s funds and resources must be used exclusively for the objects set out in Article 3. The Shareholders shall not receive any share of profit and shall not in their capacity as Shareholders receive any other allotment out of the entity’s funds.

(3) Nobody may be favoured through expenditures not related to the objectives of the Company or through disproportionately high remunerations.

Article 5

Share capital

The share capital („*Stammkapital*“ in the sense of the *GmbHG*) of the Company amounts to € 25,000.- (in words: twenty-five thousand Euros).

Article 6

Shareholders

(1) According to the Convention and the contributions of the respective Contracting Parties, each Shareholder shall subscribe one or more SHARES with the following nominal value altogether („*Nennbetrag*“ in the sense of the *GmbHG*) based on its relative contribution to the construction costs:

Gesellschafter	Nennbetrag in Euro und Prozent des gesamten Stammkapitals		Shareholder	Nominal value in Euros and percentage of total share capital	
[_____] zum Beispiel DESY, vertreten durch das Direktorium	_____ €	_____ %	[_____] e.g. DESY represented by its Board of Directors	€ _____	_____ %
[_____]	_____ €	_____ %	[_____]	€ _____	_____ %
[_____]	_____ €	_____ %	[_____]	€ _____	_____ %
[_____]	_____ €	_____ %	[_____]	€ _____	_____ %
[_____]	_____ €	_____ %	[_____]	€ _____	_____ %

(2) Jeder Gesellschafter tätigt eine Einlage von mindestens 1 Prozent des Stammkapitals. Die Stammeinlagen (im Sinne des GmbHG) sind in bar einzuzahlen; der Gesamtbetrag ist unmittelbar bei Gründung der Gesellschaft fällig.

(2) Each Shareholder shall deposit at least 1% of the share capital. The primary deposits ("Stammeinlagen" in the sense of the GmbHG) are to be paid in cash; the full amount is due immediately upon incorporation.

Artikel 7

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind

- a) die Gesellschafterversammlung (im Sinne des GmbHG), im Folgenden als „Rat“ bezeichnet,
- b) die Geschäftsführung.

Kapitel II – Der Rat

Artikel 8

Mitglieder des Rates

Die Gesellschafter einer Vertragspartei können im Rat durch bis zu zwei Delegierte vertreten sein, die alle Gesellschafter der betreffenden Vertragspartei vertreten. Die Delegierten im Rat werden von allen Gesellschaftern einer jeden Vertragspartei ernannt und abberufen. Die Gesellschafter einer jeden Vertragspartei unterrichten den Vorsitzenden des Rates unverzüglich schriftlich von jeder Ernennung oder Abberufung ihrer Delegierten im Rat.

Artikel 9

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates

Der Rat wählt für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden aus den Delegierten der Gesellschafter unterschiedlicher Vertragsparteien. Mit ihrer Wahl werden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende unabhängig und neutral (*supra partes*) und verlassen ihre jeweilige Delegation. Einmalige Wiederwahl in Folge für eine zweite Amtszeit von höchstens zwei Jahren ist möglich.

Artikel 10

Sitzungen des Rates

- (1) Der Rat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.
- (2) Sitzungen des Rates werden vom Vorsitzenden des Rates einberufen.
- (3) Sitzungen des Rates werden auch auf Ersuchen von mindestens zwei Gesellschaftern unterschiedlicher Vertragsparteien einberufen. Außerordentliche Sitzungen des Rates können auch auf Ersuchen des Vorsitzenden der Geschäftsführung einberufen werden, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

Article 7

Organs

The organs of the Company shall be:

- a) The Shareholders' Assembly ("Gesellschafterversammlung" in the sense of the GmbHG), hereinafter referred to as "the Council";
- b) The Management Board ("Geschäftsführung").

Chapter II – The Council

Article 8

Members of the Council

The Shareholders of one Contracting Party may be represented in the Council by up to two delegates, representing all Shareholders of that Contracting Party. Delegates to the Council shall be appointed and have their appointments terminated by all Shareholders of each Contracting Party. The Shareholders of each Contracting Party shall inform the Chairperson of the Council in writing of any appointment or termination of appointments of its delegates to the Council without undue delay.

Article 9

Chairperson and Vice-Chairperson of the Council

The Council shall elect a Chairperson and a Vice-Chairperson from the delegations of the Shareholders of different Contracting Parties for a period not exceeding two years. With their election the Chairperson and Vice-Chairperson become *supra partes* and leave their delegations. Consecutive re-election is permitted only once for a second term of up to two years.

Article 10

Meetings of the Council

- (1) The Council shall meet at least twice a year.
- (2) Meetings of the Council shall be convened by the Chairperson of the Council.
- (3) Meetings of the Council shall also be convened at the request of at least two Shareholders of different Contracting Parties. Extraordinary meetings of the Council may also be convened at the request of the Chairperson of the Management Board, if it is required in the interest of the Company.

Artikel 11**Befugnisse des Rates**

(1) Der Rat trägt in allen gesetzlich vorgesehenen Fällen die Verantwortung, sofern dieser Gesellschaftsvertrag nicht etwas anderes bestimmt. Der Rat kann der Geschäftsführung Weisungen erteilen.

(2) Die folgenden Angelegenheiten bedürfen der einstimmigen Genehmigung durch den Rat:

- a) die Aufnahme neuer Gesellschafter,
- b) Erhöhungen des Stammkapitals,
- c) die Änderung dieses Gesellschaftsvertrags,
- d) Verschmelzungen oder Spaltungen der Gesellschaft,
- e) die Auflösung der Gesellschaft,
- f) das Finanzstatut der Gesellschaft,
- g) Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage durch Regierungen oder Gruppen von Regierungen, die dem Übereinkommen nicht beitreten, oder durch Einrichtungen oder Organisationen solcher Regierungen oder Gruppen von Regierungen,
- h) der Verteilungsschlüssel für die Betriebskosten nach Artikel 5 Absatz 5 des Übereinkommens,
- i) Entscheidungen über Fragen der Rechte des geistigen Eigentums.

(3) Die folgenden Angelegenheiten bedürfen der Genehmigung durch den Rat mit qualifizierter Mehrheit:

- a) die Wahl seines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
- b) das mittelfristige wissenschaftliche Programm,
- c) der Jahreshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung,
- d) die Feststellung des Jahresabschlusses (im Sinne des GmbHG),
- e) die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Direktoren (im Sinne des Artikels 13 Absatz 1),
- f) die Einrichtung von Ausschüssen und die Festlegung ihrer Aufgabenbereiche,
- g) die Grundsätze für die Vergabe von Strahlzeit,
- h) kurz- und mittelfristige Vereinbarungen über die Nutzung der wissenschaftlichen Geräte und Anlagen der Gesellschaft durch nationale oder internationale wissenschaftliche Organisationen,
- i) die Beschaffungsregeln,
- j) die Geschäftsordnung des Rates,
- k) die Übertragung (im Sinne des GmbHG) von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN zwischen den Gesellschaftern verschiedener Vertragsparteien; die Einziehung (im Sinne des GmbHG) oder Abtretung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN,
- l) Weisungen an die Geschäftsführung,
- m) die Bestellung und Abberufung eines Prokuristen (im Sinne des deutschen Handelsgesetzbuchs – HGB).

(4) Alle sonstigen Beschlüsse des Rates bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, zwingendes Recht oder dieser Gesellschaftsvertrag bestimmen etwas anderes.

(5) Beschlüsse zu Angelegenheiten in Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, zu Genehmigungen und zum Umweltschutz dürfen nicht gegen deutsches Recht verstoßen.

Article 11**Powers of the Council**

(1) The Council shall be responsible in all cases provided by law, unless these Articles of Association provide otherwise. The Council may issue instructions to the Management Board.

(2) The following matters shall require the approval of the Council by unanimous vote:

- a) Admission of new Shareholders;
- b) Share capital increases;
- c) Amendment of these Articles of Association;
- d) Mergers or splits of the Company;
- e) Dissolution of the Company;
- f) the Financial Rules of the Company;
- g) Arrangements for long-term use of the European XFEL Facility by Governments or groups of Governments not acceding to the Convention, or by establishments or organisations thereof;
- h) the repartition scheme of operating costs in accordance with Article 5(5) of the Convention;
- i) Decisions on questions of Intellectual Property Rights.

(3) The following matters shall require the approval of the Council by a qualified majority:

- a) Election of its Chairperson and Vice-Chairperson;
- b) Medium-term scientific programme;
- c) Annual budget and medium-term financial estimates;
- d) Adoption of the annual financial statement (*“Jahresabschluss”* in the sense of the GmbHG);
- e) Appointment, employment and termination of the appointment of the Directors (in the sense of Article 13(1));
- f) Establishment of committees and their terms of reference;
- g) Policy for the allocation of beam time;
- h) Short and medium-term arrangements for use of the Company's scientific equipment and facilities by national or international scientific organisations;
- i) Procurement Rules;
- j) Rules of Procedure of the Council;
- k) Transfer (*“Übertragung”* in the sense of the GmbHG) of SHARES or parts thereof between Shareholders of different Contracting Parties; redemption (*“Einziehung”* in the sense of the GmbHG) or assignation of SHARES or parts thereof;
- l) Instructions to the Management Board;
- m) Appointment and termination of the appointment of a proxy holder (*“Prokurist”* in the sense of the German Commercial Code (*Handelsgesetzbuch – HGB*)).

(4) All other resolutions of the Council shall require the simple majority unless mandatory law or these Articles of Association provide otherwise.

(5) Decisions on matters related to the regulatory requirements of the Federal Republic of Germany for public health and safety, permits and for the protection of the environment shall not contravene German law.

Artikel 12**Abstimmungsverfahren, Beschlüsse**

(1) Je 1 (ein) Euro des Stammkapitals gewährt eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann alle seine Stimmen nur einheitlich durch die hierzu vom jeweiligen Gesellschafter bestellten Delegierten abgeben. Gesellschafter, die von einer einzigen Vertragspartei benannt sind, können ihre Stimmen nur gemeinsam und einheitlich abgeben.

(2) „Einfache Mehrheit“ bedeutet 50 Prozent des Stammkapitals, wobei die Gesellschafter von nicht mehr als der Hälfte der Vertragsparteien dagegen stimmen dürfen.

(3) „Qualifizierte Mehrheit“ bedeutet eine Mehrheit von mindestens 77 Prozent des Stammkapitals, wobei die Gesellschafter von nicht mehr als der Hälfte der Vertragsparteien dagegen stimmen dürfen.

(4) „Einstimmigkeit“ bedeutet mindestens 90 Prozent des Stammkapitals; dabei darf es keine Gegenstimmen geben, und alle Gesellschafter müssen die Gelegenheit zur Stimmabgabe gehabt haben.

Kapitel III – Geschäftsführung der Gesellschaft**Artikel 13****Geschäftsführung**

(1) Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht

- a) aus mindestens zwei geschäftsführenden Direktoren („Geschäftsführer“ im Sinne des GmbHG) und
- b) gegebenenfalls aus zusätzlichen wissenschaftlichen/technischen Direktoren,

in diesem Gesellschaftsvertrag gemeinsam als „Direktoren“ bezeichnet.

(2) Einer der geschäftsführenden Direktoren ist Wissenschaftler und gleichzeitig der Vorsitzende der Geschäftsführung, ein weiterer ist Verwaltungsdirektor. Die Aufteilung der Zuständigkeiten der Direktoren wird vom Rat in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegt.

(3) Die Direktoren werden für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren bestellt. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Direktoren sowie alle Änderungen oder Verlängerungen ihrer Anstellungsverträge bedürfen der Genehmigung durch den Rat und werden vom Vorsitzenden des Rates im Namen der Gesellschaft unterzeichnet.

Artikel 14**Vertretung der Gesellschaft**

Die Gesellschaft wird durch zwei geschäftsführende Direktoren gemeinsam oder durch einen geschäftsführenden Direktor gemeinsam mit einem Prokuristen (im Sinne des HGB) vertreten.

Artikel 15**Aufgaben der geschäftsführenden Direktoren**

(1) Die geschäftsführenden Direktoren sind verpflichtet, die Gesellschaft gewissenhaft und mit der im Geschäftsverkehr erforderlichen Sorgfalt im Interesse der Gesellschaft sowie nach Maßgabe

- a) des Übereinkommens und der gesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese nicht dem Übereinkommen widersprechen,
- b) der jeweils gültigen Fassung dieses Gesellschaftsvertrags,
- c) der vom Rat erlassenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
- d) der Weisungen und Beschlüsse des Rates und
- e) der Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien zu leiten.

Article 12**Voting procedure, resolutions**

(1) For every 1 (one) € of share capital the holder is entitled to one vote. Each Shareholder may only cast all of its votes indivisibly and combined, exercisable by the delegates designated for this purpose by the relevant Shareholder. Shareholders nominated by a single Contracting Party may only jointly cast their votes, indivisibly and combined.

(2) A “simple majority” means 50 % of the share capital and the Shareholders of not more than half of the Contracting Parties voting against.

(3) A “qualified majority” means a majority of at least 77 % of the share capital and the Shareholders of not more than half of the Contracting Parties voting against.

(4) A “unanimous vote” means at least 90 % of the share capital and no unfavourable vote, all Shareholders having had the opportunity to vote.

Chapter III – Management of the Company**Article 13****Management Board**

(1) The Management Board of the Company is composed of

- a) at least two Managing Directors (“Geschäftsführer” in the sense of the GmbHG) and,
- b) if appropriate, additional Scientific/Technical Directors,

in these Articles of Association collectively called “Directors”.

(2) Among the Managing Directors, one shall be a scientist and at the same time the Chairperson of the Management Board; another one shall be an Administrative Director. The division of responsibilities of the Directors shall be established by the Council in Rules of Procedure for the Management Board.

(3) The Directors shall be appointed for a period not exceeding five years. Appointment, employment and termination of the appointment of the Directors as well as any amendment or enlargement of their contracts of employment shall be subject to the approval by the Council and shall be signed by the Chairperson of the Council on behalf of the Company.

Article 14**Representation of the Company**

The Company shall be represented by two Managing Directors acting jointly or by one Managing Director acting jointly with a proxy holder (“Prokurist” in the sense of the HGB).

Article 15**Remit of the Managing Directors**

(1) The Managing Directors are obliged to manage the Company conscientiously and with due diligence in the interest of the Company, and in accordance with

- a) the Convention and the statutory law of the Federal Republic of Germany, insofar as it does not contradict the Convention,
- b) the relevant valid version of these Articles of Association,
- c) the Rules of Procedure for the Management Board decreed by the Council,
- d) the directions and resolutions of the Council, and
- e) the agreements between the Contracting Parties.

(2) Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb der Gesellschaft mit sich bringt. Für Geschäftsführungshandlungen, die über diese Befugnis hinausgehen, bedarf es für jeden Einzelfall eines Beschlusses des Rates.

(2) The authorisation of management comprehends all activities entailed by standard operation of the Company. Management activities beyond such authorisation shall be in each case subject to a resolution of the Council.

Kapitel IV – Ausschüsse

Chapter IV – Committees

Artikel 16

Article 16

Beratungsausschuss für wissenschaftliche Fragen

Scientific Advisory Committee

(1) Der Beratungsausschuss für wissenschaftliche Fragen, der aus herausragenden Wissenschaftlern besteht, berät den Rat und die Geschäftsführung in wissenschaftlichen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.

(1) The Scientific Advisory Committee consisting of outstanding scientists shall advise the Council and the Management Board in scientific matters of fundamental importance.

(2) Der Beratungsausschuss für wissenschaftliche Fragen überwacht eine beziehungsweise mehrere Sachverständigen-gruppe(n), die zur Bewertung der Vorschläge für die Durchführung von Experimenten und die Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage in Übereinstimmung mit Artikel 6 des Übereinkommens eingerichtet wird/werden.

(2) The Scientific Advisory Committee monitors one or several Expert Panel(s) set up to evaluate the proposals for the realisation of experiments and the use of the European XFEL Facility in accordance with Article 6 of the Convention.

(3) Der Rat ernennt die Mitglieder des Beratungsausschusses für wissenschaftliche Fragen mit qualifizierter Mehrheit. Er besteht aus bis zu 15 Mitgliedern.

(3) The Council shall appoint the members of the Scientific Advisory Committee by qualified majority. It shall comprise up to 15 members.

Artikel 17

Article 17

Beratungsausschuss für Maschinenfragen

Machine Advisory Committee

(1) Der Beratungsausschuss für Maschinenfragen, der aus herausragenden Sachverständigen besteht, berät den Rat und die Geschäftsführung in maschinenbezogenen technischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.

(1) The Machine Advisory Committee consisting of outstanding experts shall advise the Council and the Management Board in machine-related technical matters of fundamental importance.

(2) Der Rat ernennt die Mitglieder des Beratungsausschusses für Maschinenfragen mit qualifizierter Mehrheit. Er besteht aus bis zu 10 Mitgliedern.

(2) The Council shall appoint the members of the Machine Advisory Committee by qualified majority. It shall comprise up to 10 members.

Kapitel V – Finanzielle Angelegenheiten

Chapter V – Financial matters

Artikel 18

Article 18

Jahresabschluss

Annual financial statement

(1) Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahrs muss die Geschäftsführung den Jahresabschluss und den Lagebericht (im Sinne des GmbHG) aufstellen. Die für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts großer Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gelten entsprechend.

(1) Within three months after the end of the financial year, the Management Board must prepare the annual financial statement and the management report ("*Lagebericht*" in the sense of the *GmbHG*). The rules of the *HGB* regarding the preparation and audit of the annual financial statement and the management report for large-scale corporations shall apply *mutatis mutandis*.

(2) Der Jahresabschluss und der Lagebericht müssen von einem zugelassenen, unabhängigen Abschlussprüfer (im Sinne des HGB) geprüft werden. Der Abschlussprüfer wird vor Ablauf des zu prüfenden Geschäftsjahrs durch Beschluss des Rates bestellt. Die Bestellung des Abschlussprüfers erfolgt jährlich. Eine Wiederbestellung ist möglich.

(2) The annual financial statement and the management report must be verified by a certified independent auditor ("*Abschlussprüfer*" in the sense of the *HGB*). The auditor shall be appointed by way of a resolution of the Council before the end of the financial year to be audited. The appointment of the auditor shall be made on an annual basis. An auditor may be re-appointed.

(3) Innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahrs müssen die geschäftsführenden Direktoren dem Rat eine Abschrift des Jahresabschlusses, der die rechtsverbindlichen Unterschriften der geschäftsführenden Direktoren tragen muss, sowie den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht (im Sinne des HGB) einschließlich einer schriftlichen Stellungnahme vorlegen. Der Rat entscheidet innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahrs über die Feststellung des Jahresabschlusses.

(3) Within six months after the end of the financial year, the Managing Directors must present to the Council a copy of the annual financial statement, the original of which must bear the legally binding signatures of the Managing Directors, as well as the management report together with the audit report ("*Prüfungsbericht*" in the sense of the *HGB*) including a written statement. The Council decides upon the adoption of the annual financial statement within the first six months after the end of the financial year.

Artikel 19

Article 19

Prüfrechte der Gesellschafter

Audit rights of the Shareholders

Jeder Gesellschafter hat ein Prüfrecht, wenn dies nach dem für die öffentliche Förderung geltenden innerstaatlichen Recht vorgeschrieben ist.

Each Shareholder has the right to audit if required by national law for public funding.

Artikel 20**Änderungen der Beiträge**

(1) Erhöhungen der Beiträge der Gesellschafter oder Beiträge neuer Gesellschafter, die von Regierungen benannt werden, die dem Übereinkommen nach Artikel 14 des Übereinkommens beitreten, werden in erster Linie dazu verwendet,

- a) die Finanzierung der ersten Ausbaustufe der Europäischen XFEL-Anlage, wie in Teil B des Technischen Dokuments 1 zum Übereinkommen dargelegt, sicherzustellen und
- b) die erste Ausbaustufe im Hinblick auf die Errichtung der gesamten Europäischen XFEL-Anlage, wie im Bericht über die technische Auslegung von XFEL dargelegt, zu erweitern.

(2) Sobald letzteres Ziel erreicht ist, werden zusätzliche Beiträge dazu verwendet, die Beiträge der anderen Gesellschafter zu senken. Die Senkung erfolgt proportional zu den zu diesem Zeitpunkt von den jeweiligen Gesellschaftern zugesagten Beiträgen, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes.

(3) Im Fall einer Änderung der finanziellen Beiträge sind die betroffenen Gesellschafter verpflichtet, die entsprechende Übertragung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN vorzunehmen.

Kapitel VI – Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern

Artikel 21**Begriffsbestimmungen**

Im Zusammenhang mit den Artikeln 22 und 23 gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Wissen“ bedeutet Informationen, technische Dokumentation, Know-how, Software und Materialien, und zwar unabhängig davon, in welcher Form oder in welchem Medium sie bekannt gegeben oder gespeichert werden, sowie unabhängig davon, ob sie geschützt sind oder nicht.
- b) „Hintergrund“ bedeutet das Wissen, das vor Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags geschaffen wurde.
- c) „Vordergrund“ bedeutet das Wissen, das durch die Arbeit seit Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags im Rahmen der Tätigkeiten der Gesellschaft geschaffen wurde.
- d) „Erfindung“ bedeutet das Wissen, für das Gebrauchsmuster oder Patente erworben werden können, das heißt Wissen, das gewerblich anwendbar ist, ein neues Element aufweist und einen erfinderischen Schritt erkennen lässt.

Artikel 22**Geistiges Eigentum**

(1) Die Gesellschafter erteilen der Gesellschaft kostenlos und uneingeschränkt eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geschützten oder nicht geschützten Hintergrunds, über den sie rechtmäßig verfügen können und der zum Zweck ihrer Zusammenarbeit in der Gesellschaft erforderlich ist.

(2) Die Gesellschafter erteilen der Gesellschaft ferner kostenlos und uneingeschränkt eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geschützten oder nicht geschützten Vordergrunds und weiterer geschützter oder nicht geschützter Verbesserungen, über die sie rechtmäßig verfügen können und die sie im Rahmen ihrer Zusammenarbeit in der Gesellschaft geschaffen haben.

(3) Die Gesellschaft ist Eigentümerin aller Rechte an dem von ihrem Personal erarbeiteten geistigen Eigentum, es sei denn, diese sind durch eine gesonderte vertragliche Vereinbarung erfasst.

(4) Auf Antrag erteilt die Gesellschaft den Gesellschaftern und von ihnen benannten öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen kostenlos eine nicht ausschließliche und nicht übertrag-

Article 20**Changes in contributions**

(1) Increases of contributions from Shareholders or contributions from new Shareholders designated by Governments acceding to the Convention in accordance with Article 14 thereof shall first and foremost be used

- a) to secure the funding of the start-up configuration of the European XFEL Facility as described in Part B of Technical Document 1 to the Convention, and
- b) to enhance the start-up configuration towards the complete European XFEL Facility as described in the XFEL Technical Design Report.

(2) Once this latter objective is achieved, additional contributions shall be used to reduce the contributions of the other Shareholders. The reduction shall be made by amounts proportional to the then committed contribution of each Shareholder, unless the Council decides otherwise.

(3) In the event of any change of financial contributions the Shareholders involved are committed to execute the corresponding transfer of SHARES or of parts thereof.

Chapter VI – Cooperation between the Company and the Shareholders

Article 21**Definitions**

The following definitions shall apply in the context of Articles 22 and 23:

- a) “Knowledge” means information, technical documentation, know-how, software and materials, regardless of the form or medium in which they are disclosed or stored and whether they are protected or not.
- b) “Background” means the knowledge generated prior to the signature of the Articles of Association.
- c) “Foreground” means the knowledge generated by the work carried out since the signature of the Articles of Association in the framework of the Company’s activities.
- d) “Invention” means the knowledge, for which utility models or patents can be obtained, i.e. is industrially applicable, displays an element of novelty and exhibits an inventive step.

Article 22**Intellectual Property**

(1) The Shareholders shall grant the Company, free of charge and without any restriction, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of their Background, protected or not, of which they can legally dispose, and which is needed for the purposes of their cooperation in the Company.

(2) The Shareholders shall also grant the Company, free of charge and without any restriction, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of their Foreground and further improvements, protected or not, of which they can legally dispose, and which they have generated in the framework of their cooperation in the Company.

(3) All Intellectual Property produced by staff employed by the Company is owned by the Company, except where covered by separate contractual agreement.

(4) On request, the Company shall grant the Shareholders and publicly-funded research institutions designated by them, free of charge, a non-exclusive and non-transferable licence for the use

bare Lizenz zur Nutzung ihres geistigen Eigentums für deren Forschungszwecke. Für forschungsfremde Zwecke kann den Gesellschaftern die Lizenz zu günstigeren Bedingungen als bei Lizenzen an Dritte erteilt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Gesellschafters kann die Gesellschaft jeder natürlichen oder juristischen Person in dem Staat oder in den Staaten dieses Gesellschafters zu angemessenen Bedingungen eine Lizenz für forschungsfremde Zwecke erteilen, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes.

(5) Beabsichtigt die Gesellschaft, von Dritten eine Lizenz zur Nutzung von geistigem Eigentum zu erhalten, so bemüht sie sich nach besten Kräften darum, dass ihr im Rahmen dieser Lizenz das Recht auf Erteilung von Unterlizenzen an die Gesellschafter nach Absatz 4 eingeräumt wird.

Artikel 23 Erfindungen

(1) Die Gesellschaft wendet auf Erfindungen ihres Personals die Vorschriften des deutschen Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen (ArbnErfG) an. Entscheidet sich die Gesellschaft, in einem Staat oder in mehreren Staaten kein Patent zu beantragen, so kann der Mitarbeiter, der die Erfindung gemacht hat, mit Zustimmung der Gesellschaft diesen Schutz in eigenem Namen, auf eigene Kosten und zum eigenen Nutzen beantragen.

(2) Für Erfindungen, die von Personal, das von einem Gesellschafter an die Gesellschaft entsandt wurde, während dessen Tätigkeit bei der Gesellschaft gemacht werden, gelten folgende Bestimmungen:

- a) Vorbehaltlich der auf Erfindungen von Mitarbeitern anzuwendenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen ist der entsendende Gesellschafter Eigentümer aller Rechte an den Erfindungen, die ausschließlich von dem entsandten Mitarbeiter gemacht wurden. Der entsendende Gesellschafter hat das Recht, in jedem Staat in eigenem Namen, auf eigene Kosten und zum eigenen Nutzen die Patente anzumelden, die zum Schutz dieser Erfindungen notwendig sind. Die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter haben für Forschungszwecke das kostenlose Nutzungsrecht an den Erfindungen sowie für forschungsfremde Zwecke das Recht auf eine Lizenz zu günstigeren Bedingungen als bei Lizenzen an Dritte. Ferner darf der Gesellschafter, der Eigentümer der Rechte ist, einer natürlichen oder juristischen Person im Staat oder in den Staaten der Gesellschaft auf Ersuchen eines anderen Gesellschafters die Erteilung einer Lizenz zu angemessenen Bedingungen für forschungsfremde Zwecke nicht verweigern. Durch vertragliche Vereinbarung zwischen den betroffenen Gesellschaftern und der Gesellschaft oder durch Beschluss des Rates können bestimmte Erfindungen festgelegt werden, für die der Gesellschafter nicht verpflichtet ist, der Gesellschaft, anderen Gesellschaftern oder auf Ersuchen eines anderen Gesellschafters natürlichen oder juristischen Personen in dessen Staat eine Lizenz zu erteilen.
- b) Die Gesellschaft erhält einen Teil der Nettoerlöse aus allen Lizenzen, die der Eigentümer der Rechte für forschungsfremde Zwecke erteilt hat, wobei dieser Teil unter Berücksichtigung der jeweiligen Beiträge der Gesellschaft und der entsandten Person zu den Erfindungen festzulegen ist.
- c) Bei der Beantragung von Rechten des geistigen Eigentums und bei der Lizenzerteilung konsultieren die Gesellschaft und die Gesellschafter einander in Zweifelsfällen und sehen von Maßnahmen ab, die der Gesellschaft oder den Gesellschaftern schaden können.
- d) Die Gesellschaft ist die alleinige Eigentümerin aller Rechte an Erfindungen, die Mitarbeiter, die von einem Gesellschafter im Rahmen des Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandt wurden, gemeinsam mit Mitarbeitern der Gesellschaft oder gemeinsam mit von anderen Gesellschaftern im Rahmen des Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandten Mitarbeitern gemacht haben.

of its Intellectual Property for their research activities. For other than research purposes, the licence may be granted to the Shareholders on conditions more favourable than those of licences granted to third parties. Subject to approval of the Shareholder concerned, the Company may grant to any natural or legal person in the country or countries of that Shareholder a licence on fair and reasonable terms for purposes other than research, except where the Council decides otherwise.

(5) In case the Company intends to obtain a licence for the use of Intellectual Property from a third party, the Company shall use its best efforts to obtain the right under such licence to grant sub-licences to any of the Shareholders as set out in paragraph 4 above.

Article 23 Inventions

(1) In the case of Inventions made by the Company's staff, the Company shall apply the rules of the German Law on Inventions by Employees (*Gesetz über Arbeitnehmererfindungen – ArbnErfG*). If the Company decides not to apply for a patent in one or more countries, the employee who obtained the Invention may, with the consent of the Company, apply for such protection in his or her own name, at his or her own cost and for his or her own benefit.

(2) In the case of Inventions made by staff seconded to the Company by a Shareholder in the course of their work at the Company, the following provisions shall apply:

- a) Subject to legislative or contractual provisions applicable to Inventions of employees, the seconding Shareholder shall be the owner of all rights in the Inventions made solely by the seconded employee. The seconding Shareholder shall have the right to apply in any country in its own name, at its own cost and for its own benefit for patents necessary for the protection of such Inventions. The Company and the other Shareholders shall have free of charge the right of use of the Inventions for research purposes and the right to a licence for purposes other than research on conditions more favourable than those of licences granted to third parties. In addition, the Shareholder owning the rights shall not refuse to grant a licence for purposes other than research on fair and reasonable terms to any natural or legal person in the country or countries of the Shareholders at the request of another Shareholder. By contractual agreement between the Shareholders concerned and the Company, or by decision of the Council, certain Inventions may be determined, in respect of which the Shareholder is not obliged to grant a licence to the Company, to other Shareholders or at the request of another Shareholder to any natural or legal person in that Shareholder's country.
- b) The Company shall receive a share of the net returns from all licences granted by the owner of the rights for purposes other than research, the said share to be determined having regard to the respective contributions to the Inventions of the Company and of the seconded person.
- c) When applying for Intellectual Property Rights and granting licences, the Company and the Shareholders shall consult each other in cases of doubt and shall refrain from actions which may prejudice the Company or the Shareholders.
- d) The Company shall be the sole owner of all rights in those Inventions made by employees seconded by a Shareholder within the in-kind contribution to the creation of the Company together with employees of the Company or together with employees seconded by other Shareholders within the in-kind contribution to the creation of the Company.

e) Hat ein entsandter Mitarbeiter eines Gesellschafters gemeinsam mit entsandten Mitarbeitern eines anderen Gesellschafters Erfindungen gemacht, so gehören diese gemeinsamen Erfindungen beiden Partnern; letztere müssen in jedem einzelnen Fall eine Vereinbarung über die Aufteilung und gemeinsame Nutzung der Erfindung treffen. Auf solche Erfindungen findet Buchstabe a Anwendung.

f) Die Gesellschaft ist die alleinige Eigentümerin aller Rechte an Erfindungen, die von entsandten Mitarbeitern eines Gesellschafters gemeinsam mit Personal der Gesellschaft oder gemeinsam mit von anderen Gesellschaftern im Rahmen des Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandten Mitarbeitern gemacht wurden, sofern nichts anderes vertraglich vereinbart wurde.

(3) Hat Personal der Gesellschaft gemeinsam mit Personal eines Gesellschafters, das nicht an die Gesellschaft entsandt wurde, Erfindungen gemacht, so gehören diese Erfindungen beiden Partnern; letztere müssen in jedem einzelnen Fall eine Vereinbarung über die Aufteilung und gemeinsame Nutzung der Erfindung treffen. Diese Vereinbarung soll den in Absatz 2 niedergelegten Bestimmungen entsprechen.

Artikel 24

Vertraulichkeit

(1) Die Gesellschafter sind gegenüber Dritten zur vertraulichen Behandlung aller Informationen und Gegenstände verpflichtet, die nicht veröffentlicht worden sind und die von einem anderen Gesellschafter oder der Gesellschaft vertraulich übermittelt werden. Der empfangende Gesellschafter darf diese Informationen und Gegenstände nur zu Zwecken verwenden, die mit diesem Gesellschaftsvertrag vereinbar und nicht kommerzieller Natur sind. Die Offenlegung vertraulicher Informationen und Gegenstände setzt die ausdrückliche schriftliche Zustimmung des übermittelnden Gesellschafters oder der Gesellschaft voraus.

(2) Die Vertraulichkeitsklausel in Absatz 1 gilt nicht für Gegenstände und Arten von Informationen,

- a) die der empfangende Gesellschafter unabhängig von solchen Informationen entwickelt hat oder gerade entwickelt,
- b) die Teil des allgemein zugänglichen Standes der Technik sind oder die diese Zugänglichkeit ohne ein Verschulden des empfangenden Gesellschafters erreichen,
- c) die sich zum Zeitpunkt der Bekanntgabe bereits im Besitz des empfangenden Gesellschafters befanden,
- d) die von einem Dritten, der deren rechtmäßiger Besitzer ist, rechtmäßig an einen Gesellschafter ohne Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung weitergegeben wurden.

(3) Die Vertraulichkeitsklausel in Absatz 1 endet fünf Jahre nach dem Tag, an dem die Auflösung der Gesellschaft im Handelsregister eingetragen wurde. Die Gesellschafter verpflichten sämtliche Tochterunternehmen und Unterauftragnehmer, deren Mitarbeiter und sämtliches andere für einen Gesellschafter arbeitende Personal, die Zugang zu vertraulichen Informationen haben können, zur gleichen Vertraulichkeit.

Kapitel VII – Änderung von Geschäftsanteilen

Artikel 25

Aufnahme neuer Gesellschafter und Übertragung von ANTEILEN

(1) Die Gesellschaft ist für die Aufnahme neuer, von der/den betreffenden Vertragspartei/en benannter Gesellschafter offen.

(2) Ein neuer Gesellschafter erwirbt ANTEILE oder Teile von ANTEILEN von einem oder mehreren bisherigen Gesellschaftern, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes im Zusammenhang mit einer Erhöhung des Stammkapitals.

(3) Der Erwerb von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN von einem bisherigen Gesellschafter bedarf der Genehmigung

e) In case the Inventions are made by a seconded employee of one Shareholder jointly with seconded employees of another Shareholder, these joint Inventions belong to both partners, who have to agree in each case on the sharing and the joint exploitation of the Invention. The provisions of paragraph 2 a) are applicable to such Inventions.

f) The Company shall be the sole owner of all rights in those Inventions made by employees seconded by a Shareholder together with Company staff or with employees seconded by another Shareholder within the in-kind contribution to the creation of the Company, unless determined otherwise by contractual agreement.

(3) In case of Inventions made by staff of the Company jointly with staff of a Shareholder not seconded to the Company, these Inventions belong to both partners, who have to agree in each case on the sharing and the joint exploitation of the Invention. This agreement should follow the provisions laid out in paragraph 2 above.

Article 24

Confidentiality

(1) The Shareholders are committed to confidentiality against third parties for all information and objects that have not been published and are conveyed in confidence by any other Shareholder or the Company. The receiving Shareholder shall not use any such information and objects for any purpose other than in accordance with the terms of these Articles of Association and for non-commercial purposes. The disclosure of confidential information or objects requires the express written consent by the conveying Shareholder or the Company.

(2) The confidentiality clause mentioned above excludes objects or types of information that

- a) have been developed or are being developed by the receiving Shareholder independently of the information;
- b) are part of the generally accessible state of technology or that reach this status without the fault of the receiving Shareholder;
- c) were already in the possession of the receiving Shareholder at the time of the announcement; or
- d) were lawfully disclosed to a Shareholder from a third party who is in lawful possession thereof without any commitment to confidentiality.

(3) The above-mentioned confidentiality clause ends after five years following the day when the dissolution of the Company has been recorded in the commercial register. The Shareholders shall impose the same confidentiality on all of their affiliates and sub-contractors, their employees and any other personnel working for a Shareholder, who may have access to confidential information.

Chapter VII – Changes in shareholdings

Article 25

Admission of new Shareholders and transfer of SHARES

(1) The Company shall be open to the admission of new Shareholders designated by the relevant Contracting Party/ies.

(2) Unless otherwise agreed by the Council in the context of an increase of the share capital, a new Shareholder shall acquire SHARES or parts thereof from one or several of the existing Shareholders.

(3) The acquisition of SHARES or parts thereof from an existing Shareholder requires the approval of the Council by qualified

des Rates mit qualifizierter Mehrheit. Eine solche Genehmigung wird vorausgesetzt, wenn der erwerbende Gesellschafter von derselben Vertragspartei benannt wurde wie der/die abgebende/n Gesellschafter.

(4) Die Entscheidung über die Übertragung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN wird durch Niederschrift des Beschlusses des Rates wirksam und wird von den geschäftsführenden Direktoren erklärt.

Artikel 26

Einzziehung oder zwangsweise Abtretung von ANTEILEN

(1) Die Einziehung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN eines Gesellschafters mit dessen Zustimmung ist zulässig.

(2) Die Einziehung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung ist zulässig, wenn

- a) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde,
- b) in den/die ANTEIL/ANTEILE des Gesellschafters vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von drei Monaten aufgehoben wird, spätestens aber bis zur Verwertung des/der ANTEILS/ANTEILE,
- c) der Gesellschafter wesentliche Pflichten aus diesem Gesellschaftsvertrag oder aus den internen Regeln der Gesellschaft verletzt; hierzu gehört ein Rückstand des Gesellschafters hinsichtlich seiner Geld- und Sachbeiträge um mehr als drei Jahre.

In diesen Fällen hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht bei der Entscheidung über die Einziehung, und seine Stimmen werden bei der Feststellung der erreichten Mehrheit nicht mitgezählt. Gleichwohl darf der Gesellschafter an der betreffenden Sitzung des Rates teilnehmen und hat ein Recht auf Rechtfertigung, bevor der Beschluss über die Einziehung oder Abtretung gefasst wird.

(3) Im Fall der Einziehung erhält der betroffene Gesellschafter von der Gesellschaft eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags seiner ANTEILE. In den Fällen des Absatzes 2 Buchstaben a und b wird ein möglicher Erwerber nicht Gesellschafter, sondern erhält eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags der betreffenden ANTEILE.

(4) Anstelle der Einziehung von ANTEILEN kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, dass die ANTEILE

- a) an einen oder mehrere verbleibende Gesellschafter, die zur Übernahme zusätzlich zu ihren jeweiligen ANTEILEN bereit sind, oder
- b) an einen neuen Gesellschafter im Sinne des Artikels 25 Absatz 1

gegen eine Abfindung in gleicher Höhe wie in Absatz 3 vorgesehen abgetreten werden. Dies ist auch möglich in der Form, dass ein Teil des/der ANTEILS/ANTEILE eingezogen und der andere Teil abgetreten wird. Die Abfindung ist von den Gesellschaftern zu zahlen, an die ANTEILE oder Teile von ANTEILEN abgetreten werden.

(5) Die Wirksamkeit von Einziehung beziehungsweise Abtretung hängt nicht von der Zahlung der Abfindung ab.

(6) Die Entscheidung über die Einziehung oder Abtretung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN wird durch Niederschrift des Beschlusses des Rates wirksam und wird von den geschäftsführenden Direktoren erklärt.

majority. Such approval shall be presumed if the acquiring Shareholder has been designated by the same Contracting Party as the ceding Shareholder(s).

(4) Any decision on the transfer of SHARES or parts thereof shall become conclusive upon recording of the Council's resolution and be declared by the Managing Directors.

Article 26

Redemption or compulsory assignment of SHARES

(1) Any redemption of SHARES or parts thereof of a Shareholder is permitted subject to the agreement of the Shareholder.

(2) Any redemption of SHARES or parts thereof of a Shareholder without the agreement of the Shareholder is permitted, if

- a) the assets of the Shareholder become part of insolvency proceedings or the petition to open insolvency proceedings has been dismissed due to the lack of assets,
- b) the SHARE/SHARES of the Shareholder becomes/become the target of execution proceedings, provided that such proceedings have not been discontinued within a period of three months and/or the SHARE/SHARES has/have not already been realised in that period,
- c) the Shareholder violates its fundamental obligations under these Articles of Association or under the bylaws with respect to the Company, including if it is longer than three years in arrears with making its cash or in-kind contributions.

In these cases, the Shareholder affected shall have no voting right in the decision on redemption, and its votes will not be taken into consideration when the achieved majority is determined. Nevertheless, the Shareholder is authorised to attend the respective Council meeting and has the right of justification before the resolution concerning the redemption or assignment is taken.

(3) Upon redemption the Shareholder concerned receives a settlement payment from the Company amounting to the nominal value of its SHARES. In the cases of 2 a) and 2 b), a potential acquirer shall not become Shareholder, but receive a settlement payment amounting to the nominal value of the respective SHARES.

(4) Instead of redemption of SHARES the Council may decide by qualified majority that the SHARES be assigned

- a) to one or several of the remaining Shareholders which are willing to take over the same in addition to their respective SHARES or
- b) to a new Shareholder in the sense of Article 25(1)

against a settlement payment of the same amount as foreseen in paragraph 3 above. This is also possible in the form that a part of the SHARE/SHARES is redeemed and the other part is assigned. The settlement shall be paid by the Shareholders to which the SHARES or parts thereof are assigned.

(5) The validity of the redemption/assignment shall not be subject to the payment of the settlement.

(6) Any decision upon the redemption or assignment of SHARES or parts thereof shall become conclusive upon recording of the Council's resolution and be declared by the Managing Directors.

Artikel 27**Austritt eines Gesellschafters**

Ein Gesellschafter, der aus der Gesellschaft austritt, obwohl die Gesellschaft nicht liquidiert wird, kann lediglich eine Abfindung verlangen, die auf den Nennbetrag seiner ANTEILE begrenzt ist.

Kapitel VIII – Beendigung der Gesellschaft

Artikel 28**Liquidation der Gesellschaft
oder Änderung ihrer Zwecke**

(1) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke erhalten die Gesellschafter aus dem Gesellschaftsvermögen nicht mehr als die Summe aus dem Stammkapital und ihren Geld- und Sachbeiträgen zurück.

(2) In beiden Fällen fällt das Gesellschaftsvermögen, soweit sein Wert den an die Gesellschafter ausgezahlten Betrag übersteigt, an DESY oder nach Absprache mit den zuständigen deutschen Steuerbehörden an eine andere öffentlich geförderte Einrichtung, die das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Kapitel IX – Verschiedenes

Artikel 29**Haftung**

(1) Die Gesellschafter stellen sicher, dass die Gesellschaft eine ausreichende Versicherung abschließt, die für Personen- und Sachschäden aufkommt, die von an die Gesellschaft entsandtem Personal oder von ihr eingeladenen Wissenschaftlern oder Sachverständigen verursacht werden, soweit die Haftung nicht bereits durch andere Versicherungen übernommen wird. Ausgenommen sind Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden.

(2) In Haftungsfragen, die nicht im Sinne des Absatzes 1 geregelt werden können, konsultieren die Gesellschafter einander umgehend zur Schadensregulierung.

Artikel 30**Bekanntmachungen**

Gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger, auf der Website der Gesellschaft und zusätzlich in einem geeigneten Publikationsorgan der EU veröffentlicht.

Artikel 31**Anzuwendendes Recht**

Dieser Gesellschaftsvertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 32**Salvatorische Klausel**

(1) Für den Fall, dass eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrags ganz oder teilweise nichtig oder unwirksam ist oder wird, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

(2) Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die so weit wie möglich dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung voll entspricht.

(3) Entsprechendes gilt, wenn dieser Gesellschaftsvertrag eine Angelegenheit regeln sollte, aber nicht regelt.

Article 27**Withdrawal of a Shareholder**

A Shareholder withdrawing from the Company without the Company being liquidated can only claim a settlement payment limited to the nominal value of its SHARES.

Chapter VIII – Termination of the Company

Article 28**Liquidation of the Company
or change of its objects**

(1) In case of the Company's dissolution or if its objects cease to qualify for tax relief, the Shareholders may not retrieve from the Company's assets a higher value than the sum of the share capital and of their contributions in cash and in kind.

(2) In both cases, the Company's assets, to the extent that their value exceeds the amount paid out to the Shareholders, shall be transferred to DESY or, in consultation with the competent German tax authorities, to another publicly funded body, which shall use the assets directly and exclusively for non-profit objects.

Chapter IX – Miscellaneous

Article 29**Liability**

(1) The Shareholders shall ensure that the Company procures sufficient insurance which covers damages to persons or goods caused by personnel seconded and scientists and experts invited to the Company, unless the liability is already covered through other insurances. Excluded are damages which are caused by wilful misconduct or gross negligence.

(2) Concerning questions related to liability, which cannot be solved in the sense of paragraph 1, the Shareholders shall immediately consult each other for claim settlement.

Article 30**Announcements**

Announcements of the Company required by law shall be published in the German Electronic Federal Gazette (*Elektronischer Bundesanzeiger*), on the website of the Company and in addition in an appropriate EU Gazette.

Article 31**Applicable law**

These Articles of Association shall be subject to the law of the Federal Republic of Germany.

Article 32**Severability**

(1) Should any provision of these Articles of Association be or become void or invalid in whole or in part, the validity of the other provisions thereof shall not be affected.

(2) The invalid provision shall be replaced by a valid provision that to the extent possible fully implements the spirit and purpose of the invalid provision.

(3) The same shall apply in the event that these Articles of Association fail to cover an issue that was meant to be part hereof.

Artikel 33
Inkrafttreten

Dieser Gesellschaftsvertrag tritt mit Unterzeichnung durch die Gesellschafter und notarielle Beurkundung in Kraft.

Artikel 34
Sprachen

Dieser Gesellschaftsvertrag ist in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst. Die deutsche Fassung wird beim zuständigen deutschen Registergericht zur Eintragung im Handelsregister eingereicht.

Article 33
Entry into force

These Articles of Association shall enter into force upon signature by the Shareholders and notarisation.

Article 34
Languages

These Articles of Association are drawn up in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages. The German version shall be submitted to the relevant German registration Court for entry in the Commercial Register.

Schlussakte der Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage

- (1) Im Oktober 2002 veröffentlichte das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) als Beilage zum Bericht über die technische Auslegung (*Technical Design Report*) für TESLA (*TeV-Energy Superconducting Linear Accelerator*) den Bericht über die technische Auslegung eines Freie-Elektronen-Röntgenlaserlabors mit einem speziellen Linearbeschleuniger in einem separaten Tunnel.

Im Februar 2003 schlug das Bundesministerium für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland vor, dass das Röntgenlaserlabor als europäisches Projekt bei DESY (Hamburg) verwirklicht werden solle, an dessen Kosten sich die Bundesrepublik Deutschland etwa zur Hälfte beteiligen würde.

Ende 2004 hatten die Regierungen acht europäischer Staaten (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweden, Schweiz, Spanien und Vereinigtes Königreich) eine Absprache (*Memorandum of Understanding*) unterzeichnet, in der sie vereinbarten, gemeinsam die Errichtung der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage vorzubereiten und insbesondere bis Mitte 2006 die Voraussetzungen für eine Regierungsübereinkunft über den Bau und Betrieb dieser Forschungsanlage zu schaffen. Im Laufe des Jahres 2005 schlossen sich die Regierungen weiterer fünf Staaten (China, Dänemark, Polen, Russland und Ungarn) der Absprache an. Ende 2007 schloss sich die Regierung der Slowakischen Republik an. Zusammen mit den Niederlanden und der Europäischen Union, die eine Beobachterrolle innehaben, sind die Unterzeichnerregierungen in einem Internationalen Lenkungsausschuss (*International Steering Committee – ISC*) vertreten, der die Vorbereitungen für den Bau der XFEL-Anlage koordiniert.

Es wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet, eine für wissenschaftlich-technische Fragen, die andere für administrative und finanzielle Fragen. Mitte 2005 begann der ISC, ein Europäisches XFEL-Projektteam aufzubauen, das in enger Abstimmung mit der XFEL-Projektgruppe bei DESY an einem aktualisierten Bericht über die technische Auslegung mit detaillierten Kostenschätzungen sowie an den Rechtstexten (zwischenstaatliches Übereinkommen, Gesellschaftsvertrag der künftigen XFEL-Gesellschaft, interne Regeln) arbeitete. Der endgültige Bericht über die technische Auslegung von XFEL wurde vom ISC am 25. Juli 2006 genehmigt, die Rechtstexte in quasi endgültiger Form am 22. September 2008.

Am 5. Juni 2007 unterzeichneten Vertreter von zehn der damals dreizehn Parteien der Absprache ein Kommuniqué zum offiziellen Start von XFEL (*Communiqué on the Official Launch of the XFEL*), in dem sie gemeinsam den Beginn der Verwirklichung des XFEL-Projekts auf der Grundlage einer ersten Ausbaustufe mit Baukosten in Höhe von 850 Millionen Euro ankündigten.

- (2) Auf Einladung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland trat am 30. November 2009 im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg eine Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage zusammen.
- (3) Die Regierungen folgender Staaten waren durch Delegierte vertreten: Königreich Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Französische Republik, Hellenische Republik, Italienische Republik, Republik Polen, Russische Föderation, Königreich Schweden, Schweizerische Eidgenossenschaft, Slowakische Republik, Königreich Spanien, Republik Ungarn und Vereinigtes Königreich.
- (4) Dem/der Vorsitzenden der Konferenz wurde von den Bevollmächtigten deren jeweilige Vollmacht vorgelegt, die diese/r prüfte und für ordnungsgemäß befand.
- (5) Die Konferenz nahm den Wortlaut des Übereinkommens einschließlich seiner Anlage und der beigefügten fünf Technischen Dokumente zur Kenntnis, die im Folgenden aufgelistet sind:

Anlage: Gesellschaftsvertrag der „European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“ (European XFEL GmbH)

Technisches Dokument 1: Kurzfassung des Berichts über die technische Auslegung von XFEL (Teil A) und Plan für die schnelle Verwirklichung der Europäischen XFEL-Anlage (Teil B) (*Executive Summary of the XFEL Technical Design Report (Part A) and Scenario for the Rapid Start-up of the European XFEL Facility (Part B)*)

Technisches Dokument 2: Geschätzte jährlich anfallende Ausgaben (*Estimated annual incidence of expenditure*)

Technisches Dokument 3: Lageplan (*Site plan*)

Technisches Dokument 4: Grundregeln und Verfahren für Sachbeiträge (*Basic rules and procedures for in-kind contributions*)

Technisches Dokument 5: Vorbereitungskosten (*Preparatory costs*).

- (6) Auf Empfehlung des Internationalen Lenkungsausschusses für XFEL nahm die Konferenz den Wortlaut des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage einschließlich der Anlage, die Bestandteil des Übereinkommens ist, an.
- (7) Die Konferenz vereinbarte, dass das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufige Anwendung finden solle, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, und nahm zu diesem Zweck eine Entschließung an, die dieser Schlussakte beigefügt ist.
- (8) Die Konferenz nahm die Erklärungen
 - der Regierung des Königreichs Dänemark,
 - der Regierung der Französischen Republik,
 - der Regierung der Republik Polen,
 - der Regierung der Russischen Föderation,
 - der Regierung des Königreichs Schweden,
 - der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
 - der Regierung des Königreichs Spanien,
 - der Regierung der Republik Ungarn und
 - der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirlandzur Kenntnis, die dieser Schlussakte beigefügt sind.
- (9) Die Konferenz forderte alle Unterzeichnerregierungen auf, baldmöglichst etwaige verfassungsrechtliche Verfahren im Hinblick auf das Inkrafttreten des Übereinkommens abzuschließen und die Verwahrregierung (Bundesrepublik Deutschland) entsprechend zu unterrichten.
- (10) Die Konferenz nahm erfreut zur Kenntnis, dass andere Unterzeichner der Absprache dem Übereinkommen binnen sechs Monaten unter denselben Bedingungen beitreten können.
- (11) Die Konferenz lud weitere Regierungen ein, dem Übereinkommen beizutreten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Schlussakte unterzeichnet.

Geschehen zu Hamburg am 30. November 2009 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen, die diese Schlussakte unterzeichnet haben, und den Regierungen, die Vertragsparteien des Übereinkommens werden, beglaubigte Abschriften.

Entschließung
der Bevollmächtigtenkonferenz
zur Errichtung einer
Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage
Vorläufige Anwendung des XFEL-Übereinkommens

Die Konferenz

vereinbart, dass das Übereinkommen ab dem 30. November 2009 vorläufig angewandt wird, wobei davon ausgegangen wird, dass das endgültige Inkrafttreten des Übereinkommens von der Einhaltung geeigneter verfassungsrechtlicher Verfahren in jedem der betreffenden Staaten abhängt;

nimmt zur Kenntnis, dass der von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland benannte Gesellschafter DESY die European XFEL GmbH bereits am 28. September 2009 gegründet hat;

fordert die von den anderen Vertragsparteien benannten Gesellschafter auf, so bald wie möglich der European XFEL GmbH beizutreten. Der Beitritt erfolgt auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrags (Anlage zum Übereinkommen).

Erklärung der Regierung des Königreichs Dänemark
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Königreichs Dänemark zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Dänemark ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage beizutragen. Nach Unterzeichnung des XFEL-Übereinkommens werden sich die Verpflichtungen Dänemarks jedoch wie folgt darstellen:

1. Ungeachtet des Artikels 4 Absatz 8 und des Artikels 5 Absatz 7 des Übereinkommens wird sich Dänemark an den Baukosten der Europäischen XFEL-Anlage mit 1 Prozent der Gesamtkosten oder einem Maximalbetrag in Höhe von 11 Millionen Euro (Preisstand von 2005) beteiligen. Der dänische Beitrag wird sowohl aus Geld- als auch aus Sachbeiträgen bestehen, wobei den Sachbeiträgen Vorrang gegeben wird.
2. Im Hinblick auf das in Artikel 5 Absatz 5 des Übereinkommens beschriebene Verfahren wird Dänemarks Beitrag zu den Betriebskosten der Europäischen XFEL-Anlage nicht mehr als 1 Prozent der gesamten Betriebskosten betragen.

Erklärung der Regierung der Französischen Republik
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Französischen Republik zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Im Einklang mit Absatz 7 der Schlussakte, in dem die Vertragsparteien ihre Annahme zum Ausdruck bringen, dass das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig Anwendung finden kann, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, erklärt Frankreich hiermit, dass es das Übereinkommen nicht ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung vorläufig anwenden kann. Nach der französischen Verfassung, und insbesondere ihrem Artikel 53 über internationale Verträge, die Verpflichtungen für die Staatsfinanzen nach sich ziehen, kann die Genehmigung zur vorläufigen Anwendung erst in dem Rechtsakt gegeben werden, mit dem das Übereinkommen verkündet wird.

Bezüglich des in Artikel 5 Absatz 5 des Übereinkommens beschriebenen Verfahrens erklärt Frankreich hiermit, dass der französische Anteil an den jährlichen Betriebskosten der XFEL-Anlage 2 Prozent nicht übersteigen soll.

Erklärung der Regierung der Republik Polen
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Republik Polen zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Die Republik Polen beteiligt sich am Bau der Europäischen XFEL-Anlage mit einem Betrag in Höhe von 21,6 Millionen Euro (Preisstand von 2005). Dies beinhaltet sowohl Sach- als auch Geldbeiträge. Bei den Ausgaben haben Sachbeiträge Priorität; Geldbeiträge dürfen 10,8 Millionen Euro nicht übersteigen (Preisstand von 2005).

Erklärung der Regierung der Russischen Föderation
bezüglich der Beteiligung der Russischen Föderation am Projekt
zum Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Russischen Föderation zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Die Regierung der Russischen Föderation erklärt die Bereitschaft der Russischen Föderation, sich am Projekt zum Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (XFEL) zu beteiligen. Dabei gilt:

1. Die russische juristische Person, die als Gesellschafter der Gesellschaft mit beschränkter Haftung „European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH“ (im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet) handeln wird, entrichtet einen Beitrag in Höhe von 250 Mio. Euro (Preisstand von 2005) zum Bau der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage, wobei Folgendes zu berücksichtigen ist:

Der Anteil des russischen Gesellschafters am Kapital der Gesellschaft muss einen Umfang an Stimmrechten gewähren, der sicherstellt, dass der Rat der Gesellschaft im Falle der fehlenden Zustimmung dieses Gesellschafters keine Entscheidung treffen kann, die laut Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft einer qualifizierten Mehrheit bedarf; die Liste der Angelegenheiten, die nur mit qualifizierter Mehrheit genehmigt werden können, bleibt in jedem Fall unverändert.

2. Im Hinblick auf das in Artikel 5 Absatz 5 des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage dargelegte Verfahren zur Festlegung der Höhe des Anteils der Russischen Föderation an den Betriebskosten der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage ist zu berücksichtigen, dass dieser ausgehend vom Prinzip der Proportionalität im Verhältnis zu den Zeiträumen zu berechnen ist, in denen diese Anlage von Wissenschaftlern russischer Forschungseinrichtungen genutzt wird.

Erklärung der Regierung des Königreichs Schweden
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen
und bezüglich der Vertraulichkeit

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Königreichs Schweden zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Schweden ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage beizutragen. Hierfür gelten jedoch folgende Voraussetzungen:

1. Die in der XFEL-Gesellschaft als schwedischer Gesellschafter handelnde schwedische Behörde, die zu den Baukosten mit einem Betrag in Höhe von 12 Millionen Euro (Preisstand von 2005) beiträgt, wird von der Regierung des Königreichs Schweden nach parlamentarischer Genehmigung ernannt.
2. Für Schwedens Beteiligung am Bau von XFEL gilt, dass Schweden an der Betriebsphase von XFEL mindestens drei Jahre lang beteiligt ist, aber nach den ersten beiden Jahren seine weitere Beteiligung an der Betriebsphase prüft und die Möglichkeit hat, nach dieser Prüfung auf eigenen Wunsch die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
3. Nach erfolgreicher Prüfung kann Schweden anbieten, seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrhythmus um weitere drei (oder fünf) Jahre zu verlängern, und kann diese Beteiligung während der Gesamtdauer des Projekts fortsetzen.
4. Ergibt sich aus der ersten schwedischen Prüfung, dass eine weitere Beteiligung an dem Projekt angeraten ist, so wird Schweden seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen. Entscheidet sich Schweden nach der ersten Prüfung für eine Beendigung der Beteiligung, so wird Schweden fünfzig Prozent seines Anteils an den Stilllegungskosten aufgrund des Übereinkommens übernehmen.
5. Artikel 24 des Gesellschaftsvertrags (Anlage zum Übereinkommen) zur Vertraulichkeit soll in der folgenden Art und Weise ausgelegt werden, um den Erfordernissen der in der schwedischen Verfassung enthaltenen Regelung des Grundsatzes des öffentlichen Zugangs zu Dokumenten zu genügen:

Die in der XFEL-Gesellschaft (European XFEL GmbH mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland) als schwedischer Gesellschafter handelnde schwedische Behörde hat stets den übermittelnden Gesellschafter zu konsultieren, bevor sie entscheidet, Dritten Zugang zu vertraulichen Informationen im Sinne des Artikels 24 des Gesellschaftsvertrags zu gewähren. Es ist Schweden bewusst, dass sein Handeln die Beziehungen zwischen Schweden und den Vertragsparteien dieses Übereinkommens beeinträchtigen würde, falls der Gesellschafter nach einer derartigen zwingenden Konsultation deutlich gemacht hat, dass er der Offenlegung der Informationen nicht zustimmt, eine schwedische Behörde die Informationen aber dennoch offenlegt.

In diesem Zusammenhang erinnert Schweden an das schwedische Geheimhaltungsgesetz von 1980, insbesondere Kapitel 2 Abschnitt 1 Paragraph 1, der wie folgt lautet: „Geheimhaltung findet Anwendung auf alle Informationen bezüglich Schwedens Beziehungen zu einem anderen Staat beziehungsweise auf alle Informationen, die einen anderen Staat, eine internationale Organisation oder eine Behörde, einen Bürger oder eine juristische Person in einem anderen Staat oder eine staatenlose Person in anderer Weise betreffen, wenn angenommen werden kann, dass die Offenlegung der Informationen Schwedens internationale Beziehungen beeinträchtigen oder dem Land anderweitig Schaden zufügen würde.“

Erklärung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen
und zum geistigen Eigentum

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Die Schweiz ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage durch ständige Beteiligung beizutragen. Aufgrund der national geltenden Rechtsvorschriften werden das XFEL-Übereinkommen, der Gesellschaftsvertrag und die Schlussakte (im Folgenden als „XFEL-Übereinkünfte“ bezeichnet) jedoch für die Schweiz vom Tag ihrer Unterzeichnung bis zum Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens vorläufig angewendet. Die XFEL-Übereinkünfte treten vorbehaltlich der oben genannten innerstaatlichen Genehmigung am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Des Weiteren geht die Schweiz mit der Unterzeichnung der XFEL-Übereinkünfte folgende Verpflichtungen ein:

1. Vorbehaltlich der oben erwähnten Genehmigung wird sich die Schweiz an der Bauphase I der Europäischen XFEL-Anlage mit einem Betrag in Höhe von 15 Millionen Euro (Preisstand von 2005) beteiligen.
2. Ist die Schweiz nicht in der Lage, sich wie vorgesehen als Teilnehmerstaat an der Phase II der Europäischen XFEL-Anlage zu beteiligen, so hat die Schweiz die Möglichkeit, die Beteiligung am Ende der Phase I mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
3. Nach der Phase II kann die Schweiz anbieten, ihre Beteiligung jeweils für eine Dauer von vier Jahren zu verlängern.
4. Setzt die Schweiz ihre Beteiligung an dem Projekt fort, so wird sie ihren Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen.
5. Im Fall eines Rechtsstreits betreffend geistiges Eigentum, an dem eine schweizerische Partei beteiligt ist, betrachtet die Schweiz die Rechtstexte in folgender Reihenfolge als maßgeblich:
 - Erstens: den Gesellschaftsvertrag der XFEL-Gesellschaft
 - Zweitens: die schweizerischen Rechtsvorschriften
 - Drittens: das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften für das laufende Rahmenprogramm¹⁾.

¹⁾ „Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft andererseits“, in Kraft für die Dauer des Siebten Rahmenprogramms vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2012; nach 2013 soll gemäß Artikel 7 des Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Europäischen Gemeinschaften (in Kraft seit 17. Juli 1987) für das nächste Rahmenprogramm ein neues Abkommen geschlossen werden.

Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Spanien ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage beizutragen. Nach Unterzeichnung des XFEL-Übereinkommens werden sich Spaniens Verpflichtungen jedoch wie folgt darstellen:

1. Spanien wird seine aktive Teilnahme an der Betriebsphase zwei Jahre nach Beginn dieser Phase überprüfen und hat die Möglichkeit, die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
2. Nach erfolgreicher Prüfung kann Spanien seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrhythmus um weitere drei Jahre verlängern, und kann diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
3. Falls Spanien sich nach seiner ersten Prüfung dazu entscheidet, weiterhin an dem Projekt teilzunehmen, so wird Spanien seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen. Entscheidet sich Spanien nach der ersten Prüfung zu einer Beendigung der Beteiligung, so wird Spanien nur fünfzig Prozent seiner Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens übernehmen.

Erklärung der Regierung der Republik Ungarn bezüglich der vorläufigen Anwendung

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Republik Ungarn zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Im Einklang mit Absatz 7 der Schlussakte, in dem die Vertragsparteien ihre Annahme zum Ausdruck bringen, dass das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig Anwendung finden kann, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, erklärt Ungarn hiermit, dass es das Übereinkommen nicht ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung vorläufig anwenden kann. Nach dem ungarischen Gesetz L von 2005 über Verfahren betreffend völkerrechtliche Verträge kann die Genehmigung zur vorläufigen Anwendung erst in dem Rechtsakt gegeben werden, mit dem das Übereinkommen verkündet wird. Dieser Rechtsakt kann erst nach Unterzeichnung des Übereinkommens veröffentlicht werden. Das genannte Verfahren wird voraussichtlich innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung abgeschlossen sein.

Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bezüglich seiner finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage beizutragen. Nach Unterzeichnung des XFEL-Übereinkommens werden sich die Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland jedoch wie folgt darstellen:

1. Ungeachtet des Artikels 4 Absatz 8 und des Artikels 5 Absatz 7 wird sich das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland an der Bauphase der Europäischen XFEL-Anlage mit einem Betrag in Höhe von maximal 30 Millionen Euro (Preisstand von 2005) beteiligen.
2. Ungeachtet des Artikels 15 gilt für die Beteiligung des Vereinigten Königreichs am Bau von XFEL, dass das Vereinigte Königreich an der Betriebsphase von XFEL mindestens drei Jahre lang beteiligt ist, aber nach den ersten beiden Jahren seine weitere Beteiligung an der Betriebsphase prüft und die Möglichkeit hat, nach dieser Prüfung auf eigenen Wunsch die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
3. Nach erfolgreicher Prüfung kann das Vereinigte Königreich anbieten, seine Beteiligung unter Einhaltung desselben zweijährigen Prüfungsrhythmus um weitere drei Jahre zu verlängern, und kann diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
4. Das Vereinigte Königreich ist bereit, die finanziellen Folgen der Beendigung seiner Beteiligung zu erörtern.

Final Act
of the Conference of Plenipotentiaries
for the establishment of a
European X-Ray Free-Electron Laser Facility

- (1) In October 2002 the Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY) published, as a supplement to the Technical Design Report for the TeV-Energy Superconducting Linear Accelerator (TESLA) Technical Design Report for an X-Ray Free-Electron Laser laboratory with a dedicated linear accelerator in a separate tunnel.

In February 2003, the Federal Ministry of Education and Research of the Federal Republic of Germany suggested that the X-Ray Laser laboratory be realised as a European project at DESY (Hamburg), and that the Federal Republic of Germany would bear approximately half of the costs.

By the end of 2004 the Governments of eight European countries (France, Germany, Greece, Italy, Spain, Sweden, Switzerland, and the United Kingdom) had signed a Memorandum of Understanding, in which they agreed to jointly prepare the foundation of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility, and, in particular, to prepare the ground for a governmental agreement on the construction and operation of this research facility until mid-2006. The Governments of another five countries (China, Denmark, Hungary, Poland and Russia) joined the Memorandum of Understanding during 2005. The Government of the Slovak Republic joined in late 2007. Together with the Netherlands and the European Union, assuming the role of observers, the signatory Governments are represented in an International Steering Committee (ISC), which coordinates the preparations for the construction of the XFEL Facility.

Two Working Groups were established, one on Science and Technical Issues, the other on Administrative and Funding Issues. In mid-2005 the ISC began to set up a European XFEL Project Team, which, in close collaboration with the XFEL Project Group of DESY, worked on an updated Technical Design Report including detailed cost estimations as well as on the legal texts (Intergovernmental Convention, Articles of Association of the future XFEL Company, bylaws). The final XFEL Technical Design Report was approved by the ISC on 25 July 2006 and the legal texts in their quasi final form on 22 September 2008.

On 5 June 2007 representatives of ten of the then thirteen Parties to the Memorandum of Understanding signed a Communiqué on the Official Launch of the XFEL, by which they jointly announced the beginning of the realisation of the XFEL project, based on a start-up configuration with construction costs of 850 million Euro.

- (2) At the invitation of the Government of the Federal Republic of Germany, a Conference of Plenipotentiaries for the establishment of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility met at City Hall in the Free and Hanseatic City of Hamburg on 30 November 2009.
- (3) Governments of the following countries were represented by delegates: the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Italy, the Republic of Poland, the Russian Federation, the Slovak Republic, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation, and the United Kingdom.
- (4) The Chairperson of the Conference received from the Plenipotentiaries their Full Powers which he/she examined and recognised to be in correct and proper form.
- (5) The Conference took note of the text of the Convention, including its Annex and the five Technical Documents attached, listed as follows:

Annex:	Articles of Association of the "European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH" (European XFEL GmbH)
Technical Document 1:	Executive Summary of the XFEL Technical Design Report (Part A) and Scenario for the Rapid Start-up of the European XFEL Facility (Part B)
Technical Document 2:	Estimated annual incidence of expenditure
Technical Document 3:	Site plan
Technical Document 4:	Basic rules and procedures for in-kind contributions
Technical Document 5:	Preparatory costs.

- (6) Upon the recommendation of the XFEL International Steering Committee the Conference adopted the text of the Convention concerning the Construction and Opera-

tion of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility including its Annex which forms an integral part of the Convention.

- (7) The Conference agreed that the Convention be applied provisionally pending its entry into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, and, to this purpose, adopted a Resolution attached to this Final Act.
- (8) The Conference took note of the Declarations of
- the Government of the Kingdom of Denmark,
 - the Government of the French Republic,
 - the Government of the Republic of Hungary,
 - the Government of the Republic of Poland,
 - the Government of the Russian Federation,
 - the Government of the Kingdom of Spain,
 - the Government of the Kingdom of Sweden,
 - the Swiss Confederation,
 - the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,
- attached to this Final Act.
- (9) The Conference invited all the signatory Governments to complete as soon as possible their constitutional procedures, if any, with a view to the entry into force of the Convention and to inform the depositary Government (Federal Republic of Germany) accordingly.
- (10) The Conference noted favourably that other signatories of the Memorandum of Understanding may accede to the Convention within the next six months under the same conditions.
- (11) The Conference invited further Governments to accede to the Convention.

In witness whereof, the Plenipotentiaries have signed this Final Act.

Done at Hamburg on 30 November 2009 in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the Governments having signed this Final Act and to the Governments that become Contracting Parties to the Convention.

Resolution
of the Conference of Plenipotentiaries
for the establishment of a
European X-Ray Free-Electron Laser Facility
Provisional application of the XFEL Convention

The Conference

Agrees that from 30 November 2009 onwards the clauses of the Convention be applied provisionally, it being understood that the final coming into force of the Convention is subject to the fulfilment of appropriate constitutional procedures in each of the countries concerned;

Notes that the Shareholder designated by the Government of the Federal Republic of Germany, DESY, founded the European XFEL GmbH on 28 September 2009;

Invites the Shareholders designated by the other Contracting Parties to join as soon as possible the European XFEL GmbH. Joining the Company shall be on the basis of the Articles of Association (Annex to the Convention).

Declaration of the Government of the Kingdom of Denmark
with regard to its financial obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Kingdom of Denmark, which reads as follows:

Denmark is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility. However, Denmark's obligations, on signing the XFEL Convention, will be as follows:

1. Notwithstanding Articles 4(8) and 5(7) of the Convention Denmark will contribute towards the construction costs of the European XFEL Facility with 1 percent of the total costs or a maximum of 11 million Euro (in 2005 prices). The Danish contribution shall be comprised of both cash and in-kind contributions with a priority given to in-kind contributions.
2. With respect to the procedure described in Article 5(5) of the Convention Denmark's contribution towards the operating costs of the European XFEL Facility shall not exceed 1 percent of the total operating costs.

Declaration of the Government of the French Republic
with regard to its financial obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the French Republic, which reads as follows:

In accordance with paragraph 7 of the Final Act, in which Contracting Parties assume that the Convention can be applied provisionally until it enters into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, France hereby declares that it cannot apply the Convention provisionally from the date of its signature. According to the French Constitution, including Article 53 on international treaties committing the finances of the State, the authorisation of provisional application can only be given in the legal act promulgating the Convention.

With respect to the procedure described in Article 5(5) of the Convention, France declares that the French share in the annual operating costs of the XFEL Facility should not exceed 2 %.

Declaration of the Government of the Republic of Hungary
with regard to the provisional application

The Conference

Takes note of the Declaration of the Government of the Republic of Hungary, which reads as follows:

In accordance with paragraph 7 of the Final Act, in which the Contracting Parties assume that the Convention can be applied provisionally until it enters into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, Hungary hereby declares that it cannot apply the Convention provisionally from the date of its signature. According to the Hungarian Act L of 2005 on procedures regarding international treaties the authorisation of provisional application can only be given in the legal act promulgating the Convention. This legal act can be published only after the signature of the Convention. The above procedure is expected to be accomplished within one month from the signature.

Declaration of the Government of the Republic of Poland
with regard to its financial obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Republic of Poland, which reads as follows:

The Republic of Poland will take part in the construction of the European XFEL Facility with an amount of 21.6 million Euro (in 2005 prices). This will comprise contributions both in kind and in cash. The spending priority shall be on in-kind contribution, and in-cash contribution shall not exceed 10.8 million Euro (in 2005 prices).

Declaration by the Government of the Russian Federation
regarding the participation of the Russian Federation in the
project to build and operate a European X-Ray Free-Electron Laser Facility

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Russian Federation, which reads as follows:

The Government of the Russian Federation declares that the Russian Federation is willing to participate in the project to build and operate a European X-Ray Free-Electron Laser Facility (XFEL). In this regard:

1. The Russian legal person which will act as Shareholder in the limited liability company "European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH" (hereinafter referred to as "the Company") shall contribute 250 million Euro (in 2005 prices) to the construction of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility, with consideration being given to the following:
 - the share of the Russian Shareholder in the capital of the Company must ensure a volume of voting rights whereby, without approval from this Shareholder, no decision which requires a qualified majority according to the Articles of Association of the Company may be taken by the Council of the Company;
 - the list of matters subject to approval by a qualified majority shall in any case remain unchanged.
2. With regard to the procedure set out in Article 5(5) of the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility to stipulate the level of the Russian Federation's share in the operating costs of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility, it must be borne in mind that in line with the principle of proportionality this is to be calculated on the basis of the period of time the facility is used by scientists of Russian research organizations.

Declaration of the Government of the Kingdom of Spain
with regard to its financial obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Kingdom of Spain, which reads as follows:

Spain is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility. Nevertheless, Spain's obligations, on signing the XFEL Convention, shall be as follows:

1. Spain will review its active participation in the operational phase two years after the beginning of such phase, and have the option of withdrawing without penalty, provided that it gives one year's notice.
2. Following a positive review, Spain may extend its participation for a further three year period, subject to the corresponding review cycle, and may continue to participate for the whole duration of the project.
3. Should Spain choose to carry on with the project following its first review, it will assume its full liability for decommissioning under the Convention. In the event that a decision to withdraw from participation is made by Spain on the basis of such first review, Spain will only bear fifty percent of its decommissioning liability under the Convention.

Declaration of the Government of the Kingdom of Sweden
with regard to its financial obligations and confidentiality

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Kingdom of Sweden, which reads as follows:

Sweden is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility. However,

1. The Swedish authority serving as the Swedish shareholder in the XFEL Company, which will contribute towards the construction costs with an amount of 12 million Euro (in 2005 prices), will be designated by the Government of the Kingdom of Sweden after parliamentary approval.
2. Sweden's participation in the construction of XFEL would be on the basis that Sweden will participate in the operational phase of XFEL for a minimum period of three years but Sweden will review its continued participation in the operational phase after the first two years and have the option, should it wish to do so following that review, to withdraw without penalty, after giving one year's notice.
3. Following a successful review Sweden may offer to extend its participation for a further three (or five) year period subject to a corresponding review cycle and may continue to participate for the whole life of the project.
4. In the event that Sweden's first review recommends continued participation in the project, Sweden will accept in full its decommissioning liability under the Convention. Should Sweden decide to withdraw from participation following its first review, it will accept liability for fifty per cent of its share of the decommissioning cost under the Convention.
5. Article 24 on Confidentiality in the Articles of Association (Annex to the Convention) should be interpreted as follows in order to meet the requirements of the regulation in the Swedish constitution of the principle of public access to documents:

The Swedish authority serving as the Swedish shareholder in the XFEL Company (European XFEL GmbH, based in the Federal Republic of Germany) shall always consult the conveying Shareholder before taking any decision to grant third parties access to confidential information as defined in Article 24 of the Articles of Association. Sweden is aware that if, after such mandatory consultation, the Shareholder has made it clear that it does not consent to the disclosure of information and, nevertheless, a Swedish authority would disclose the information, Sweden's action would disturb relations between Sweden and the Parties to this Convention.

In this context, Sweden recalls the Swedish Secrecy Act 1980, in particular Chapter 2, Section 1, paragraph 1 which reads: "Secrecy shall apply to any information concerning Sweden's relations with another state, or any information otherwise concerning another state, an international organisation, or an authority, a citizen, or a legal person in another state, or a stateless person, if it can be assumed that disclosure of the information would disturb Sweden's international relations or would otherwise cause damage to the country".

Declaration of the Swiss Confederation
with regard to its financial obligations
and to the intellectual property

The Conference

Takes note of the declaration of the Swiss Confederation, which reads as follows:

Switzerland is disposed to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility through permanent participation. However, due to the national legislation in force, the XFEL Convention, the Articles of Association and the Final Act (hereinafter referred to as the "XFEL Agreements") will apply provisionally to Switzerland from the day of their signing until the completion of the national approval procedure. The XFEL Agreements will come into force on the day of their signing, subject to the national approval referred to above.

Furthermore, Switzerland's obligations, on signing the XFEL Agreements, will be as follows:

1. Subject to the above-mentioned approval, Switzerland will contribute the sum of EUR 15 million (in 2005 prices) to phase I of the construction of the European XFEL Facility.
2. Should it not be in a position to participate, as envisaged, in phase II of the European XFEL Facility as a participating state, Switzerland will have the option to withdraw at the end of phase I without penalty, after giving one year's notice.
3. Following phase II, Switzerland may offer to extend its participation in successive periods of four years.
4. In the event that Switzerland continues its participation in the project, Switzerland will accept in full its decommissioning obligations under the Convention.
5. In the event of litigation regarding intellectual property involving a Swiss party, Switzerland will consider the legal texts below as relevant in the following order:
 - first: the Articles of Association of the XFEL Company
 - second: Swiss legislation
 - third: the agreement governing cooperation between the European Communities and Switzerland for the current Framework Programme¹⁾.

¹⁾ "Agreement on scientific and technological cooperation between the European Community and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other part", in force for the duration of the 7th Framework Programme, from 1 January 2008 to 31 December 2012; after 2013, a new agreement for the next Framework Programme should be defined according to Art. 7 of the Framework Agreement for scientific and technical cooperation between the European Communities and Switzerland (in force since 17 July 1987).

Declaration of the Government of the
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
with regard to its financial obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, which reads as follows:

The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility. However, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland's obligations, on signing the XFEL Convention, will be as follows:

1. Notwithstanding Articles 4(8) and 5(7), the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland will take part in the construction phase of the European XFEL Facility with an amount of no more than 30 million Euro (in 2005 prices).
2. Notwithstanding Article 15, UK participation in the construction of XFEL would be on the basis that the UK will participate in the operational phase of XFEL for a minimum period of three years but the UK will review its continued participation in the operational phase after the first two years and have the option, should it wish to do so following that review, to withdraw without penalty, after giving one year's notice.
3. Following a successful review the United Kingdom may offer to extend its participation for a further three year period subject to the same two-yearly review cycle and may continue to participate for the whole life of the project.
4. UK is ready to discuss the financial consequences resulting from termination of its participation.

**Bekanntmachung
des Protokolls
zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb
einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage
betreffend den Beitritt der Regierung des Königreichs Spanien**

Vom 8. Januar 2014

Das in Berlin am 6. Oktober 2011 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Protokoll zum Übereinkommen vom 30. November 2009 über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (BGBl. 2014 II S. 2, 3) betreffend den Beitritt der Regierung des Königreichs Spanien sowie die diesem Protokoll beigefügte Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien werden nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 8. Januar 2014

Bundesministerium
für Bildung und Forschung
Im Auftrag
Dr. Vierkorn-Rudolph

Protokoll
zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb
einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage
betreffend den Beitritt der Regierung des Königreichs Spanien

Protocol
to the Convention concerning the Construction and Operation
of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility
on the Accession of the Government of the Kingdom of Spain

Die Regierungen
des Königreichs Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik,
der Hellenischen Republik,
der Italienischen Republik,
der Republik Polen,
der Russischen Föderation,
des Königreichs Schweden,
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
der Slowakischen Republik,
der Republik Ungarn,

im Folgenden als „bisherige Vertragsparteien“ bezeichnet,

die das Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) am 30. November 2009 in Hamburg und (im Fall der Regierung der Französischen Republik) am 4. Februar 2010 in Paris unterzeichnet haben,

einerseits

und

die Regierung des Königreichs Spanien
andererseits –

in Anbetracht der Tatsache, dass die Regierung des Königreichs Spanien die am 23. September 2004 in Berlin vereinbarte Absprache über die Vorbereitungsphase der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (*Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility*) unterzeichnet hat;

in Anbetracht der Tatsache, dass sich Vertreter des Königreichs Spanien an der nach dieser Absprache durchgeführten Vorbereitungsarbeit beteiligt haben;

in Anbetracht der Tatsache, dass die Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, in der Präambel des Übereinkommens die Erwartung zum Ausdruck brachten, dass sich andere Staaten an den Tätigkeiten beteiligen, die gemeinsam im Rahmen des Übereinkommens wahrgenommen werden;

in Anbetracht der Tatsache, dass der Rat der nach dem Übereinkommen errichteten Gesellschaft „European XFEL GmbH“ am 23. März 2011

- einstimmig empfahl, dass der Regierung des Königreichs Spanien angeboten werden soll, dem Übereinkommen zu den gleichen Bedingungen wie die bisherigen Vertragsparteien beizutreten, und
- einstimmig beschloss, die Verpflichtung der Regierung des Königreichs Spanien zur Leistung eines Beitrags von 11 Mio. €

The Governments of
the Kingdom of Denmark,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Hellenic Republic,
the Republic of Hungary,
the Republic of Italy,
the Republic of Poland,
the Russian Federation,
the Slovak Republic,
the Kingdom of Sweden,
the Swiss Confederation,

Hereinafter referred to as “the previous Contracting Parties”,

Having signed the Convention concerning the Construction and Operation of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility (hereinafter “Convention”) on 30 November 2009 in Hamburg and (Government of the French Republic) on 4 February 2010 in Paris,

on the one hand

and

the Government of the Kingdom of Spain
on the other hand,

Whereas the Government of the Kingdom of Spain signed the Memorandum of Understanding on the Preparatory Phase of the European X-Ray Free-Electron Laser Facility agreed in Berlin on 23 September 2004,

Whereas representatives of the Kingdom of Spain participated in the preparatory work carried out under that Memorandum of Understanding,

Whereas the Governments having signed the Convention expressed in the Convention’s preamble the expectation that other countries participate in the activities undertaken together under the Convention,

Whereas the Council of European XFEL GmbH, said company having been established in accordance with the Convention, on 23 March 2011:

- recommended unanimously that the Government of the Kingdom of Spain should be offered to accede to the Convention under the same conditions as the previous Contracting Parties, and
- resolved unanimously, in accordance with Article 5(7) of the Convention, to accept the commitment of the Government of

zu den Baukosten in Übereinstimmung mit Artikel 5 Absatz 7 des Übereinkommens anzunehmen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung des Königreichs Spanien tritt dem Übereinkommen als Vertragspartei bei. Sie tut dies zu den gleichen Bedingungen wie die bisherigen Vertragsparteien.

Artikel 2

Das Königreich Spanien leistet in Abweichung von Artikel 5 Absatz 3 des Übereinkommens einen Beitrag von 11 Mio. € (bezogen auf den Preisstand von 2005) zu den Baukosten.

Artikel 3

Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem alle Unterzeichnerregierungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer des Übereinkommens notifiziert haben, dass das innerstaatliche Genehmigungsverfahren für dieses Protokoll abgeschlossen ist.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Spanien stimmt der am 30. November 2009 in Hamburg unterzeichneten Schlussakte der Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage zu.

Die zur Unterzeichnung dieses Protokolls zusammengetretene Bevollmächtigtenkonferenz nahm die diesem Protokoll beigefügte Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien zur Kenntnis.

Geschehen zu Berlin am 6. Oktober 2011 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen, die dieses Protokoll unterzeichnet haben, und den Regierungen, die Vertragsparteien des Übereinkommens werden, eine beglaubigte Abschrift.

the Kingdom of Spain to contribute 11 M€ towards construction costs;

Have agreed as follows:

Article 1

The Government of the Kingdom of Spain accedes to the Convention as a Contracting Party. It does so under the same conditions as the previous Contracting Parties.

Article 2

In derogation from Article 5(3) of the Convention, the Kingdom of Spain contributes 11 M€ (referring to 2005 prices) towards construction costs.

Article 3

This Protocol shall enter into force on the first day of the second month after all signatory Governments have notified the Government of the Federal Republic of Germany as depositary of the Convention that the national approval process for this Protocol has been completed.

Article 4

The Government of the Kingdom of Spain agrees with the provisions in the Final Act of the Conference of Plenipotentiaries for the Establishment of a European X-Ray Free-Electron Laser Facility, signed in Hamburg on 30 November 2009.

The Conference of Plenipotentiaries assembled for signing this Protocol took note of the Declaration of the Government of the Kingdom of Spain attached to this Protocol.

Done at Berlin this 6 October 2011 in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified true copy to the Governments having signed this Protocol and to the Governments that become Contracting Parties to the Convention.

Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Spanien ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Europäischen XFEL-Anlage beizutragen. Nach Unterzeichnung des XFEL-Übereinkommens werden sich Spaniens Verpflichtungen jedoch wie folgt darstellen:

1. Spanien wird seine aktive Teilnahme an der Betriebsphase zwei Jahre nach Beginn dieser Phase überprüfen und hat die Möglichkeit, die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
2. Nach erfolgreicher Prüfung kann Spanien seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrhythmus um weitere drei Jahre verlängern, und kann diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
3. Falls Spanien sich nach seiner ersten Prüfung dazu entscheidet, weiterhin an dem Projekt teilzunehmen, so wird Spanien seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen. Entscheidet sich Spanien nach der ersten Prüfung zu einer Beendigung der Beteiligung, so wird Spanien nur fünfzig Prozent seiner Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens übernehmen.

Declaration of the Government of the Kingdom of Spain
with regard to its financial obligations

The Conference

takes note of the declaration of the Government of the Kingdom of Spain, which reads as follows:

Spain is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the European XFEL Facility. Nevertheless, Spain's obligations, on signing the XFEL Convention, shall be as follows:

1. Spain will review its active participation in the operational phase two years after the beginning of such phase, and have the option of withdrawing without penalty, provided that it gives one year's notice.
2. Following a positive review, Spain may extend its participation for a further three-year period, subject to the corresponding review cycle, and may continue to participate for the whole duration of the project.
3. Should Spain choose to carry on with the project following its first review, it will assume its full liability for decommissioning under the Convention. In the event that a decision to withdraw from participation is made by Spain on the basis of such first review, Spain will only bear fifty percent of its decommissioning liability under the Convention.

**Bekanntmachung
des Übereinkommens über den Bau und Betrieb
einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa**

Vom 8. Januar 2014

Das in Wiesbaden am 4. Oktober 2010 von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa und die Schlussakte der Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa mit den ihr beigefügten Entschlüssen und den einseitigen Erklärungen werden nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 12 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, sowie die Angaben über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens nach der der Schlussakte beigefügten Entschlüsselung Nr. 1 werden im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Bonn, den 8. Januar 2014

Bundesministerium
für Bildung und Forschung
Im Auftrag
Dr. Vierkorn-Rudolph

Übereinkommen
über den Bau und Betrieb einer Einrichtung
für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa

Convention
concerning the Construction and Operation of a Facility
for Antiproton and Ion Research in Europe

Inhaltsverzeichnis

Artikel 1	Errichtung der Einrichtung
Artikel 2	Name und Sitz
Artikel 3	Organe
Artikel 4	Freier Verkehr des Personals und der wissenschaftlichen Ausrüstung
Artikel 5	Finanzierung
Artikel 6	Beiträge
Artikel 7	Deckung etwaiger Umsatzsteuerkosten
Artikel 8	Vereinbarungen mit anderen Nutzern
Artikel 9	Geistiges Eigentum
Artikel 10	Schule
Artikel 11	Streitigkeiten
Artikel 12	Verwahrer und Inkrafttreten
Artikel 13	Beitritt
Artikel 14	Geltungsdauer
Artikel 15	Stilllegung
Artikel 16	Änderungen der Anlage und der Technischen Dokumente

Die Regierungen

der Volksrepublik China,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Republik Finnland,
der Französischen Republik,
der Hellenischen Republik,
der Republik Indien,
der Italienischen Republik,
der Republik Österreich,
der Republik Polen,
von Rumänien,
der Russischen Föderation,
des Königreichs Schweden,
der Slowakischen Republik,
der Republik Slowenien,
des Königreichs Spanien,
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,

Contents

Article 1	Establishment of the Facility
Article 2	Name and seat
Article 3	Organs
Article 4	Movement of personnel and scientific equipment
Article 5	Finance
Article 6	Contributions
Article 7	Coverage of potential VAT costs
Article 8	Arrangements with other users
Article 9	Intellectual Property
Article 10	School
Article 11	Disputes
Article 12	Depositary and entry into force
Article 13	Accession
Article 14	Duration
Article 15	Decommissioning
Article 16	Amendments to the Annex and to the Technical Documents

The Governments of

the Republic of Austria,
the People's Republic of China,
the Republic of Finland,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Hellenic Republic,
the Republic of India,
the Republic of Italy,
the Republic of Poland,
Romania,
the Russian Federation,
the Slovak Republic,
the Republic of Slovenia,
the Kingdom of Spain,
the Kingdom of Sweden,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

in dem Wunsch, die Stellung Europas und der Staaten der Vertragsparteien in der Welt im Bereich der Forschung weiter zu festigen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit über disziplinäre und nationale Grenzen hinweg zu vertiefen;

in der Erkenntnis, dass ein weltweit einzigartiges und technisch innovatives Beschleunigersystem für das Betreiben von Spitzenforschung in vielen verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen, die sich mit der Grundstruktur der Materie und damit zusammenhängenden Gebieten befassen, in Zukunft von großer Bedeutung sein wird;

in der Erwartung, dass sich weitere Staaten an den Tätigkeiten beteiligen, die gemeinsam im Rahmen dieses Übereinkommens wahrgenommen werden;

aufgrund des Beschlusses, den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa für eine auf Kriterien der wissenschaftlichen Exzellenz beruhende Nutzung durch die internationale Wissenschaftsgemeinde zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Errichtung der Einrichtung

(1) Bau und Betrieb der im Technischen Dokument 1 beschriebenen Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa, im Folgenden als „FAIR-Einrichtung“ bezeichnet, werden einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet, übertragen; diese unterliegt deutschem Recht, sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist (ohne Bezeichnung der Gesellschafter und ohne Bezifferung der Geschäftsanteile) diesem Übereinkommen als Anlage beigefügt. Die Gesellschaft nimmt ausschließlich Tätigkeiten zu friedlichen Zwecken wahr.

(2) Gesellschafter der Gesellschaft sind geeignete Einrichtungen, die von den Vertragsparteien für diesen Zweck benannt werden. Die Vertragsparteien benennen diese Gesellschafter durch schriftliche Mitteilung, die bei den anderen Vertragsparteien eingegangen sein muss.

(3) Die Gesellschaft und das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH werden beim Bau, bei der Inbetriebnahme und beim Betrieb der FAIR-Einrichtung auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen zusammenarbeiten.

Artikel 2

Name und Sitz

Die Gesellschaft führt den Namen „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH) und hat ihren eingetragenen Sitz in Darmstadt.

Artikel 3

Organe

(1) Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, im Folgenden als „Rat“ bezeichnet, und die Geschäftsführer, die zusammen die Geschäftsführung bilden.

(2) Die Delegierten im Rat werden nach einem durch die jeweiligen Vertragsparteien festgelegten Verfahren ernannt und abberufen.

Artikel 4

Freier Verkehr des Personals und der wissenschaftlichen Ausrüstung

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse der innerstaatlichen Rechtsvorschriften erleichtert jede Vertragspartei im Bereich

Hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

Desiring to further strengthen Europe’s and the Contracting Party countries’ position in research in the world, and to intensify scientific cooperation across disciplinary and national boundaries;

Recognizing that an internationally unique and technically innovative accelerator system will in future be of great significance for the performance of state of the art research in many different scientific fields concerned with the basic structure of matter and related areas;

Expecting other countries to participate in the activities undertaken together under this Convention;

Having decided to promote the construction and operation of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe for the use of the international scientific community, based on criteria of scientific excellence;

Have agreed as follows:

Article 1

Establishment of the Facility

(1) The construction and operation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe, as described in Technical Document 1, hereinafter referred to as “the FAIR facility”, shall be entrusted to a limited liability company, hereinafter referred to as “the Company”, which shall be subject to German law, unless otherwise provided under this Convention. The Articles of Association of the Company are attached hereto as an Annex (without specifying the shares or names of the Shareholders). The Company shall undertake activities for peaceful ends only.

(2) The Shareholders of the Company shall be appropriate bodies designated for this purpose by the Contracting Parties. The Contracting Parties shall designate such Shareholders by written notice received by the other Contracting Parties.

(3) The Company and the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH will collaborate in the construction, commissioning and operation of the FAIR facility on the basis of long-term agreements.

Article 2

Name and seat

The Company shall be known as the “Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH” (FAIR GmbH) and shall have its registered office in Darmstadt.

Article 3

Organs

(1) The organs of the Company shall be the Shareholders’ Assembly, hereinafter referred to as “the Council”, and the Managing Directors, collectively forming the Management Board.

(2) Delegates to the Council shall be appointed and have their appointments terminated in accordance with a procedure determined by the Contracting Parties concerned.

Article 4

Movement of personnel and scientific equipment

(1) Subject to the requirements of national legislation, each Contracting Party shall within its jurisdiction facilitate the move-

ihrer Zuständigkeit den freien Verkehr und den Aufenthalt von Angehörigen der Staaten der Vertragsparteien, die von der Gesellschaft beschäftigt oder zu ihr entsandt worden sind oder unter Nutzung der Anlagen der Gesellschaft Forschung betreiben, sowie von deren Familienangehörigen.

(2) Jede Vertragspartei erleichtert in ihrem Hoheitsgebiet und im Einklang mit geltendem Recht die Ausstellung von Durchfuhrdokumenten für die vorübergehende Ein- und Ausfuhr von wissenschaftlicher Ausrüstung und Proben, die für die Forschung unter Nutzung der Anlagen der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Artikel 5 Finanzierung

(1) Jede Vertragspartei ist dafür verantwortlich, dass dem/den Gesellschafter/n, den/die sie benannt hat, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dessen/deren Beitrag zum Jahreshaushalt der Gesellschaft zu decken.

(2) Mit dem Bau der FAIR-Einrichtung wird auf der Grundlage der in Artikel 6 genannten Finanzierungsverpflichtungen entsprechend dem Dokument „Die Modularisierte Startversion – Ein schrittweises Vorgehen bei der Verwirklichung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR)“ (*The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), das als Teil B des Technischen Dokuments 1 beigelegt ist, begonnen.

(3) Die Baukosten bestehen aus der Summe aller Ausgaben für den Bau (Personalkosten, laufende Ausgaben und Investitionen).

(4) Die Baukosten der in Teil B des Technischen Dokuments 1 beschriebenen Modularisierten Startversion betragen voraussichtlich

1 027 Millionen Euro

(eintausend und siebenundzwanzig Millionen Euro)

auf dem Preisstand vom Januar 2005.

(5) Eine Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben für Bau und Betrieb einschließlich eines Ansatzes für Weiterentwicklung der FAIR-Einrichtung ist als Technisches Dokument 2 beigelegt.

(6) Das endgültige Ziel bleibt die Verwirklichung der FAIR-Einrichtung, wie sie im Referenzbericht zur technischen Auslegung (*Baseline Technical Report*) beschrieben ist, von dem eine Kurzfassung als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigelegt ist.

(7) Der Rat überprüft mindestens einmal jährlich die tatsächlichen und die veranschlagten Baukosten. Gewinnt der Rat unter Berücksichtigung der genannten voraussichtlichen Kosten und der im Technischen Dokument 2 festgelegten Spezifikationen zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck, dass die FAIR-Einrichtung nicht zufrieden stellend fertig gestellt werden kann, so beschließt der Rat nach Konsultierung der Geschäftsführer Maßnahmen zur Kostensenkung.

(8) Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss einer Änderung der Baukosten zustimmen.

(9) Eine Schätzung der jährlichen Betriebskosten für den Vollbetrieb der FAIR-Einrichtung ist im Technischen Dokument 2 enthalten.

Artikel 6 Beiträge

(1) Die deutsche Vertragspartei stellt der Gesellschaft kostenlos und in baureifem Zustand die in dem als Technisches Dokument 3 beigelegten Plan markierten Grundstücke in Darmstadt zur Nutzung zur Verfügung.

(2) Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens verpflichten sich die Vertragsparteien, zu den Baukosten

ment and residence of nationals of the Contracting Party countries employed by or seconded to the Company or doing research using the Company's facilities and of the family members of such nationals.

(2) Each Contracting Party shall within its territory and in accordance with the law in force facilitate the issuance of transit documents for temporary imports and exports of scientific equipment and samples to be used for research using the Company's facilities.

Article 5 Finance

(1) Each Contracting Party shall ensure that the Shareholder(s) which it has designated has/have sufficient resources to cover the Shareholders' contribution to the annual budget of the Company.

(2) The construction of the FAIR facility shall start on the basis of the funding commitments set out in Article 6 in accordance with the document "The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)", attached as Part B of Technical Document 1.

(3) The construction costs shall be the sum of all expenditures on construction (personnel costs, recurrent expenditure and capital expenditure).

(4) The construction costs of the Modularized Start Version, as described in Part B of Technical Document 1, are expected to be

1,027 million euro

(one thousand and twenty-seven million euro)

at January 2005 prices.

(5) A table showing the estimated annual incidence of expenditure for both construction and operation, including provision for development of the FAIR facility is attached as Technical Document 2.

(6) The final goal remains the realization of the FAIR facility as described in the Baseline Technical Report, a summary of which is attached as Part A of Technical Document 1.

(7) The Council shall review at least annually the actual and forecast construction costs. If at any time it appears to the Council, having regard to the expected costs specified above and the specifications set out in Technical Document 2, that the FAIR facility may not be satisfactorily completed, the Council, on the advice of the Managing Directors, shall adopt cost reduction measures.

(8) The Council acting unanimously may approve a modification of the construction costs.

(9) An estimation of the annual operating costs for full operation of the FAIR facility is given in Technical Document 2.

Article 6 Contributions

(1) The German Contracting Party shall make available for the Company's use, free of charge and ready to build on, the site in Darmstadt marked on the plan attached as Technical Document 3.

(2) At the time of signing this Convention, the Contracting Parties commit to make the following contributions towards con-

folgende Geld- und/oder Sachbeiträge zu leisten (alle Beträge beziehen sich auf den Preisstand vom Januar 2005):

von der Volksrepublik China,
 705,00 Mio. € von der Bundesrepublik Deutschland,
 5,00 Mio. € von der Republik Finnland,
 27,00 Mio. € von der Französischen Republik,
 von der Hellenischen Republik,
 36,00 Mio. € von der Republik Indien,
 von der Italienischen Republik,
 von der Republik Österreich,
 23,74 Mio. € von der Republik Polen,
 11,87 Mio. € von Rumänien,
 178,05 Mio. € von der Russischen Föderation,
 10,00 Mio. € vom Königreich Schweden,
 von der Slowakischen Republik,
 12,00 Mio. € von der Republik Slowenien,
 11,87 Mio. € vom Königreich Spanien,
 vom Vereinigten Königreich Großbritannien und
 Nordirland.

(3) Die Vertragsparteien erwarten, dass während der Bauzeit weitere Anstrengungen unternommen werden, die es erlauben, die FAIR-Einrichtung wie im Referenzbericht zur technischen Auslegung beschrieben zu verwirklichen.

(4) Das Verfahren zur Anerkennung von Sachbeiträgen und die diesbezügliche Bewertungsmethode sind in dem diesem Übereinkommen beigefügten Technischen Dokument 4 beschrieben.

(5) Die Nutzung der FAIR-Einrichtung durch die Wissenschaftsgemeinde einer Vertragspartei setzt voraus, dass sich der/die Gesellschafter dieser Vertragspartei angemessen an der Deckung der Betriebskosten der FAIR-Einrichtung beteiligt/en. Der entsprechende Verteilungsschlüssel wird vom Rat spätestens drei Jahre nach Beginn der Bauzeit vereinbart.

(6) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass ihre Gesellschafter entsprechend dem vereinbarten Schlüssel zu den Betriebskosten beitragen.

(7) Änderungen der Beiträge zu den Baukosten und den Betriebskosten, die Aufnahme neuer Gesellschafter, die Erhöhungen der Anteile eines Gesellschafters sowie die Übertragung eines Anteils oder von Teilen eines Anteils an der in Artikel 1 genannten Gesellschaft werden durch den als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag geregelt, der den Rat ermächtigt, über diese Angelegenheiten zu entscheiden.

Artikel 7

Deckung etwaiger Umsatzsteuereinkosten

(1) Die Gesellschaft unterliegt den allgemeinen Regelungen für die Umsatzsteuer nach deutschem Recht.

(2) Sind die Beiträge eines Gesellschafters zu den Baukosten und zu den Betriebskosten umsatzsteuerpflichtig, so wird die anfallende Umsatzsteuer von der Vertragspartei entrichtet, welche die Steuer erhebt.

(3) Sind die Beiträge eines Gesellschafters zu den Baukosten und zu den Betriebskosten nicht umsatzsteuerpflichtig und führt dies zum Ausschluss oder zur Beschneidung des Rechts der Gesellschaft auf Abzug oder Erstattung der von der Gesellschaft an Dritte gezahlten Umsatzsteuer, so wird diese nicht abzugsfähige Umsatzsteuer von der Vertragspartei entrichtet, welche die Steuer erhebt.

struction costs in cash and/or in kind (all amounts refer to January 2005 prices):

by the Republic of Austria,
 by the People's Republic of China,
 5.00 M€ by the Republic of Finland,
 27.00 M€ by the French Republic,
 705.00 M€ by the Federal Republic of Germany,
 by the Hellenic Republic,
 36.00 M€ by the Republic of India,
 by the Republic of Italy,
 23.74 M€ by the Republic of Poland,
 11.87 M€ by Romania,
 178.05 M€ by the Russian Federation,
 by the Slovak Republic,
 12.00 M€ by the Republic of Slovenia,
 11.87 M€ by the Kingdom of Spain,
 10.00 M€ by the Kingdom of Sweden,
 by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

(3) The Contracting Parties expect that during the construction period further efforts will be made permitting the FAIR facility as described in the Baseline Technical Report to be realized.

(4) The procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method is supplied with this Convention as Technical Document 4.

(5) Use of the FAIR facility by the scientific community of a Contracting Party presupposes that the Shareholder(s) of that Contracting Party participate appropriately in covering the operating costs of the FAIR facility. The corresponding repartition scheme shall be agreed by the Council not later than three years after the start of the construction period.

(6) The Contracting Parties shall ensure that their Shareholders contribute to operating costs in accordance with the agreed scheme.

(7) Changes of contributions to construction costs and to operating costs, the admission of new Shareholders, increases in the shares held by an existing Shareholder, as well as the transfer of shares or parts thereof of the Company mentioned in Article 1 shall be governed by the Articles of Association, attached as an Annex, which authorise the Council to take decisions on such matters.

Article 7

Coverage of potential VAT costs

(1) The Company shall be subject to the general regulations for value added tax (VAT) under German law.

(2) As far as a Shareholder's contributions to construction costs and to operating costs are subject to VAT, this VAT due will be borne by the Contracting Party that levies the tax.

(3) As far as a Shareholder's contributions to construction costs and to operating costs are not subject to VAT and this results in an exclusion from, or a reduction of, the Company's right to deduct or claim a refund of the VAT paid by the Company to third parties, this non-deductible VAT will be borne by the Contracting Party that levies the tax.

Artikel 8**Vereinbarungen mit anderen Nutzern**

Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der FAIR-Einrichtung durch Regierungen oder Gruppen von Regierungen, die diesem Übereinkommen nicht beitreten, oder durch Einrichtungen oder Organisationen solcher Regierungen oder Gruppen von Regierungen können von der Gesellschaft mit einstimmiger Zustimmung ihres Rates getroffen werden.

Artikel 9**Geistiges Eigentum**

(1) Im Einklang mit den Zielen dieses Übereinkommens wird der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinne des Artikels 2 des am 14. Juli 1967 unterzeichneten Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum verstanden.

(2) In Bezug auf Fragen des geistigen Eigentums regeln sich die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten der Vertragsparteien sowie auf der Grundlage der entsprechenden Bestimmungen von Übereinkünften über Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie zwischen der Europäischen Gemeinschaft und nicht zur EU gehörenden Vertragsparteien.

Artikel 10**Schule**

Die deutsche Vertragspartei unterstützt die Bemühungen, den Kindern des Personals der Gesellschaft oder des sonstigen Personals, das bei der Gesellschaft tätig ist oder zu ihr entsandt worden ist, den Besuch von öffentlichen oder privaten internationalen Schulen in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

Artikel 11**Streitigkeiten**

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlungen beizulegen.

(2) Können sich die Vertragsparteien nicht auf die Beilegung einer Streitigkeit einigen, so kann jede der betroffenen Vertragsparteien die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten.

(3) Jede Vertragspartei, die Streitpartei ist, bestellt einen Schiedsrichter; besteht die Streitigkeit jedoch zwischen einer der Vertragsparteien und zwei oder mehreren anderen Vertragsparteien, so wählen letztere gemeinsam einen Schiedsrichter aus. Die auf diese Weise bestellten Schiedsrichter wählen einen Staatsangehörigen, der nicht Angehöriger der Staaten der Streitparteien ist, als Obmann, der die Aufgaben des Vorsitzenden des Schiedsgerichts wahrnimmt und dessen Stimme bei Stimmengleichheit der Schiedsrichter den Ausschlag gibt. Die Schiedsrichter werden innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag bestellt, an dem eine Beilegung durch Schiedsverfahren beantragt wurde, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten nach diesem Tag.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten und wird keine andere Regelung getroffen, so kann jede Streitpartei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Union oder gegebenenfalls den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs darum ersuchen, die erforderlichen Bestellungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage des Artikels 38 Absatz 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs. Seine Entscheidungen sind bindend.

Article 8**Arrangements with other users**

Arrangements for long-term use of the FAIR facility by Governments or groups of Governments not acceding to this Convention, or by establishments or organisations thereof, may be made by the Company subject to the unanimous approval of its Council.

Article 9**Intellectual Property**

(1) In accordance with the objects of the present Convention the term "Intellectual Property" shall be understood in accordance with Article 2 of the Convention Establishing the World Intellectual Property Organization signed on 14 July 1967.

(2) With respect to questions of Intellectual Property, the relations between the Contracting Parties will be governed by the national legislation of the Contracting Party countries, as well as on the basis of the corresponding provisions of agreements on cooperation in science and technology between the European Community and non-EU Contracting Parties.

Article 10**School**

The German Contracting Party shall support efforts for educational access to public or private international schools in the Federal Republic of Germany for children of the Company's staff, or of other staff seconded to or active with the Company.

Article 11**Disputes**

(1) The Contracting Parties shall endeavour to settle by negotiations any dispute concerning the interpretation or application of this Convention.

(2) If the Contracting Parties cannot reach agreement on the settlement of a dispute, each of the Contracting Parties concerned may submit the dispute for decision to an arbitral tribunal.

(3) Each Contracting Party being a party to the dispute shall appoint an arbitrator; nevertheless, if the dispute is between one of the Contracting Parties and two or more other Contracting Parties the latter shall choose one arbitrator in common. The arbitrators thus appointed shall choose a national of a country other than the countries of the Contracting Parties in dispute to act as umpire and to assume the functions of Chairman of the arbitral tribunal, with a casting vote in the event that the votes of the arbitrators are equally divided. The arbitrators shall be appointed within two months from the date of the request for a settlement by means of arbitration, the Chairman within three months from that date.

(4) If the time limits specified in the foregoing paragraph are not observed and no other arrangement is made, each party to the dispute may request the President of the Court of Justice of the European Union or, if appropriate, of the International Court of Justice to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by a simple majority.

(6) The arbitral tribunal shall take its decisions on the basis of paragraph 1 of Article 38 of the Statute of the International Court of Justice. Its decisions shall be binding.

(7) Das Gericht gibt sich eine Verfahrensordnung im Einklang mit dem Dritten Kapitel des Vierten Titels des am 18. Oktober 1907 in Den Haag unterzeichneten Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

(8) Alle Streitparteien tragen ihre eigenen Kosten und sind zu gleichen Teilen an den Kosten des Schiedsverfahrens beteiligt.

(9) Das Gericht stützt sich bei seinen Entscheidungen auf die für die jeweilige Streitigkeit geltenden Rechtsnormen.

Artikel 12

Verwahrer und Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem alle Unterzeichnerregierungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer dieses Übereinkommens notifiziert haben, dass das innerstaatliche Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerregierungen vom Zeitpunkt jeder in Absatz 1 vorgesehenen Notifikation sowie vom Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

(3) Vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens können die Vertragsparteien vereinbaren, dass einige oder alle Artikel dieses Übereinkommens vorläufig angewendet werden.

Artikel 13

Beitritt

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Regierung diesem Übereinkommen mit Zustimmung aller Vertragsparteien zu den ausgehandelten Bedingungen beitreten. Die Beitrittsbedingungen sind Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien und der beitretenden Regierung beziehungsweise Gruppe von Regierungen.

(2) Regierungen, die dieses Übereinkommen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten nach der ersten Unterzeichnung unterzeichnen, tun dies zu den gleichen Bedingungen wie die Vertragsparteien.

Artikel 14

Geltungsdauer

(1) Dieses Übereinkommen wird zunächst für einen Zeitraum geschlossen, der am 31. Dezember 2025 endet, und bleibt danach jeweils für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft, wobei für jeden neuen Zehnjahreszeitraum die wissenschaftliche und technische Zielsetzung der FAIR-Einrichtung auf der Grundlage eines vom Rat der Gesellschaft genehmigten Prüfungsberichts erneut bestätigt wird.

(2) Jede Vertragspartei kann unter Einhaltung einer Frist von drei Jahren durch eine an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu richtende Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt kann erst zum 31. Dezember 2025 oder zum Ende eines der darauf folgenden Zehnjahreszeiträume wirksam werden.

(3) Dieses Übereinkommen bleibt für die verbleibenden Vertragsparteien in Kraft. Die Bedingungen und Auswirkungen eines Rücktritts von diesem Übereinkommen durch eine Vertragspartei, insbesondere ihr Anteil an den Kosten einer Demontage der Anlagen und Gebäude der Gesellschaft sowie Entschädigungszahlungen für Verluste, werden durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien geregelt, bevor der Rücktritt durch eine Vertragspartei wirksam wird.

Artikel 15

Stilllegung

Die deutsche Vertragspartei ist für die Kosten einer Demontage der FAIR-Einrichtung, welche das Zweifache des durch-

(7) The tribunal shall determine its rules of procedure in accordance with Chapter III of Part IV of the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes signed at The Hague on 18 October 1907.

(8) Each party to the dispute shall bear its own costs and an equal share of the costs of the arbitral proceedings.

(9) The tribunal shall base its decisions on the rules of law applicable to the dispute under consideration.

Article 12

Depositary and entry into force

(1) This Convention shall enter into force on the first day of the second month after all signatory Governments have notified the Government of the Federal Republic of Germany as depositary of this Convention that the national approval procedure has been completed.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall promptly inform all signatory Governments of the date of each notification provided for in the foregoing paragraph and the date of entry into force of this Convention.

(3) Before the entry into force of this Convention, the Contracting Parties may agree that part or all of the Articles set out in this Convention be applied provisionally.

Article 13

Accession

(1) After the entry into force of this Convention, any Government may accede thereto with the consent of all Contracting Parties upon the conditions negotiated. The conditions of accession shall be the subject of an agreement between the Contracting Parties and the acceding Government or group of Governments.

(2) Governments signing this Convention within a period of twelve months after its initial signing shall do so under the same conditions as the Contracting Parties.

Article 14

Duration

(1) This Convention is concluded for an initial period ending on 31 December 2025 and shall remain in force after that date for successive periods of ten years each, with a reaffirmation of the scientific and technical direction of the FAIR facility issued for each new ten-year period on the basis of a review paper approved by the Council of the Company.

(2) A Contracting Party may withdraw from this Convention with three years' notice, such notice to be given to the Government of the Federal Republic of Germany. Withdrawal may take effect only on 31 December 2025 or at the end of each successive period of ten years.

(3) This Convention shall remain effective as between the remaining parties. The conditions and effects of withdrawal from this Convention by a Contracting Party, in particular its share in the costs of dismantling the Company's plant and buildings and compensation for losses, shall be settled by agreement among the Contracting Parties before the withdrawal of a Contracting Party takes effect.

Article 15

Decommissioning

The German Contracting Party shall be responsible for the costs of dismantling the FAIR facility beyond the sum of twice

schnittlichen jährlichen Betriebskostenbudgets der letzten fünf Betriebsjahre übersteigen, verantwortlich.

Artikel 16

Änderungen der Anlage und der Technischen Dokumente

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Anlage zu diesem Übereinkommen wie auch die Technischen Dokumente durch Entscheidung des Rates der Gesellschaft geändert werden können, ohne dass das Übereinkommen revidiert werden muss; dies gilt unter der Voraussetzung, dass diese Änderungen nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen. Änderungen der Anlage bedürfen der einstimmigen Zustimmung des Rates der Gesellschaft.

(2) Folgende Anlage ist Bestandteil dieses Übereinkommens:

Gesellschaftsvertrag der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH).

Ferner nimmt das Übereinkommen Bezug auf die folgenden Technischen Dokumente:

Technisches Dokument 1: Beschreibung der zu bauenden FAIR-Einrichtung und der Bauphasen (Teil A) und Die Modularisierte Startversion – Ein schrittweises Vorgehen bei der Verwirklichung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) (Teil B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Technisches Dokument 2: Detaillierte Aufschlüsselung der Baukosten und Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben für Bau und Betrieb (*Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation*),

Technisches Dokument 3: Lageplan der Grundstücke, auf denen die FAIR-Einrichtung gebaut werden soll (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Technisches Dokument 4: Verfahren zur Anerkennung von Sachbeiträgen und die diesbezügliche Bewertungsmethode (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu befugten unterzeichneten Vertreter dieses Übereinkommen unterschrieben.*

Geschehen zu Wiesbaden am 4. Oktober 2010 in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, ausgenommen die Technischen Dokumente, die lediglich in englischer Sprache abgefasst sind, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt allen Vertragsparteien und allen beitretenden Regierungen eine beglaubigte Abschrift und notifiziert ihnen später etwaige Änderungen.

the annual operating budget based on the average of the last five years of operation.

Article 16

Amendments to the Annex and to the Technical Documents

(1) The Contracting Parties agree that by decision of the Council of the Company the Annex to this Convention as well as the Technical Documents may be amended without any requirement for the Convention to be revised, provided that such amendments do not conflict with this Convention. Amendments to the Annex shall require the approval of the Council of the Company by unanimous vote.

(2) This Convention has as an integral part the following Annex:

Articles of Association of the “Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH” (FAIR GmbH).

Furthermore, it refers to the following Technical Documents:

Technical Document 1: Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B),

Technical Document 2: Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation,

Technical Document 3: Map of the site where the FAIR facility is to be constructed,

Technical Document 4: Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method.

In witness whereof, the undersigned representatives, having been authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

Done at Wiesbaden this 4 October 2010, in the English, French, German, Russian and Spanish languages, apart from the Technical Documents, which are only done in the English language, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified true copy to all Contracting Parties and acceding Governments, and subsequently notify them of any amendments.

* Hinweis des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Republik Indien, der Republik Polen, von Rumänien, der Russischen Föderation, des Königreichs Schweden und der Republik Slowenien haben das Übereinkommen am 4. Oktober 2010 unterzeichnet.

Anlage zum FAIR-Übereinkommen**Annex to the FAIR Convention**

Gesellschaftsvertrag
der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“
(FAIR GmbH)

Articles of Association
of the “Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH”
(FAIR GmbH)

Die Unterzeichneten
[Trägerorganisationen]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

im Folgenden als „Gesellschafter“ (im Sinne des deutschen Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bezeichnet –

im Hinblick auf das am [Angabe des Unterzeichnungsdatums] in [Angabe des Ortes] unterzeichnete Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa, im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet, zwischen den in der Präambel des Übereinkommens genannten Vertragsparteien, im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet;

in Anbetracht dessen, dass die [Angabe des Staates] Organisation [Angabe des Namens] und die [Angabe des Staates] Organisation [Angabe des Namens] ein Konsortium [Angabe des Namens] für ihre Teilnahme an der Gesellschaft gebildet haben und dass die [Angabe der Zahl und des Namens] Organisationen ein Konsortium [Angabe des Namens] für ihre Teilnahme an der Gesellschaft gebildet haben und dass nur das Konsortium [Angabe des Namens], vertreten durch [Angabe des Namens], und das Konsortium [Angabe des Namens], vertreten durch [Angabe des Namens], Gesellschafter der Gesellschaft sind, obwohl alle Organisationen diesen Gesellschaftsvertrag unterzeichnet haben –

vereinbaren hiermit die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht – insbesondere dem deutschen Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) –, nämlich der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH), im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet.

The undersigned
[funding agencies]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Hereinafter referred to as “the Shareholders” (“*Gesellschafter*” within the meaning of the German Law on Companies with Limited Liability);

Having regard to the Convention concerning the Construction and Operation of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe, hereinafter referred to as “the Convention”, signed in [fill in location] on [fill in signing date], between the Contracting Parties defined in the preamble of the Convention and hereinafter referred to as “the Contracting Parties”;

Noting that the [fill in country] organisation [fill in name] and the [fill in country] organisation [fill in name] have formed a consortium [fill in name] for their participation in the Company and that the [number and name] organisations have formed a consortium [fill in name] for their participation in the Company and that, although all organisations have signed the present Articles of Association, only the consortium [fill in name] represented by the [fill in name] and the consortium [fill in name] represented by [fill in name] are Shareholders of the Company;

Hereby agree to establish a limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) under German law, in particular the German Law on Companies with Limited Liability (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), namely, the “Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH” (FAIR GmbH), hereinafter referred to as “the Company”.

Inhaltsverzeichnis		Table of contents	
Kapitel I	Allgemeine Bestimmungen	Chapter I	General provisions
Artikel 1	Name, eingetragener Sitz, Geschäftsjahr, Bestimmung des Begriffs „ANTEIL“	Article 1	Name, registered office, financial year, definition of a SHARE
Artikel 2	Verhältnis zum GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH	Article 2	Relationship to the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Artikel 3	Zwecke	Article 3	Objects
Artikel 4	Gemeinnützigkeit	Article 4	Public-benefit character
Artikel 5	Stammkapital	Article 5	Share capital
Artikel 6	Gesellschafter	Article 6	Shareholders
Artikel 7	Organe	Article 7	Organs
Kapitel II	Der Rat	Chapter II	The Council
Artikel 8	Mitglieder des Rates	Article 8	Members of the Council
Artikel 9	Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates	Article 9	Chairperson and Vice-Chairperson of the Council
Artikel 10	Sitzungen des Rates	Article 10	Meetings of the Council
Artikel 11	Befugnisse des Rates	Article 11	Powers of the Council
Artikel 12	Abstimmungsverfahren, Beschlüsse	Article 12	Voting procedure, resolutions
Kapitel III	Geschäftsführung der Gesellschaft	Chapter III	Management of the Company
Artikel 13	Geschäftsführer und Geschäftsführung	Article 13	Managing Directors and Management Board
Artikel 14	Vertretung der Gesellschaft	Article 14	Representation of the Company
Artikel 15	Aufgaben der Geschäftsführer	Article 15	Remit of the Managing Directors
Kapitel IV	Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern	Chapter IV	Cooperation between the Company and the Shareholders
Artikel 16	Begriffsbestimmungen	Article 16	Definitions
Artikel 17	Geistiges Eigentum	Article 17	Intellectual Property
Artikel 18	Erfindungen	Article 18	Inventions
Artikel 19	Vertraulichkeit	Article 19	Confidentiality
Kapitel V	Ausschuss	Chapter V	Committee
Artikel 20	Wissenschaftlicher Rat	Article 20	Scientific Council
Kapitel VI	Finanzielle Angelegenheiten	Chapter VI	Financial matters
Artikel 21	Jahresabschluss	Article 21	Annual financial statement
Artikel 22	Prüfrechte der Gesellschafter	Article 22	Audit rights of Shareholders
Kapitel VII	Änderung von Geschäftsanteilen	Chapter VII	Changes in shareholdings
Artikel 23	Aufnahme neuer Gesellschafter und Übertragung von ANTEILEN	Article 23	Admission of new Shareholders and transfer of SHARES
Artikel 24	Einziehung oder zwangsweise Abtretung von ANTEILEN	Article 24	Redemption or compulsory assignation of SHARES
Artikel 25	Austritt eines Gesellschafters	Article 25	Withdrawal of a Shareholder
Kapitel VIII	Beendigung der Gesellschaft	Chapter VIII	Termination of the Company
Artikel 26	Liquidation der Gesellschaft oder Änderung ihrer Zwecke	Article 26	Liquidation of the Company or change of its objects
Kapitel IX	Verschiedenes	Chapter IX	Miscellaneous
Artikel 27	Haftung	Article 27	Liability
Artikel 28	Anzuwendendes Recht	Article 28	Applicable law
Artikel 29	Inkrafttreten	Article 29	Entry into force
Artikel 30	Sprachen	Article 30	Languages
Artikel 31	Salvatorische Klausel	Article 31	Severability
Artikel 32	Bekanntmachungen	Article 32	Announcements

Kapitel I Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Name, eingetragener Sitz, Geschäftsjahr, Bestimmung des Begriffs „ANTEIL“

(1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH); sie führt den Namen

„Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“
(FAIR GmbH).

(2) Die Gesellschaft hat ihren eingetragenen Sitz in Darmstadt, Bundesrepublik Deutschland.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, das am 31. Dezember desselben Jahres endet.

(4) Der Begriff „ANTEIL“ (in Großbuchstaben) („Geschäftsanteil“ im Sinne des GmbHG) bezeichnet im Folgenden einen Teil der Gesellschaft, den ein Gesellschafter gegen Einlage auf das Stammkapital („Stammeinlage“ im Sinne des GmbHG) übernommen hat. Der Wert des ANTEILS wird durch den entsprechenden von dem Gesellschafter gezeichneten Teil des Stammkapitals (siehe Artikel 5) bestimmt.

Artikel 2

Verhältnis zum GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

Die Gesellschaft und das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH in Darmstadt werden beim Bau, bei der Inbetriebnahme und beim Betrieb der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (im Folgenden als „FAIR-Einrichtung“ bezeichnet) auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen eng zusammenarbeiten.

Artikel 3

Zwecke

(1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der deutschen Abgabenordnung (AO). Die Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung von Wissenschaft und Forschung.

(2) Diese Zwecke werden verwirklicht insbesondere durch

- a) den Bau, den Betrieb und die Weiterentwicklung der FAIR-Einrichtung einschließlich einrichtungsspezifischer Forschung und Entwicklung und
- b) wissenschaftliche Forschung und Entwicklung mit Antiprotonen und Ionen unter Nutzung der FAIR-Einrichtung.

(3) Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit Forschung und technischer Entwicklung verbunden sind, z. B. Technologietransfer, wissenschaftliche Ausbildungsprogramme, Entwicklung von Beschleunigern, wissenschaftlichen Geräten und Ausrüstungsgegenständen für Forschungszwecke.

(4) Die Ergebnisse der bei und/oder von der Gesellschaft durchgeführten Forschungsarbeiten werden grundsätzlich veröffentlicht oder anderweitig allgemein zugänglich gemacht.

Artikel 4

Gemeinnützigkeit

(1) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2) Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die in Artikel 3 festgelegten Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Chapter I General provisions

Article 1

Name, registered office, financial year, definition of a SHARE

(1) The Company is a limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung* – GmbH) with the name

“Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH”
(FAIR GmbH).

(2) The Company shall have its registered office in Darmstadt, Federal Republic of Germany.

(3) The financial year shall be the calendar year. The first year of business shall be a short financial year ending on 31 December of that year.

(4) In the following text the word “SHARE” (in capital letters) (“*Geschäftsanteil*” within the meaning of the GmbHG) represents a fraction of the Company which a Shareholder has subscribed in consideration of its primary deposit (“*Stammeinlage*” within the meaning of the GmbHG). The value of the SHARE shall be in proportion to the corresponding fraction of the share capital (see Article 5) subscribed by the Shareholder.

Article 2

Relationship to the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

The Company and the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH in Darmstadt will collaborate closely in the construction, commissioning and operation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (hereinafter referred to as “the FAIR facility”) on the basis of long-term agreements.

Article 3

Objects

(1) The Company shall pursue exclusively and directly public-benefit objects within the meaning of the chapter headed “Tax-privileged purposes” (“*Steuerbegünstigte Zwecke*”) in the German Fiscal Code (*Abgabenordnung* – AO). The objects of the Company shall be the advancement of science and research.

(2) These objects shall be put into effect in particular through

- a) the construction, operation, and further development of the FAIR facility including facility specific research and development; and
- b) scientific research and development with antiprotons and ions conducted using the FAIR facility.

(3) The Company may take on further tasks associated with research and technical development, such as, technology transfer, scientific education programmes, development of accelerators and scientific machines and equipment for research purposes.

(4) The results of the research work undertaken at and/or by the Company, in principle, shall be published or otherwise made generally accessible.

Article 4

Public-benefit character

(1) The Company shall act altruistically and shall not primarily pursue its own economic purposes.

(2) The Company’s funds and resources shall be used exclusively for the objects set out in Article 3. The Shareholders may receive neither profit shares nor any other allocations from the funds and resources of the Company.

(3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Artikel 5

Stammkapital

Das Stammkapital (im Sinne des GmbHG) der Gesellschaft beträgt 25 000,- € (in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro).

Artikel 6

Gesellschafter

(1) Im Einklang mit dem Übereinkommen und entsprechend den Beiträgen der jeweiligen Vertragsparteien übernimmt jeder Gesellschafter auf der Grundlage seines Beitrags zu den Baukosten einen oder mehrere ANTEIL/E mit insgesamt folgendem Nennbetrag (im Sinne des GmbHG):

Ifd. Nr. ANTEIL	Gesellschafter	Nennbetrag in Euro und Prozent des gesamten Stammkapitals	
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %

(2) Jeder Gesellschafter tätigt eine Einlage von mindestens 1 Prozent des Stammkapitals. Die Stammeinlagen (im Sinne des GmbHG) sind in bar einzuzahlen, wobei der Gesamtbetrag unmittelbar bei Gründung der Gesellschaft fällig ist.

Artikel 7

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind

- a) die Gesellschafterversammlung (im Sinne des GmbHG), im Folgenden als „Rat“ bezeichnet, und
- b) die Geschäftsführer (im Sinne des GmbHG).

Kapitel II

Der Rat

Artikel 8

Mitglieder des Rates

Die Gesellschafter einer jeden Vertragspartei können im Rat durch bis zu zwei Delegierte vertreten sein, die alle Gesellschafter der betreffenden Vertragspartei vertreten. Die Delegierten im Rat werden von allen Gesellschaftern einer jeden Vertragspartei ernannt und abberufen. Die Gesellschafter einer jeden Vertragspartei unterrichten den Vorsitzenden des Rates unverzüglich schriftlich von jeder Ernennung oder Abberufung ihrer Delegierten im Rat.

Artikel 9

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates

Der Rat wählt für eine Amtszeit von höchstens zwei Jahren einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden aus den Delegierten der Gesellschafter unterschiedlicher Vertragsparteien. Mit ihrer Wahl werden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende unabhängig und neutral (*supra partes*) und

(3) No person may be favoured by means of expenditure not related to the objects of the Company or disproportionately high remuneration.

Article 5

Share capital

The share capital ("*Stammkapital*" within the meaning of the *GmbHG*) of the Company shall amount to € 25,000.00 (in words: twenty-five thousand euro).

Article 6

Shareholders

(1) In accordance with the Convention and the contributions of the respective Contracting Parties, each Shareholder shall subscribe one or more SHARES with the following total nominal value ("*Nennbetrag*" within the meaning of the *GmbHG*) based on its relative contribution to the construction costs:

Serial number of the SHARE	Shareholder	Nominal value in euro and percentage of total share capital	
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %

(2) Each Shareholder shall subscribe at least 1% of the share capital. The primary deposits ("*Stammeinlagen*" within the meaning of the *GmbHG*) shall be paid in cash with the full amount due immediately upon incorporation.

Article 7

Organs

The organs of the Company shall be:

- a) the Shareholders' Assembly ("*Gesellschafterversammlung*" within the meaning of the *GmbHG*), hereinafter referred to as "the Council"; and
- b) the Managing Directors ("*Geschäftsführer*" within the meaning of the *GmbHG*).

Chapter II

The Council

Article 8

Members of the Council

The Shareholders of each Contracting Party may be represented in the Council by a maximum of two delegates, representing all Shareholders of that Contracting Party. Delegates to the Council shall be appointed and have their appointments terminated by all Shareholders of each Contracting Party. The Shareholders of each Contracting Party shall inform the Chairperson of the Council in writing of any appointment or termination of appointments of its delegates to the Council without undue delay.

Article 9

Chairperson and Vice-Chairperson of the Council

The Council shall elect a Chairperson and a Vice-Chairperson from the delegations of the Shareholders of different Contracting Parties for a period of office not exceeding two years. Following their election, the Chairperson and Vice-Chairperson shall become *supra partes* and leave their delegations. Consecutive

verlassen ihre jeweilige Delegation. Einmalige Wiederwahl in Folge für eine zweite Amtszeit von höchstens zwei Jahren ist möglich.

Artikel 10

Sitzungen des Rates

- (1) Der Rat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.
- (2) Die Sitzungen des Rates werden vom Vorsitzenden des Rates einberufen.
- (3) Die Sitzungen des Rates werden auch auf Ersuchen von mindestens zwei Gesellschaftern unterschiedlicher Vertragsparteien einberufen. Außerordentliche Sitzungen des Rates können auch auf Ersuchen der Geschäftsführer einberufen werden, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

Artikel 11

Befugnisse des Rates

- (1) Der Rat trägt in allen gesetzlich vorgesehenen Fällen die Verantwortung, sofern dieser Gesellschaftsvertrag nicht etwas anderes bestimmt. Der Rat kann den Geschäftsführern Weisungen erteilen.
- (2) Die folgenden Angelegenheiten bedürfen der einstimmigen Zustimmung des Rates:
 - a) die Aufnahme neuer Gesellschafter,
 - b) die Übertragung (im Sinne des GmbHG) von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN zwischen den Gesellschaftern verschiedener Vertragsparteien,
 - c) Erhöhungen des Stammkapitals,
 - d) Änderungen dieses Gesellschaftsvertrags,
 - e) Verschmelzungen oder Spaltungen der Gesellschaft,
 - f) die Auflösung der Gesellschaft,
 - g) das Finanzstatut der Gesellschaft,
 - h) Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der FAIR-Einrichtung durch Regierungen oder Gruppen von Regierungen, die dem Übereinkommen nicht beitreten, oder durch Einrichtungen oder Organisationen solcher Regierungen oder Gruppen von Regierungen und
 - i) der Verteilungsschlüssel für die Betriebskosten nach Artikel 6 Absatz 5 des Übereinkommens.
- (3) Die folgenden Angelegenheiten bedürfen der Zustimmung des Rates mit qualifizierter Mehrheit:
 - a) die Wahl seines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
 - b) das mittelfristige wissenschaftliche Programm,
 - c) der Jahreshaushalt, die Ressourcenplanung (Finanzen und Personal) und die mittelfristige Finanzplanung,
 - d) die Feststellung des Jahresabschlusses (im Sinne des GmbHG),
 - e) die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
 - f) die Einrichtung von Ausschüssen,
 - g) die Grundsätze für die Vergabe von Strahlzeit an den Experimentiereinrichtungen,
 - h) kurz- und mittelfristige Vereinbarungen über die Nutzung der wissenschaftlichen Geräte und Anlagen der Gesellschaft durch nationale oder internationale wissenschaftliche Organisationen,
 - i) die Beschaffungsregeln,
 - j) die Geschäftsordnung des Rates und
 - k) die Einziehung (im Sinne des GmbHG) oder Abtretung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN.

re-election shall be permitted only once for a second term not exceeding two years.

Article 10

Meetings of the Council

- (1) The Council shall meet at least twice a year.
- (2) Meetings of the Council shall be convened by the Chairperson of the Council.
- (3) Meetings of the Council shall be convened also at the request of at least two Shareholders of different Contracting Parties. Extraordinary meetings of the Council may be convened also at the request of the Managing Directors, where required in the interests of the Company.

Article 11

Powers of the Council

- (1) Save as otherwise provided in these Articles of Association, the Council shall be responsible in all cases provided by law. The Council may issue instructions to the Managing Directors.
- (2) The following matters shall require approval of the Council by unanimous vote:
 - a) admission of new Shareholders;
 - b) transfer ("Übertragung" within the meaning of the GmbHG) of SHARES or parts thereof between Shareholders of different Contracting Parties;
 - c) share capital increases;
 - d) amendments to these Articles of Association;
 - e) mergers or splits of the Company;
 - f) dissolution of the Company;
 - g) the Financial Rules of the Company;
 - h) arrangements for long-term use of the FAIR facility by Governments or groups of Governments not acceding to the Convention, or by establishments or organisations thereof; and
 - i) the repartition scheme for operating costs in accordance with Article 6(5) of the Convention.
- (3) The following matters shall require approval of the Council by a qualified majority:
 - a) election of its Chairperson and Vice-Chairperson;
 - b) medium-term scientific programme;
 - c) annual budget, resource planning (finance and staff) and medium-term financial estimates;
 - d) adoption of the annual financial statement ("Jahresabschluss" within the meaning of the GmbHG);
 - e) appointment, employment and termination of the appointments of the Managing Directors;
 - f) establishment of committees;
 - g) policy for the allocation of beam time at the experimental set-ups;
 - h) short and medium-term arrangements for use of the Company's scientific equipment and facilities by national or international scientific organisations;
 - i) procurement rules;
 - j) Rules of Procedure of the Council; and
 - k) redemption ("Einziehung" within the meaning of the GmbHG) or assignation of SHARES or parts thereof.

(4) Die langfristigen Vereinbarungen mit dem GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH nach Artikel 2 dieses Gesellschaftsvertrags bedürfen, wenn sie erstmalig getroffen werden, der einstimmigen Zustimmung des Rates. Spätere Entscheidungen bezüglich bereits bestehender langfristiger Vereinbarungen mit dem GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH sowie Änderungen dieser Vereinbarungen bedürfen der Zustimmung des Rates mit qualifizierter Mehrheit.

(5) Alle sonstigen Beschlüsse des Rates bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, zwingendes Recht oder dieser Gesellschaftsvertrag bestimmen etwas anderes.

(6) Beschlüsse zu Angelegenheiten in Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, zu Genehmigungen und zum Umweltschutz dürfen nicht gegen deutsches Recht verstoßen.

Artikel 12

Abstimmungsverfahren, Beschlüsse

(1) Je 1 (ein) Euro des Stammkapitals gewährt eine Stimme. Alle Gesellschafter müssen die Gelegenheit zur Stimmabgabe haben. Jeder Gesellschafter kann alle seine Stimmen nur einheitlich durch die hierfür vom jeweiligen Gesellschafter bestellten Delegierten abgeben. Gesellschafter, die von einer einzigen Vertragspartei benannt sind, können ihre Stimmen nur gemeinsam und einheitlich abgeben.

(2) „Einfache Mehrheit“ bedeutet 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei die Gesellschafter von nicht mehr als der Hälfte der Vertragsparteien dagegen stimmen dürfen.

(3) „Qualifizierte Mehrheit“ bedeutet eine Mehrheit von mindestens 75 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei die Gesellschafter von nicht mehr als der Hälfte der Vertragsparteien dagegen stimmen dürfen.

(4) „Einstimmigkeit“ bedeutet mindestens 90 Prozent der abgegebenen Stimmen; dabei darf es keine Gegenstimmen geben.

(5) Bei den Sitzungen des Rates ist Beschlussfähigkeit nur dann gegeben, wenn das gesamte Stammkapital zu zwei Dritteln vertreten ist. Ist das Stammkapital zu weniger als zwei Dritteln vertreten, so wird unverzüglich eine neue Sitzung des Rates mit derselben Tagesordnung einberufen. Bei dieser neuen Sitzung des Rates ist Beschlussfähigkeit ungeachtet des vertretenen Stammkapitalteils gegeben, vorausgesetzt, dass in der Einladung zu dieser neuen Sitzung des Rates hierauf ausdrücklich hingewiesen wurde.

Kapitel III

Geschäftsführung der Gesellschaft

Artikel 13

Geschäftsführer und Geschäftsführung

(1) Die Gesellschaft hat mindestens zwei Geschäftsführer.

(2) Einer der Geschäftsführer ist Wissenschaftler und gleichzeitig der Vorsitzende der Geschäftsführung, ein weiterer ist administrativer Geschäftsführer. Die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Geschäftsführern wird vom Rat in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegt.

(3) Die Geschäftsführer werden für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren bestellt. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie alle Änderungen oder Verlängerungen ihrer Anstellungsverträge bedürfen der Zustimmung des Rates und werden vom Vorsitzenden des Rates im Namen der Gesellschaft unterzeichnet.

(4) The initial long-term agreements with the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH specified in Article 2 of these Articles of Association shall require the approval of the Council by unanimous vote. Later decisions regarding existing long-term agreements with the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH and amendments to those agreements shall require the approval of the Council by a qualified majority.

(5) All other resolutions of the Council shall require a simple majority unless mandatory law or these Articles of Association provide otherwise.

(6) Resolutions on matters related to the regulatory requirements of the Federal Republic of Germany on public health and safety, permits and on the protection of the environment may not contravene German law.

Article 12

Voting procedure, resolutions

(1) For every 1 (one) euro of share capital held, the holder shall be entitled to one vote. All Shareholders shall have the opportunity to vote. Each Shareholder may cast all of its votes only in a single block, exercisable by the delegates designated for this purpose by the relevant Shareholder. Shareholders nominated by a single Contracting Party may cast their votes only jointly and in a single block.

(2) A “simple majority” means 50% of the votes cast and the Shareholders of no more than half of the Contracting Parties voting against.

(3) A “qualified majority” means a majority of at least 75% of the votes cast and the Shareholders of no more than half of the Contracting Parties voting against.

(4) A “unanimous vote” means at least 90% of the votes cast and no unfavourable vote.

(5) Council meetings shall only be quorate if two thirds of the entire share capital is represented. If less than two thirds of the share capital is represented, a new meeting of the Council with the same agenda shall be called immediately. This new meeting of the Council shall be quorate regardless of the proportion of share capital represented, but only if this is expressly stated in the invitation to such new meeting of the Council.

Chapter III

Management of the Company

Article 13

Managing Directors and Management Board

(1) The Company shall have at least two Managing Directors.

(2) The Managing Directors shall include one person who is a scientist and at the same time this person shall be the Chairperson of the Management Board; another shall be the Administrative Director. The division of responsibilities between the Managing Directors shall be established by the Council in Rules of Procedure for the Management Board.

(3) Managing Directors shall be appointed for a period not exceeding five years. Appointment, employment and termination of the appointment of Managing Directors as well as any amendment or extension to their contracts of employment shall be subject to approval by the Council and shall be signed by the Chairperson of the Council on behalf of the Company.

Artikel 14**Vertretung der Gesellschaft**

Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen (im Sinne des deutschen Handelsgesetzbuchs – HGB) vertreten.

Artikel 15**Aufgaben der Geschäftsführer**

Die Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft gewissenhaft und mit der im Geschäftsverkehr erforderlichen Sorgfalt im Interesse der Gesellschaft sowie nach Maßgabe

- a) des Übereinkommens und der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese dem Übereinkommen nicht widersprechen,
- b) der jeweils gültigen Fassung dieses Gesellschaftsvertrags,
- c) der vom Rat angenommenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
- d) der Weisungen und Beschlüsse des Rates und
- e) der Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien.

Kapitel IV**Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern****Artikel 16****Begriffsbestimmungen**

Im Zusammenhang mit den Artikeln 17 und 18 gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Wissen“ bedeutet Informationen, technische Dokumentation, Know-how, Software und Materialien, und zwar unabhängig davon, in welcher Form oder in welchem Medium sie bekannt gegeben oder gespeichert werden, sowie unabhängig davon, ob sie geschützt sind oder nicht.
- b) „Hintergrund“ bedeutet das Wissen, das vor Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrags geschaffen wurde.
- c) „Vordergrund“ bedeutet das Wissen, das durch die Arbeit nach Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrags im Rahmen der Tätigkeiten der Gesellschaft geschaffen wurde.
- d) „Erfindung“ bedeutet das Wissen, für das Gebrauchsmuster oder Patente erworben werden können, das heißt Wissen, das gewerblich anwendbar ist, ein neues Element aufweist und einen erfinderischen Schritt erkennen lässt.

Artikel 17**Geistiges Eigentum**

(1) Die Gesellschafter erteilen der Gesellschaft kostenlos und uneingeschränkt eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geschützten oder nicht geschützten Hintergrunds, über den sie rechtmäßig verfügen können und der zum Zweck ihrer Zusammenarbeit in der Gesellschaft erforderlich ist.

(2) Die Gesellschafter erteilen der Gesellschaft ferner kostenlos und uneingeschränkt eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geschützten oder nicht geschützten Vordergrunds und weiterer geschützter oder nicht geschützter Verbesserungen, über die sie rechtmäßig verfügen können und die sie im Rahmen ihrer Zusammenarbeit in der Gesellschaft geschaffen haben.

(3) Die Gesellschaft ist Eigentümerin aller Rechte an dem von ihrem Personal erarbeiteten geistigen Eigentum, es sei denn, diese sind durch eine gesonderte vertragliche Vereinbarung erfasst.

Article 14**Representation of the Company**

The Company shall be represented by two Managing Directors acting jointly or by one Managing Director acting jointly with an authorised signatory (*“Prokurist”* within the meaning of the German Commercial Code (*Handelsgesetzbuch – HGB*)).

Article 15**Remit of the Managing Directors**

The Managing Directors shall manage the Company conscientiously and with due diligence in the interests of the Company, and in accordance with

- a) the Convention and the statutory law of the Federal Republic of Germany, insofar as it does not contradict the Convention;
- b) these Articles of Association as from time to time amended;
- c) the Rules of Procedure for the Management Board adopted by the Council;
- d) the directions and resolutions of the Council; and
- e) the agreements between the Contracting Parties.

Chapter IV**Cooperation between the Company and the Shareholders****Article 16****Definitions**

The following definitions shall apply in the context of Articles 17 and 18:

- a) “Knowledge” means information, technical documentation, know-how, software and materials, regardless of the form or medium in which they are disclosed or stored and whether or not they are protected.
- b) “Background” means the knowledge generated prior to the signature of these Articles of Association.
- c) “Foreground” means the knowledge generated by the work carried out following signature of these Articles of Association in the framework of the Company’s activities.
- d) “Invention” means the knowledge for which utility models or patents can be obtained, i.e. is industrially applicable, displays an element of novelty and exhibits an inventive step.

Article 17**Intellectual Property**

(1) Shareholders shall grant to the Company, free of charge and without any restriction, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of their Background, whether protected or not, of which they can legally dispose, and which is needed for the purposes of their cooperation in the Company.

(2) Shareholders shall also grant to the Company, free of charge and without any restriction, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of their Foreground and further improvements, whether protected or not, of which they can legally dispose, and which they have generated in the framework of their cooperation in the Company.

(3) Save where covered by separate contractual agreement, all Intellectual Property produced by staff employed by the Company shall be owned by the Company.

(4) Auf Antrag erteilt die Gesellschaft den Gesellschaftern und von ihnen benannten öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen kostenlos eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geistigen Eigentums bei deren Forschungstätigkeiten. Für forschungsfremde Zwecke kann den Gesellschaftern zu angemessenen Bedingungen eine Lizenz erteilt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Gesellschaftern kann die Gesellschaft jeder natürlichen oder juristischen Person in dem Staat oder in den Staaten dieses Gesellschaftern zu angemessenen Bedingungen eine Lizenz für forschungsfremde Zwecke erteilen, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes.

(5) Bemüht sich die Gesellschaft um eine Lizenz zur Nutzung von geistigem Eigentum von einem Dritten, so unternimmt sie alles ihr Mögliche, damit ihr im Rahmen dieser Lizenz ein Recht auf Erteilung von Unterlizenzen an die Gesellschafter nach Absatz 4 eingeräumt wird.

Artikel 18 **Erfindungen**

(1) Die Gesellschaft wendet auf Erfindungen ihres Personals die Vorschriften des deutschen Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen (ArbnErfG) an. Entscheidet sich die Gesellschaft, in einem Staat oder in mehreren Staaten kein Patent zu beantragen, so kann der Mitarbeiter, der die Erfindung gemacht hat, mit Zustimmung der Gesellschaft diesen Schutz im eigenen Namen, auf eigene Kosten und zum eigenen Nutzen beantragen.

(2) Für Erfindungen, die von Personal, das von einem Gesellschafter an die Gesellschaft entsandt wurde, während dessen Tätigkeit bei der Gesellschaft gemacht werden, gelten folgende Bestimmungen:

- a) Vorbehaltlich der auf Erfindungen von Mitarbeitern anzuwendenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen ist der entsendende Gesellschafter Eigentümer aller Rechte an den Erfindungen, die ausschließlich von dem entsandten Mitarbeiter gemacht wurden. Der entsendende Gesellschafter hat das Recht, in jedem Staat im eigenen Namen, auf eigene Kosten und zum eigenen Nutzen die Patente anzumelden, die zum Schutz dieser Erfindungen notwendig sind. Die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter haben für Forschungszwecke das kostenlose Nutzungsrecht an den Erfindungen sowie für forschungsfremde Zwecke das Recht auf eine Lizenz zu angemessenen Bedingungen. Ferner darf der Gesellschafter, der Eigentümer der Rechte ist, einer natürlichen oder juristischen Person im Staat oder in den Staaten der Gesellschafter auf Ersuchen eines anderen Gesellschaftern die Erteilung einer Lizenz zu angemessenen Bedingungen für forschungsfremde Zwecke nicht verweigern. Durch vertragliche Vereinbarung zwischen den betroffenen Gesellschaftern und der Gesellschaft oder durch Beschluss des Rates können bestimmte Erfindungen festgelegt werden, für die ein Gesellschafter nicht verpflichtet ist, der Gesellschaft, anderen Gesellschaftern oder auf Ersuchen eines anderen Gesellschaftern natürlichen oder juristischen Personen in dessen Staat eine Lizenz zu erteilen.
- b) Die Gesellschaft erhält einen Teil der Nettoerlöse aus allen Lizenzen, die der Eigentümer der Rechte für forschungsfremde Zwecke erteilt hat, wobei dieser Teil unter Berücksichtigung der jeweiligen Beiträge der Gesellschaft und der entsandten Person zu den Erfindungen festzulegen ist.
- c) Bei der Beantragung von Rechten des geistigen Eigentums und bei der Lizenzerteilung konsultieren die Gesellschaft und die Gesellschafter einander in Zweifelsfällen und sehen von Maßnahmen ab, die der Gesellschaft oder den Gesellschaftern schaden können.
- d) Die Gesellschaft ist die alleinige Eigentümerin aller Rechte an Erfindungen, die Mitarbeiter, die von einem Gesellschafter als Teil seines Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandt wurden, gemeinsam mit Mitarbeitern der Gesellschaft

(4) On request, the Company shall grant to Shareholders and publicly-funded research institutions designated by them, free of charge, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of its Intellectual Property in their research activities. For purposes other than research, a licence may be granted to Shareholders on fair and reasonable terms. Subject to approval by the Shareholder concerned, the Company may grant to any natural or legal person in the country or countries of that Shareholder a licence on fair and reasonable terms for purposes other than research, except where the Council resolves otherwise.

(5) If the Company seeks to obtain a licence from a third party for the use of Intellectual Property, the Company shall use its best endeavours to obtain a right under such licence to grant sub-licences to any of the Shareholders as set out in paragraph 4 above.

Article 18 **Inventions**

(1) In relation to Inventions made by the Company's staff, the Company shall apply the rules of the German Law on Inventions by Employees (*Gesetz über Arbeitnehmererfindungen – ArbnErfG*). If the Company decides not to apply for a patent in one or more countries, with the consent of the Company, the employee who made the Invention may apply for such protection in his or her own name, at his or her own expense and for his or her own benefit.

(2) In relation to Inventions made in the course of their work at the Company by staff seconded to the Company by a Shareholder, the following provisions shall apply:

- a) Subject to legislative or contractual provisions applicable to Inventions of employees, the seconding Shareholder shall be the owner of all rights in the Inventions made solely by the seconded employee. The seconding Shareholder shall have the right to apply in any country in its own name, at its own expense and for its own benefit for patents necessary for the protection of such Inventions. The Company and the other Shareholders shall have free of charge the right of use of the Inventions for research purposes and the right to a licence for purposes other than research on fair and reasonable terms. In addition, the Shareholder owning the rights shall not refuse to grant, at the request of another Shareholder, to any natural or legal person in the country or countries of the Shareholders a licence for purposes other than research on fair and reasonable terms. By contractual agreement between the Shareholders concerned and the Company, or by resolution of the Council, certain Inventions may be identified, in respect of which a Shareholder is not obliged to grant a licence to the Company, to other Shareholders or, at the request of another Shareholder, to any natural or legal person in that Shareholder's country.
- b) The Company shall receive a share of the net returns from all licences granted by the owner of the rights for purposes other than research, the said share to be determined having regard to the respective contributions to the Inventions made by the Company and the individual seconded.
- c) When applying for Intellectual Property rights and granting licences, the Company and the Shareholders shall consult each other in cases of doubt and shall refrain from actions which may prejudice the Company or Shareholders.
- d) The Company shall be the sole owner of all rights in those Inventions made by employees seconded by a Shareholder as part of its in-kind contribution to the establishment of the Company together with employees of the Company or toget-

oder gemeinsam mit von anderen Gesellschaftern als Teil ihrer Sachbeiträge zur Errichtung der Gesellschaft entsandten Mitarbeitern gemacht haben.

- e) Hat ein entsandter Mitarbeiter eines Gesellschafters gemeinsam mit entsandten Mitarbeitern eines anderen Gesellschafters Erfindungen gemacht, so gehören diese gemeinsamen Erfindungen beiden Partnern; letztere müssen in jedem einzelnen Fall eine Vereinbarung über die Aufteilung und gemeinsame Nutzung der Erfindung treffen. Auf solche Erfindungen findet Buchstabe a Anwendung.
- f) Die Gesellschaft ist die alleinige Eigentümerin aller Rechte an Erfindungen, die von entsandten Mitarbeitern eines Gesellschafters gemeinsam mit Personal der Gesellschaft oder gemeinsam mit von einem anderen Gesellschafter als Teil seines Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandten Mitarbeitern gemacht wurden, sofern nichts anderes vertraglich vereinbart wurde.

(3) Hat Personal der Gesellschaft gemeinsam mit Personal eines Gesellschafters, das nicht an die Gesellschaft entsandt wurde, Erfindungen gemacht, so gehören diese Erfindungen beiden Partnern; letztere müssen in jedem einzelnen Fall eine Vereinbarung über die Aufteilung und gemeinsame Nutzung der Erfindung treffen. Diese Vereinbarung soll sich nach den Bestimmungen in Absatz 2 richten.

Artikel 19

Vertraulichkeit

(1) Die Gesellschafter haben gegenüber Dritten alle Informationen und Gegenstände, die nicht veröffentlicht worden sind und die von einem anderen Gesellschafter oder der Gesellschaft vertraulich übermittelt werden, vertraulich zu behandeln. Der empfangende Gesellschafter darf diese Informationen und Gegenstände nur zu Zwecken verwenden, die mit diesem Gesellschaftsvertrag vereinbar und nicht kommerzieller Natur sind. Die Offenlegung vertraulicher Informationen und Gegenstände setzt die ausdrückliche schriftliche Zustimmung des übermittelnden Gesellschafters oder der Gesellschaft voraus.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung gilt nicht für Gegenstände und Arten von Informationen,

- a) die der empfangende Gesellschafter unabhängig von solchen Informationen entwickelt hat oder gerade entwickelt,
- b) die Teil des allgemein zugänglichen Standes der Technik sind oder die diesen Status ohne Zutun des empfangenden Gesellschafters erreichen,
- c) die sich zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits im Besitz des empfangenden Gesellschafters befanden oder
- d) die von einem Dritten, der deren rechtmäßiger Besitzer ist, rechtmäßig an einen Gesellschafter ohne Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung weitergegeben wurden.

(3) Die in Absatz 1 festgelegte Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung endet fünf Jahre nach dem Tag, an dem die Auflösung der Gesellschaft im Handelsregister eingetragen wurde. Die Gesellschafter erlegen sämtlichen Tochterunternehmen und Unterauftragnehmern, deren Mitarbeitern und sämtlichem anderen für einen Gesellschafter arbeitenden Personal, das Zugang zu vertraulichen Informationen haben kann, die gleiche Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung auf.

Kapitel V

Ausschuss

Artikel 20

Wissenschaftlicher Rat

(1) Der Wissenschaftliche Rat, der aus externen Mitgliedern besteht, die herausragende Wissenschaftler sind, berät den Rat

her with employees seconded by other Shareholders as part of their in-kind contributions to the establishment of the Company.

- e) If Inventions are made by a seconded employee of one Shareholder jointly with seconded employees of another Shareholder, these joint Inventions shall belong to both partners, who shall reach an agreement in each individual case on the sharing and joint exploitation of the Invention. The provisions of subparagraph a) above shall apply to such Inventions.
- f) Save where contractual agreement provides otherwise, the Company shall be the sole owner of all rights in those Inventions made by employees seconded by a Shareholder together with Company staff or with employees seconded by another Shareholder as part of its in-kind contribution to the establishment of the Company.

(3) In relation to Inventions made by staff of the Company jointly with staff of a Shareholder not seconded to the Company, these Inventions shall belong to both partners, who shall reach an agreement in each individual case on the sharing and joint exploitation of the Invention. This agreement should follow the provisions laid out in paragraph 2 above.

Article 19

Confidentiality

(1) In relation to third parties, Shareholders shall treat as confidential all information and objects that have not been published and are conveyed in confidence by another Shareholder or the Company. The receiving Shareholder may use such information and objects only for purposes consistent with the terms of these Articles of Association and of a non-commercial kind. Disclosure of confidential information or objects shall require the express written consent of the conveying Shareholder or the Company.

(2) The confidentiality obligation established in paragraph 1 above shall not apply to objects or types of information that

- a) have been developed or are being developed by the receiving Shareholder independently of the information;
- b) are part of the generally accessible state of the art or acquire that status without any action on the part of the receiving Shareholder;
- c) were already in the possession of the receiving Shareholder at the time of the disclosure; or
- d) were lawfully disclosed to a Shareholder by a third party in lawful possession thereof free of any obligation to maintain confidentiality.

(3) The confidentiality obligation established in paragraph 1 above shall end five years following the day on which the dissolution of the Company is recorded in the Commercial Register. Shareholders shall impose the same obligation of confidentiality on all of their affiliates and subcontractors, their employees and all other personnel working for a Shareholder who may have access to confidential information.

Chapter V

Committee

Article 20

Scientific Council

(1) The Scientific Council consisting of external members who are outstanding scientists shall advise the Council and the Mana-

und die Geschäftsführer in wissenschaftlichen und technischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.

(2) Der Wissenschaftliche Rat besteht aus 8 bis 12 Mitgliedern. Diese werden vom Rat auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Rats und nach Konsultierung der Geschäftsführer ernannt.

(3) Der Wissenschaftliche Rat wählt einen Vorsitzenden. Der Wissenschaftliche Rat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Rates bedarf.

Kapitel VI

Finanzielle Angelegenheiten

Artikel 21

Jahresabschluss

(1) Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahrs stellen die Geschäftsführer den Jahresabschluss und den Lagebericht (im Sinne des GmbHG) auf. Die für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts großer Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gelten entsprechend.

(2) Jahresabschluss und Lagebericht werden von einem zugelassenen, unabhängigen Abschlussprüfer (im Sinne des HGB) geprüft. Der Abschlussprüfer wird vor Ablauf des zu prüfenden Geschäftsjahrs durch Beschluss des Rates bestellt. Die Bestellung des Abschlussprüfers erfolgt jährlich. Eine Wiederbestellung ist möglich. Der Abschlussprüfer ist sofort nach seiner Bestellung damit zu beauftragen, auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder – HGrG – vom 19. August 1969¹) zu prüfen und den Bericht nach § 53 Absatz 1 Nummer 2 HGrG zu ergänzen.

(3) Die Geschäftsführer müssen dem Rat unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichts (im Sinne des HGB) eine Ausfertigung des Jahresabschlusses, der im Original die rechtsverbindlichen Unterschriften der Geschäftsführer tragen muss, sowie den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht einschließlich einer schriftlichen Stellungnahme vorlegen. Der Rat entscheidet innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahrs über die Feststellung des Jahresabschlusses.

Artikel 22

Prüfrechte der Gesellschafter

Jeder Gesellschafter hat ein Prüfrecht, wenn dies nach dem für die öffentliche Förderung geltenden innerstaatlichen Recht vorgeschrieben ist.

Kapitel VII

Änderung von Geschäftsanteilen

Artikel 23

Aufnahme neuer Gesellschafter und Übertragung von ANTEILEN

(1) Im Fall einer Änderung der finanziellen Beiträge einer Vertragspartei haben die betroffenen Gesellschafter die entsprechende Übertragung von ANTEILEN vorzunehmen.

(2) Die Gesellschaft ist für die Aufnahme neuer, von der/den betreffenden Vertragspartei/en benannter Gesellschafter offen. Der Rat ist ermächtigt, über die Bedingungen des Beitritts neuer Gesellschafter zu entscheiden.

¹ Bundesgesetzblatt 1969 I S. 1273.

ging Directors in scientific and technical matters of fundamental importance.

(2) The Scientific Council shall comprise 8 to 12 members. These shall be appointed by the Council on the proposal of the Scientific Council and after consultation with the Managing Directors.

(3) The Scientific Council shall elect a chairperson. The Scientific Council shall adopt its own rules of procedure which shall require the approval of the Council.

Chapter VI

Financial matters

Article 21

Annual financial statement

(1) Within three months following the end of the financial year, the Managing Directors shall prepare the annual financial statement and management report ("*Lagebericht*" within the meaning of the *GmbHG*). The rules of the *HGB* regarding the preparation and audit of the annual financial statement and management report for large-scale corporations shall apply *mutatis mutandis*.

(2) The annual financial statement and management report shall be verified by a certified independent auditor ("*Abschlussprüfer*" within the meaning of the *HGB*). The auditor shall be appointed by resolution of the Council before the end of the financial year to be audited. The appointment of the auditor shall be made on an annual basis. An auditor may be re-appointed. Immediately following appointment, the auditor is to be instructed, *inter alia*, to audit the proper conduct of business (section 53(1) No 1 of the Law on Budgetary Principles for Federation and Länder (*Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder – HGrG*) of 19 August 1969¹) and to supplement the report in accordance with section 53(1) No 2 of the *HGrG*.

(3) Without delay following receipt of the audit report ("*Prüfungsbericht*" within the meaning of the *HGB*), the Managing Directors must present to the Council a copy of the annual financial statement, the original of which must bear the legally binding signatures of the Managing Directors, as well as the management report together with the audit report including a written statement. Within the first six months following the end of the financial year, the Council shall take a decision on the adoption of the annual financial statement.

Article 22

Audit rights of Shareholders

Each Shareholder has the right to audit if this is required by national law for the purposes of public funding.

Chapter VII

Changes in shareholdings

Article 23

Admission of new Shareholders and transfer of SHARES

(1) In the event of any change in the financial contributions of a Contracting Party, the Shareholders involved shall execute the corresponding transfer of SHARES.

(2) The Company shall be open to the admission of new Shareholders designated by the relevant Contracting Party or Parties. The Council shall have authority to decide upon conditions of accession for new Shareholders.

¹ German text: Federal Law Gazette (*Bundesgesetzblatt*) 1969 I p. 1273.

(3) Ein neuer Gesellschafter erwirbt ANTEILE oder Teile von ANTEILEN von einem oder mehreren bisherigen Gesellschaftern, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes im Zusammenhang mit einer Erhöhung des Stammkapitals.

(4) Der Erwerb von ANTEILEN oder Teilen von ANTEILEN von einem bisherigen Gesellschafter bedarf der einstimmigen Zustimmung des Rates. Eine solche Zustimmung gilt als erteilt, wenn der erwerbende Gesellschafter von derselben Vertragspartei benannt wurde wie der/die abgebende/n Gesellschafter.

(5) Die Entscheidung über die Übertragung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN wird mit der Niederschrift des Beschlusses des Rates wirksam und wird von den Geschäftsführern erklärt.

Artikel 24

Einzziehung oder zwangsweise Abtretung von ANTEILEN

(1) Die Einziehung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN eines Gesellschafters ist zulässig, sofern er ihr zustimmt.

(2) Die Einziehung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung ist zulässig, wenn

- a) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde,
- b) in die ANTEILE des Gesellschafters vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von drei Monaten aufgehoben wird, längstens aber bis zur Verwertung der ANTEILE,
- c) der Gesellschafter wesentliche Pflichten aus diesem Gesellschaftsvertrag oder aus den internen Regeln der Gesellschaft verletzt, unter anderem, wenn er mit seinen Geld- oder Sachbeiträgen um mehr als drei Jahre im Rückstand ist.

In diesen Fällen hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht bei der Entscheidung über die Einziehung, und seine Stimmen dürfen bei der Berechnung der erreichten Mehrheit nicht mitgezählt werden. Gleichwohl hat er ein Recht auf Teilnahme an der betreffenden Sitzung des Rates und auf Rechtfertigung, bevor der Beschluss über die Einziehung oder Abtretung gefasst wird.

(3) Im Fall der Einziehung erhält der betroffene Gesellschafter von der Gesellschaft eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags seiner ANTEILE. In den Fällen des Absatzes 2 Buchstaben a und b wird ein möglicher Erwerber nicht Gesellschafter, sondern erhält eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags der betreffenden ANTEILE.

(4) Anstelle der Einziehung von ANTEILEN kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, dass die ANTEILE

- a) an einen oder mehrere verbleibende Gesellschafter, die zum Erwerb derselben zusätzlich zu ihren eigenen ANTEILEN bereit sind, oder
- b) an einen neuen Gesellschafter im Sinne des Artikels 23 Absatz 2

gegen eine Abfindung in gleicher Höhe wie in Absatz 3 vorgesehen abgetreten werden. Dies ist auch möglich in der Form, dass ein Teil der ANTEILE eingezogen und der andere Teil abgetreten wird. Die Abfindung ist von den Gesellschaftern zu zahlen, an die ANTEILE oder Teile von ANTEILEN abgetreten werden.

(5) Die Wirksamkeit von Einziehung beziehungsweise Abtretung hängt nicht von der Zahlung der Abfindungssumme ab.

(6) Die Entscheidung über die Einziehung oder Abtretung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN wird mit der Niederschrift des Beschlusses des Rates wirksam und wird von den Geschäftsführern erklärt.

(3) Unless otherwise agreed by the Council in the context of a share capital increase, a new Shareholder shall acquire SHARES or parts thereof from one or more of the existing Shareholders.

(4) The acquisition of SHARES or parts thereof from an existing Shareholder requires the approval of the Council by unanimous vote. Such approval shall be presumed, if the acquiring Shareholder has been designated by the same Contracting Party as the ceding Shareholder(s).

(5) Any decision on the transfer of SHARES or parts thereof shall become conclusive upon recording the Council's resolution and be declared by the Managing Directors.

Article 24

Redemption or compulsory assignation of SHARES

(1) Redemption of SHARES or parts thereof of a Shareholder shall be permitted provided that the Shareholder consents thereto.

(2) Redemption of SHARES or parts thereof of a Shareholder without the consent of the Shareholder shall be permitted, if

- a) the assets of the Shareholder become part of insolvency proceedings or the petition to open insolvency proceedings has been dismissed due to the lack of assets;
- b) the SHARES of the Shareholder become the target of execution proceedings, provided that such proceedings have not been discontinued within a period of three months and/or the SHARES have not already been realized in that period;
- c) the Shareholder violates its fundamental obligations under these Articles of Association or under the Company's internal bylaws, including the case where it is in arrears for a period in excess of three years in the making of its cash or in-kind contributions.

In these cases, the Shareholder concerned shall have no voting right in the decision on redemption, and its votes may not be taken into consideration in determining the majority achieved. Nevertheless, the Shareholder shall have the right to attend the relevant Council meeting and to justification before the resolution concerning the redemption or assignation is taken.

(3) Upon redemption the Shareholder concerned shall receive a settlement payment from the Company amounting to the nominal value of its SHARES. In the cases covered by paragraph 2 a) and b) above, a potential acquirer shall not become Shareholder but shall receive a settlement payment amounting to the nominal value of the SHARES concerned.

(4) Instead of the redemption of SHARES, the Council may resolve by qualified majority that the SHARES be assigned

- a) to one or more of the remaining Shareholders that are willing to acquire such in addition to their own SHARES, or
- b) to a new Shareholder within the meaning of Article 23(2),

in consideration of a settlement payment in the same amount as foreseen in paragraph 3 above. This is also possible in the form that a part of the SHARES is redeemed and the other part is assigned. The settlement payment shall be made by the Shareholders to which the SHARES or parts thereof are assigned.

(5) The validity of a redemption or assignation shall not depend on payment of the settlement amount.

(6) Any decision upon the redemption or assignation of SHARES or parts thereof shall become conclusive upon recording the Council's resolution and be declared by the Managing Directors.

Artikel 25**Austritt eines Gesellschafters**

Ein Gesellschafter, der aus der Gesellschaft austritt, obwohl die Gesellschaft nicht liquidiert wird, kann lediglich eine Abfindung verlangen, die auf den Nennbetrag seiner ANTEILE begrenzt ist.

Kapitel VIII**Beendigung der Gesellschaft****Artikel 26****Liquidation der Gesellschaft
oder Änderung ihrer Zwecke**

(1) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

(2) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, das es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat, oder nach Konsultierung der zuständigen deutschen Steuerbehörden an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts zwecks Verwendung für Wissenschaft und Forschung.

Kapitel IX**Verschiedenes****Artikel 27****Haftung**

(1) Die Gesellschafter stellen sicher, dass die Gesellschaft eine ausreichende Versicherung abschließt, die für Personen- und Sachschäden aufkommt, die von an die Gesellschaft entsandtem Personal oder von ihr eingeladenen Wissenschaftlern oder Sachverständigen verursacht werden, soweit die Haftung nicht bereits durch andere Versicherungen übernommen wird. Ausgenommen sind Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden.

(2) In Haftungsfragen, die nicht nach Absatz 1 geregelt werden können, konsultieren die Gesellschafter einander umgehend zur Schadensregulierung.

Artikel 28**Anzuwendendes Recht**

Dieser Gesellschaftsvertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 29**Inkrafttreten**

Dieser Gesellschaftsvertrag tritt mit Unterzeichnung durch die Gesellschafter und notarieller Beurkundung in Kraft.

Artikel 30**Sprachen**

Dieser Gesellschaftsvertrag ist in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst. Die deutsche Fassung wird beim zuständigen deutschen Registergericht zur Eintragung im Handelsregister eingereicht.

Article 25**Withdrawal of a Shareholder**

A Shareholder withdrawing from the Company without the Company being liquidated may claim only a settlement payment limited to the nominal value of its SHARES.

Chapter VIII**Termination of the Company****Article 26****Liquidation of the
Company or change of its objects**

(1) In the event of a Shareholder's exit from the Company, dissolution of the Company or the Company's objects ceasing to be tax-privileged, Shareholders may not recover more than their paid-up capital shares and the fair market value of their non-cash capital contributions.

(2) In the event of the Company's dissolution or its objects ceasing to be tax-privileged, its assets, to the extent that their value exceeds the paid-up capital shares of the Shareholders and the fair market value of the non-cash capital contributions of the Shareholders, shall be transferred to the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, which shall use the assets directly and exclusively for public-benefit objects, or, following consultation with the German tax authorities, to another tax-privileged corporation or public-law entity, for the use of science and research.

Chapter IX**Miscellaneous****Article 27****Liability**

(1) The Shareholders shall ensure that the Company procures sufficient insurance to cover loss and damage to persons or goods caused by personnel seconded or scientists and experts invited to the Company, to the extent that such liability is not already covered by other insurance. Loss and damage caused by wilful misconduct or gross negligence shall be excluded.

(2) In matters of liability which cannot be resolved in accordance with paragraph 1 above, the Shareholders shall consult each other immediately for the purposes of claim settlement.

Article 28**Applicable law**

These Articles of Association shall be subject to the laws of the Federal Republic of Germany.

Article 29**Entry into force**

These Articles of Association shall enter into force upon signature by the Shareholders and notarisation.

Article 30**Languages**

These Articles of Association are drawn up in the English, French, German, Russian and Spanish languages. The German version shall be submitted to the relevant German court supervising the Commercial Register for entry in that register.

Artikel 31**Salvatorische Klausel**

(1) Für den Fall, dass eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrags ganz oder teilweise nichtig oder unwirksam ist oder wird, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

(2) Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst vollständig entspricht.

(3) Entsprechendes gilt, wenn dieser Gesellschaftsvertrag eine Angelegenheit, die er regeln sollte, nicht regelt.

Artikel 32**Bekanntmachungen**

Gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger, auf der Webseite der Gesellschaft und zusätzlich in einem geeigneten Publikationsorgan der Europäischen Union veröffentlicht.

Article 31**Severability**

(1) Should any provision of these Articles of Association be or become void or invalid in whole or in part, the validity of the other provisions thereof shall not be affected.

(2) The invalid provision shall be replaced by a valid provision that to the extent possible fully implements the spirit and purpose of the invalid provision.

(3) The same shall apply in the event that these Articles of Association fail to cover an issue that was meant to be part hereof.

Article 32**Announcements**

Announcements of the Company required by law shall be published in the German Electronic Federal Gazette (*Elektronischer Bundesanzeiger*), on the website of the Company and, in addition, in an appropriate Gazette of the European Union.

Schlussakte
der Bevollmächtigtenkonferenz
zur Errichtung einer Einrichtung
für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa

- (1) Im Nachgang zu Gesprächen über eine mögliche zukünftige Ausrichtung ihrer Einrichtungen begann die Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI) im Jahre 2000 mit der Entwicklung eines Konzepts für eine Einrichtung für die internationale Antiprotonen- und Ionenforschung am Standort der GSI in Darmstadt.

Auf der Grundlage eines Berichts zur konzeptionellen Auslegung (*Conceptual Design Report*), der eine Vielzahl wissenschaftlicher und technischer Beiträge aus aller Welt enthielt, wurde das Konzept für die Einrichtung im Jahre 2002 vom deutschen Wissenschaftsrat bewertet und gebilligt.

Auf die im Jahre 2003 gefällte Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die vorgeschlagene Einrichtung zu errichten, folgte die Entwicklung eines gestuften Bau- und Wissenschaftsprogramms.

Ein Internationaler Lenkungsausschuss wurde geschaffen. Die konstituierende Sitzung des Internationalen Lenkungsausschusses für FAIR fand am 2. Februar 2004 statt.

Zur Verfolgung der Entwicklung von Wissenschafts- und Forschungsprogrammen, der technischen Ausgestaltung, der Bauplanung und der F&E-Aktivitäten wurde eine Arbeitsgruppe für wissenschaftliche und technische Fragen (*STI-FAIR*) eingesetzt. Eine weitere Arbeitsgruppe für administrative und finanzielle Fragen (*AFI-FAIR*) wurde gegründet, die sich mit der Rechts-, Finanz- und Managementstruktur sowie mit Verfahren und Rechtsdokumenten befassen sollte.

Im Jahre 2004 bekundeten zahlreiche Institutionen aus verschiedenen Ländern durch Unterzeichnung von Absichtserklärungen ihr Interesse, an der zukünftigen FAIR-Einrichtung teilzunehmen oder dazu beizutragen.

Bis Ende Februar 2007 hatten die Regierungen von China, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Indien, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Schweden, Spanien und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland eine Absprache (*Memorandum of Understanding*) als Grundlage für die internationale Zusammenarbeit während der Vorbereitungsphase von FAIR unterzeichnet.

Am 7. November 2007 unterzeichneten Vertreter von zehn der vierzehn Parteien der Absprache das Kommuniqué zum offiziellen Start der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) (*Communiqué on the Official Launch of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), in dem sie gemeinsam den Beginn der Verwirklichung des FAIR-Projekts ankündigten.

- (2) Auf Einladung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland trat am 4. Oktober 2010 auf Schloss Biebrich in Wiesbaden eine Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa zusammen.
- (3) Die Regierungen folgender Staaten waren durch Delegierte vertreten: Volksrepublik China, Bundesrepublik Deutschland, Republik Finnland, Französische Republik, Hellenische Republik, Republik Indien, Italienische Republik, Republik Österreich, Republik Polen, Rumänien, Russische Föderation, Königreich Schweden, Slowakische Republik, Republik Slowenien, Königreich Spanien und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland.
- (4) Dem/der Vorsitzenden der Konferenz wurde von den Bevollmächtigten deren jeweilige Vollmacht vorgelegt, die diese/r prüfte und für ordnungsgemäß befand.
- (5) Die Konferenz nahm den Wortlaut des Übereinkommens einschließlich seiner Anlage und der beigefügten vier Technischen Dokumente zur Kenntnis, die im Folgenden aufgelistet sind:

Anlage: Gesellschaftsvertrag der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH),

Technisches Dokument 1: Beschreibung der zu bauenden FAIR-Einrichtung und der Bauphasen (Teil A) und Die Modularisierte Startversion – Ein schrittweises Vorgehen bei der Verwirklichung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) (Teil B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction*)

(Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)),

- Technisches Dokument 2: Detaillierte Aufschlüsselung der Baukosten und Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben für Bau und Betrieb *(Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation),*
- Technisches Dokument 3: Lageplan der Grundstücke, auf denen die FAIR-Einrichtung gebaut werden soll *(Map of the site where the FAIR facility is to be constructed),*
- Technisches Dokument 4: Verfahren zur Anerkennung von Sachbeiträgen und die diesbezügliche Bewertungsmethode *(Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method).*
- (6) Auf Empfehlung des Internationalen Lenkungsausschusses für FAIR nahm die Konferenz den Wortlaut des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa einschließlich der Anlage, die Bestandteil des Übereinkommens ist, an.
- (7) Die Konferenz vereinbarte, dass das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufige Anwendung finden solle, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, und nahm zu diesem Zweck die Entschließung Nr. 1 an, die dieser Schlussakte beigefügt ist.
- (8) Die Konferenz vereinbarte, dass die Zusage eines Mindestbeitrags in Höhe von 11,87 Millionen Euro (auf dem Preisstand vom Januar 2005) zu den Baukosten der FAIR-Einrichtung in Form von Geld- und/oder Sachbeiträgen eine Vertragspartei berechtigt, eine geeignete Einrichtung als Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH zu benennen. Ferner vereinbarte die Konferenz, dass diese Mindestzusage von mehreren Vertragsparteien zusammen gegeben werden kann. In diesem Fall müssen die von diesen Vertragsparteien benannten geeigneten Einrichtungen ein Konsortium bilden, welches als deren Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH handelt. Zu diesem Zweck nahm die Konferenz die Entschließung Nr. 2 an, die dieser Schlussakte beigefügt ist.
- (9) Die Konferenz nahm die Erklärungen
- der Regierung der Französischen Republik,
 - der Regierung der Republik Polen,
 - der Regierung des Königreichs Schweden,
 - der Regierung der Republik Slowenien und
 - der Regierung des Königreichs Spanien
- zur Kenntnis, die dieser Schlussakte beigefügt sind.
- (10) Die Konferenz forderte alle Unterzeichnerregierungen auf, baldmöglichst etwaige verfassungsrechtliche Verfahren im Hinblick auf das Inkrafttreten des Übereinkommens abzuschließen und die Verwahrregierung (Bundesrepublik Deutschland) entsprechend zu unterrichten.
- (11) Die Konferenz nahm erfreut zur Kenntnis, dass andere Regierungen das Übereinkommen binnen zwölf Monaten zu den im Übereinkommen niedergelegten Bedingungen unterzeichnen können.
- (12) Die Konferenz lud weitere Regierungen ein, dem Übereinkommen beizutreten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Schlussakte unterzeichnet.

Geschehen zu Wiesbaden am 4. Oktober 2010 in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen, die diese Schlussakte unterzeichnet haben, und den Regierungen, die Vertragsparteien des Übereinkommens werden, beglaubigte Abschriften.

Entschlieung Nr. 1
der Bevollmtigtenkonferenz
zur Errichtung einer Einrichtung
für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa
Vorläufige Anwendung des FAIR-Übereinkommens

Die Konferenz

vereinbart, dass das Übereinkommen ab dem 4. Oktober 2010 vorläufig angewandt wird, wobei davon ausgegangen wird, dass das endgültige Inkrafttreten des Übereinkommens von der Einhaltung geeigneter verfassungsrechtlicher Verfahren in jedem der betreffenden Staaten abhängt;

fordert die von den Vertragsparteien benannten Gesellschafter, welche gemeinsam die Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht – insbesondere dem deutschen Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) – errichten, auf, umgehend den Gesellschaftsvertrag (Anlage zum Übereinkommen) zu unterzeichnen;

bittet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Verfahrensschritte zu unternehmen, die erforderlich sind, um die Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH so bald wie möglich als juristische Person zu gründen.

Entschlieung Nr. 2
der Bevollmtigtenkonferenz
zur Errichtung einer Einrichtung
für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa

Zusage eines Mindestbeitrags zu den Baukosten, die eine
Vertragspartei berechtigt, eine geeignete Einrichtung als Gesellschafter der
Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH zu benennen

Die Konferenz

vereinbart, dass die Zusage eines Mindestbeitrags in Höhe von 11,87 Millionen Euro (auf dem Preisstand vom Januar 2005) zu den Baukosten der FAIR-Einrichtung in Form von Geld- und/oder Sachbeiträgen eine Vertragspartei berechtigt, eine geeignete Einrichtung als Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH zu benennen. Diese Mindestzusage kann auch von mehreren Vertragsparteien zusammen gegeben werden. In diesem Fall müssen die von diesen Vertragsparteien benannten geeigneten Einrichtungen ein Konsortium bilden, welches als deren Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH handelt;

stellt fest, dass 11,87 Millionen Euro 1 Prozent eines in einer früheren Kostenschätzung veranschlagten Betrags für die Baukosten der FAIR-Einrichtung entsprechen, wie sie in Teil A des Technischen Dokuments 1 beschrieben ist, welches dem Übereinkommen beigefügt ist.

Erklärung der Regierung der Französischen Republik
bezüglich der vorläufigen Anwendung
und ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Französischen Republik zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Im Einklang mit der der Schlussakte beigefügten Entschließung Nr. 1, in der die Vertragsparteien vereinbaren, das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, erklärt Frankreich hiermit, dass es das Übereinkommen nicht ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung vorläufig anwenden kann. Artikel 53 der Verfassung der Französischen Republik sieht vor, dass völkerrechtliche Verträge und sonstige völkerrechtliche Übereinkünfte vor ihrem Inkrafttreten vom Parlament genehmigt werden müssen, wenn sie, so wie es hier der Fall ist, finanzielle Folgen nach sich ziehen, die Verpflichtungen für die Staatsfinanzen begründen.

Bezüglich des in Artikel 6 Absatz 6 des Übereinkommens beschriebenen Verfahrens erklärt Frankreich, dass der französische Anteil an den jährlichen Betriebskosten der FAIR-Einrichtung 2 Prozent nicht übersteigen wird.

Erklärung der Regierung der Republik Polen
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Republik Polen zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Die Republik Polen beteiligt sich am Bau der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) mit einem Betrag in Höhe von 23,74 Millionen Euro (Preisstand von 2005). Dies beinhaltet sowohl Sach- als auch Geldbeiträge. Bei den Ausgaben haben Sachbeiträge Priorität; Geldbeiträge dürfen 11,87 Millionen Euro nicht übersteigen (Preisstand von 2005).

Erklärung der Regierung des Königreichs Schweden
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen
und bezüglich der Vertraulichkeit

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Königreichs Schweden zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Schweden ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) beizutragen. Hierfür gelten jedoch folgende Voraussetzungen:

1. Die in der FAIR-Gesellschaft als schwedischer Gesellschafter handelnde schwedische Behörde, die einen Betrag in Höhe von 10 Millionen Euro (Preisstand von 2005) zu den Baukosten beiträgt, wird nach Genehmigung durch das Parlament von der Regierung des Königreichs Schweden benannt.
2. Grundlage für Schwedens Beteiligung am Bau von FAIR ist, dass Schweden an der Betriebsphase von FAIR mindestens drei Jahre lang beteiligt ist, aber nach den ersten beiden Jahren seine weitere Beteiligung an der Betriebsphase prüft und die Möglichkeit hat, die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden, sollte nach der Prüfung ein solcher Wunsch bestehen.
3. Nach erfolgreicher Prüfung kann Schweden anbieten, seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrhythmus um weitere drei (oder fünf) Jahre zu verlängern, und kann diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
4. Ergibt sich aus der ersten schwedischen Prüfung, dass eine weitere Beteiligung an dem Projekt angeraten ist, so wird Schweden seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen.

Entscheidet sich Schweden nach der ersten Prüfung für eine Beendigung der Beteiligung, so wird Schweden fünfzig Prozent seines Anteils an den Stilllegungskosten aufgrund des Übereinkommens übernehmen.

5. Artikel 19 des Gesellschaftsvertrags (Anlage zum Übereinkommen) zur Vertraulichkeit soll folgendermaßen ausgelegt werden, um den Erfordernissen der in der schwedischen Verfassung enthaltenen Regelung zum Grundsatz des öffentlichen Zugangs zu Dokumenten zu genügen:

Die in der FAIR-Gesellschaft (FAIR GmbH mit Sitz in Deutschland) als schwedischer Gesellschafter handelnde schwedische Behörde konsultiert stets den übermittelnden Gesellschafter, bevor sie entscheidet, Dritten Zugang zu vertraulichen Informationen im Sinne des Artikels 19 des Gesellschaftsvertrags zu gewähren. Es ist Schweden bewusst, dass sein Handeln die Beziehungen zwischen Schweden und den Vertragsparteien des Übereinkommens beeinträchtigen würde, wenn eine schwedische Behörde die Informationen offenlegt, obwohl der Gesellschafter nach einer derartigen zwingenden Konsultation deutlich gemacht hat, dass er der Offenlegung der Informationen nicht zustimmt.

In diesem Zusammenhang erinnert Schweden an das schwedische Gesetz über den öffentlichen Zugang zu Informationen und über die Geheimhaltung von 2009, insbesondere Kapitel 15 § 1 Absatz 1, der wie folgt lautet: „Geheimhaltung gilt für alle Informationen bezüglich Schwedens Beziehungen zu einem anderen Staat beziehungsweise für alle Informationen, die einen anderen Staat, eine internationale Organisation oder eine Behörde, einen Bürger oder eine juristische Person in einem anderen Staat oder eine staatenlose Person in anderer Weise betreffen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Offenlegung der Informationen Schwedens internationale Beziehungen beeinträchtigen oder dem Land anderweitig Schaden zufügen würde.“

Erklärung der Regierung der Republik Slowenien
bezüglich der vorläufigen Anwendung des Übereinkommens

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung der Republik Slowenien zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

In Bezug auf die der Schlussakte beigefügte EntschlieÙung Nr. 1, in der die Vertragsparteien ihre Annahme zum Ausdruck bringen, dass das Übereinkommen vorläufig Anwendung finden kann, bis in jedem der Staaten der Vertragsparteien geeignete verfassungsrechtliche Verfahren eingehalten sind, nach deren Abschluss das Übereinkommen in Kraft tritt, erklärt Slowenien hiermit, dass es das Übereinkommen nicht vom Tag seiner Unterzeichnung an vorläufig anwenden kann.

Das slowenische Gesetz über auswärtige Angelegenheiten sieht in Paragraph 72 zwar die Möglichkeit der vorläufigen Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrags vor dessen Inkrafttreten vor, allerdings nur dann, wenn es sich bei dem diesen Vertrag ratifizierenden Organ um die Regierung handelt, was für das genannte Übereinkommen aber nicht zutrifft, da für seine Ratifikation die Nationalversammlung der Republik Slowenien zuständig ist.

Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien
bezüglich ihrer finanziellen Verpflichtungen

Die Konferenz

nimmt die Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien zur Kenntnis, die wie folgt lautet:

Spanien ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) beizutragen. Nach Unterzeichnung des Übereinkommens werden sich Spaniens Verpflichtungen jedoch wie folgt darstellen:

1. Spanien wird seine Teilnahme an der Betriebsphase zwei Jahre nach Beginn dieser Phase überprüfen und hat die Möglichkeit, die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
2. Nach positiver Prüfung kann Spanien seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrhythmus um weitere drei Jahre verlängern und diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
3. Falls Spanien sich nach seiner ersten Prüfung dazu entscheidet, weiterhin an dem Projekt teilzunehmen, so wird Spanien seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen. Entscheidet sich Spanien nach der ersten Prüfung für eine Beendigung der Beteiligung, so wird Spanien nur fünfzig Prozent seiner Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens übernehmen.

Final Act
of the Conference of Plenipotentiaries
for the Establishment of a Facility
for Antiproton and Ion Research in Europe

- (1) Following discussions on possible future directions for the facilities of the Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI), the GSI started developing a concept in 2000 for a facility for international antiproton and ion research located at the site of the GSI in Darmstadt.

On the basis of a Conceptual Design Report containing a multitude of scientific and technical contributions from around the world the facility concept was evaluated and endorsed by the German Council of Science and Humanities (*Wissenschaftsrat*) in 2002.

The decision of the Government of the Federal Republic of Germany in 2003 to establish the proposed facility was followed by the development of a staged construction and science programme.

An International Steering Committee was created. The constituent meeting of the FAIR International Steering Committee took place on 2 February 2004.

For the tracking of the development of science and research programmes, technical design, construction planning, and R&D activities, a working group for scientific and technical issues (STI-FAIR) was established. Another working group for administrative and financial issues (AFI-FAIR) was set up to manage the legal, financial and management structure, procedures and legal documents.

In 2004, a large number of institutions from various countries expressed their interest in participating in or contributing to the future FAIR facility by signing Letters of Intent.

By the end of February 2007 the Governments of Austria, China, Finland, France, Germany, Greece, India, Italy, Poland, Romania, Russia, Spain, Sweden and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland had signed a Memorandum of Understanding to provide the basis for international cooperation during the preparatory phase of FAIR.

On 7 November 2007 representatives of ten of the fourteen parties to the Memorandum of Understanding signed the Communiqué on the Official Launch of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR), by which they jointly announced the beginning of the realization of the FAIR project.

- (2) At the invitation of the Government of the Federal Republic of Germany, a Conference of Plenipotentiaries for the establishment of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe met at Schloss Biebrich in Wiesbaden on 4 October 2010.
- (3) Governments of the following countries were represented by delegates: the Republic of Austria, the People's Republic of China, the Republic of Finland, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of India, the Republic of Italy, the Republic of Poland, Romania, the Russian Federation, the Slovak Republic, the Republic of Slovenia, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.
- (4) The Chairperson of the Conference received from the Plenipotentiaries their Full Powers which he/she examined and recognised to be in correct and proper form.
- (5) The Conference took note of the text of the Convention, including its Annex and the four Technical Documents attached, listed as follows:

Annex: Articles of Association of the "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH),

Technical Document 1: Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B),

Technical Document 2: Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation,

Technical Document 3: Map of the site where the FAIR facility is to be constructed,

Technical Document 4: Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method.

- (6) Upon the recommendation of the FAIR International Steering Committee the Conference adopted the text of the Convention concerning the Construction and Operation of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe including its Annex, which forms an integral part of the Convention.
- (7) The Conference agreed that the Convention be applied provisionally pending its entry into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, and, to that end, adopted Resolution No 1 attached to this Final Act.
- (8) The Conference agreed that a minimum commitment to contribute towards construction costs of the FAIR facility in cash and/or in kind of 11.87 million euro (in January 2005 prices) will entitle a Contracting Party to designate an appropriate body as a Shareholder of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. The Conference also agreed that this minimum commitment may be given by several Contracting Parties acting jointly. In such case the appropriate bodies designated by these Contracting Parties will have to form a consortium which will act as their Shareholder in the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. To that end, the Conference adopted Resolution No 2 attached to this Final Act.
- (9) The Conference took note of the Declarations of
 - the Government of the French Republic,
 - the Government of the Republic of Poland,
 - the Government of the Republic of Slovenia,
 - the Government of the Kingdom of Spain,
 - the Government of the Kingdom of Sweden,attached to this Final Act.
- (10) The Conference invited all the signatory Governments to complete as soon as possible their constitutional procedures, if any, with a view to the entry into force of the Convention and to inform the depositary Government (Federal Republic of Germany) accordingly.
- (11) The Conference noted favourably that other Governments may sign the Convention within the next twelve months under the conditions set out in the Convention.
- (12) The Conference invited further Governments to accede to the Convention.

In witness whereof, the Plenipotentiaries have signed this Final Act.

Done at Wiesbaden on 4 October 2010 in the English, French, German, Russian, and Spanish languages, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the Governments having signed this Final Act and to the Governments that become Contracting Parties to the Convention.

Resolution No 1
of the Conference of Plenipotentiaries
for the Establishment of a Facility
for Antiproton and Ion Research in Europe
Provisional application of the FAIR Convention

The Conference

Agrees that from 4 October 2010 onwards the clauses of the Convention be applied provisionally, it being understood that the final entry into force of the Convention is subject to the fulfilment of appropriate constitutional procedures in each of the countries concerned;

Invites the Shareholders designated by the Contracting Parties jointly establishing the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH, a private limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) under German law, in particular the German Law on Companies with Limited Liability (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), to sign immediately the Articles of Association (Annex to the Convention);

Asks the Government of the Federal Republic of Germany to accomplish the procedural steps which are necessary to constitute as soon as possible the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH as a legal entity.

Resolution No 2
of the Conference of Plenipotentiaries
for the Establishment of a Facility
for Antiproton and Ion Research in Europe

Minimum commitment to contribute towards construction costs entitling a
Contracting Party to designate an appropriate body as a Shareholder of the Facility for
Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

The Conference

Agrees that a minimum commitment to contribute towards construction costs of the FAIR facility in cash and/or in kind of 11.87 million euro (in January 2005 prices) entitles a Contracting Party to designate an appropriate body as a Shareholder of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. This minimum commitment may be given by several Contracting Parties acting jointly. In such case the appropriate bodies designated by these Contracting Parties will have to form a consortium which will act as their Shareholder in the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH;

Notes that 11.87 million euro corresponds to 1% of an earlier cost estimate for the construction costs of the FAIR facility as described in Part A of Technical Document 1, attached to the Convention.

Declaration of the Government of the French Republic
with regard to the Provisional Application
and to its Financial Obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the French Republic, which reads as follows:

In accordance with Resolution No 1 annexed to the Final Act, in which the Contracting Parties agree that the Convention be applied provisionally until it enters into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, France hereby declares that it cannot apply the Convention provisionally from the date of its signature. Article 53 of the Constitution of the French Republic imposes that international treaties and agreements be authorized by Parliament prior to their entry into force when, as it is the case, they carry financial consequences committing the finances of the State.

With respect to the procedure described in Article 6(6) of the Convention, France declares that the French share in the annual operating costs of the FAIR facility will not exceed 2%.

Declaration of the Government of the Republic of Poland
with regard to its Financial Obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Republic of Poland, which reads as follows:

The Republic of Poland will take part in the construction of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) with an amount of 23.74 million euro (in 2005 prices). This will comprise contributions both in kind and in cash. The spending priority shall be on in-kind contribution, and in-cash contribution shall not exceed 11.87 million euro (in 2005 prices).

Declaration of the Government of the Republic of Slovenia
with regard to the Provisional Application of the Convention

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Republic of Slovenia, which reads as follows:

Regarding the Resolution No 1, annexed to the Final Act, in which Contracting Parties assume that the Convention can be applied provisionally until the fulfilment of appropriate constitutional procedures in each of the contracting countries, after which it will enter into force, Slovenia hereby declares that it cannot apply the Convention provisionally from the date of its signature.

The Slovenian Law on Foreign Affairs in Article 72 allows for provisional use of an international contract before its entry into force, but only when the ratifying body of this contract is the Government, which does not apply to this Convention, as its ratification is in jurisdiction of the National Assembly of the Republic of Slovenia.

Declaration of the Government of the Kingdom of Spain
with regard to its Financial Obligations

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Kingdom of Spain, which reads as follows:

Spain is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR). Nevertheless, Spain's obligations, on signing the Convention, shall be as follows:

1. Spain will review its participation in the operational phase two years after the beginning of such phase, and have the option of withdrawing without penalty, provided that it gives one year's notice.
2. Following a positive review, Spain may extend its participation for a further three year period, subject to the corresponding review cycle, and may continue to participate for the whole duration of the project.
3. Should Spain choose to carry on with the project following its first review, it will assume its full liability for decommissioning under the Convention. In the event that a decision to withdraw from participation is made by Spain on the basis of such first review, Spain will only bear fifty percent of its decommissioning liability under the Convention.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 9,05 € (8,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Declaration of the Government of the Kingdom of Sweden with regard to its Financial Obligations and Confidentiality

The Conference

Takes note of the declaration of the Government of the Kingdom of Sweden, which reads as follows:

Sweden is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR). However,

1. The Swedish authority serving as the Swedish shareholder in the FAIR Company, which will contribute to the construction costs with an amount of 10 million euro (2005 year's prices), will be designated by the Government of the Kingdom of Sweden after parliamentary approval.
2. Sweden's participation in the construction of FAIR would be on the basis that Sweden will participate in the operational phase of FAIR for a minimum period of three years but Sweden will review its continued participation in the operational phase after the first two years and have the option, should it wish to do so following that review, to withdraw without penalty, after giving one year's notice.
3. Following a successful review Sweden may offer to extend its participation for a further three (or five) year period subject to a corresponding review cycle and may continue to participate for the whole life of the project.
4. In the event that Sweden's first review recommends continued participation in the project, Sweden will accept in full its decommissioning liability under the Convention.

Should Sweden decide to withdraw from participation following its first review it will accept liability for fifty per cent of its share of the decommissioning cost under the Convention.

5. Article 19, Confidentiality, in the Articles of Association (Annex to the Convention) should be interpreted as follows in order to meet the requirements of the regulation in the Swedish constitution of the principle of public access to documents:

The Swedish authority serving as the Swedish shareholder in the FAIR Company (FAIR GmbH, based in Germany) shall always consult the conveying Shareholder before taking any decision to grant third parties access to confidential information as defined in Article 19 of the Articles of Association. Sweden is aware that if, after such mandatory consultation, the Shareholder has made it clear that it does not consent to the disclosure of information and, nevertheless, a Swedish authority would disclose the information, Sweden's action would disturb relations between Sweden and the Parties to this Convention.

In this context, Sweden recalls the Swedish Public Access to Information and Secrecy Act 2009, in particular Chapter 15, Section 1, paragraph 1 which reads: "Secrecy shall apply to any information concerning Sweden's relations with another state, or any information otherwise concerning another state, an international organization, or an authority, a citizen, or a legal person in another state, or a stateless person, if it can be assumed that disclosure of the information would disturb Sweden's international relations or would otherwise cause damage to the country."